D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 114
September '79 DM 2,–
11. Jahrgang

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

●

„links" ist das Organ des Sozialistischen Büros. Durch Information und Diskussion will diese Zeitung politische Praxis und theoretische Verständigung der im SB organisierten oder an ihm orientierten Linken unterstützen. „links" will – über diese Funktion für den Organisierungsprozeß des SB hinausgehend – Erfahrungen aus der politischen Arbeit, Beiträge zur Analyse der Klassenauseinandersetzungen und Berichte aus der internationalen Linken vermitteln und damit zur Erneuerung der Arbeiterbewegung und zum Ausbau der sozialistischen Ansätze in der Bundesrepublik beitragen. „links" geht davon aus, daß die im Organisierungsprozeß der Linken allseits als notwendig anerkannte Verbindlichkeit nur aus der auch kontrovers geführten Diskussion verschiedener Erfahrungen und Einschätzungen entwickelt werden kann. „links" dient nicht der Propagierung andernorts bereits vorgefertigter politischer Linien, sondern will im Rahmen des SB die erforderliche, das Spektrum der verschiedenen Erfahrungen aufhebende Diskussion ermöglichen. Die Zeitung steht deshalb offen für solidarisch geführte Kontroversen zu wichtigen Fragestellungen. „links" berichtet auch über Erfahrungen und Aktionen von Sozialisten, die nicht im SB organisiert sind und steht deren Kritik offen. „links" wird nicht von hauptamtlichen Redakteuren gemacht. Die Zeitung erhält keine Unterstützung durch finanzkräftige Institutionen. Sie ist deshalb auf die publizistische Aktivität und materielle Förderung der Leser angewiesen. Das Sozialistische Büro fordert zur Mitarbeit und Hilfe bei dem weiteren Ausbau und der Gestaltung der sozialistischen Zeitung „links" auf.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

Der Ayatollah in Kurdistan

Dadurch, daß der absolut herrschende Ayatollah Khomeini Militär gegen die kurdische Bevölkerung Irans schickt und ihre Autonomiebestrebungen unter Anwendung von Gewalt zu ersticken sucht, betreibt er gerade das, was er den Kurden anhängt: die Desintegration des Vielvölkerstaates. Die Kurden Irans, die weitgehend der sunnitischen Glaubensrichtung des Islam angehören, sahen durch das Verfassungs- und Staatsverständnis Khomeinis ihr demokratisches Mitwirken, wie auch ihre besondere kulturell-ethnische Identität gefährdet. Denn Khomeini versteht unter "Islamischer Republik" einen absolut zentralistischen Staat schiitisch-iranischer Nation. Abgesehen von der diesem Staatsverständnis innewohnenden Knebelung der individuellen Freiheiten und organisatorischer Selbsttätigkeit mit Folgen für Parteien und Gewerkschaften, widerspricht der absolute Zentralismus den Autonomiebestrebungen der nichtiranischen Minoritäten, die schon unter dem Schah in besonderer Weise unter Druck waren. Eine Niederschlagung des Kurdenaufstandes glaubt Khomeini sich deshalb leisten zu können, weil die Kurden im Unterschied zu der arabischen Minorität in der Ölprovinz Khusistan, deren Sezession vom iranischen Staatsverband das Land um sein Öl und damit um seine Existenz brächte, bar aller internationalen Bündnispartner sind.

Die Zerschlagung der kurdischen Autonomieabsichten hat anderen Minoritäten gegenüber eine exemplarische Bedeutung. Die "Revolutionsgarden" Khomeinis haben gegen die kurdischen Freischärler nichts ausrichten können. Daß nunmehr das hochtechnisierte iranische Militär sich dieser Aufgabe annehmen muß, wird zweifellos auch seine Position Khomeinis gegenüber verändern. Der groteske Zusammenbruch der Kriegsmaschinerie während der Revolution hatte das Militär damals als politischen Faktor neutralisiert. Jetzt gibt der Ayatollah ihm die Chance, sich zu profilieren. Damit wäre eine neuer Faktor im Kampf um die Macht in der "Islamischen Republik" – auch gegen Khomeini – zu erwarten. Da der absolute Charakter der "Islamischen Republik" Khomeinis weder dem Prinzip der Volkssouveränität, noch den realen gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen im Lande Rechnung trägt, ist eine passive Haltung der Bevölkerung bei einem Zugriff des Militärs in Teheran sogar wahrscheinlich. Insofern kann in Kurdistan über die Kurdenfrage hinaus auch über die iranische Innenpolitik mitentschieden werden. Vorläufig stärkt der Einsatz des Militärs sein politisches Gewicht. Die Denunziation und Verunglimpfung der Kurden als "Agenten des Imperialismus" müssen auch in den Augen der iranisch-schiitischen Bevölkerung, bei denen Khomeini noch ein dickes Legitimationspolster als derjenige hat, der das Schah-Regime zum Einsturz brachte, unglaubwürdig klingen. Denn trotz aller Beteuerungen werden weiter Waffen, Ersatzteile und Munition aus den USA bezogen und obendrein –, aller Boykottgestik spottend, sogar Heizöl und Kerosin aus Texas eingeführt. Die "Islamischen Revolutionäre" hätten so einiges zu überdenken. Freilich müßten sie über diese Tatsachen informiert sein. Die gründliche Pressezensur des Ayatollah soll aber darüber wachen, daß unangenehme Widersprüche vorläufig nicht die Köpfe erreichen.

DANY DINER

Nicaragua

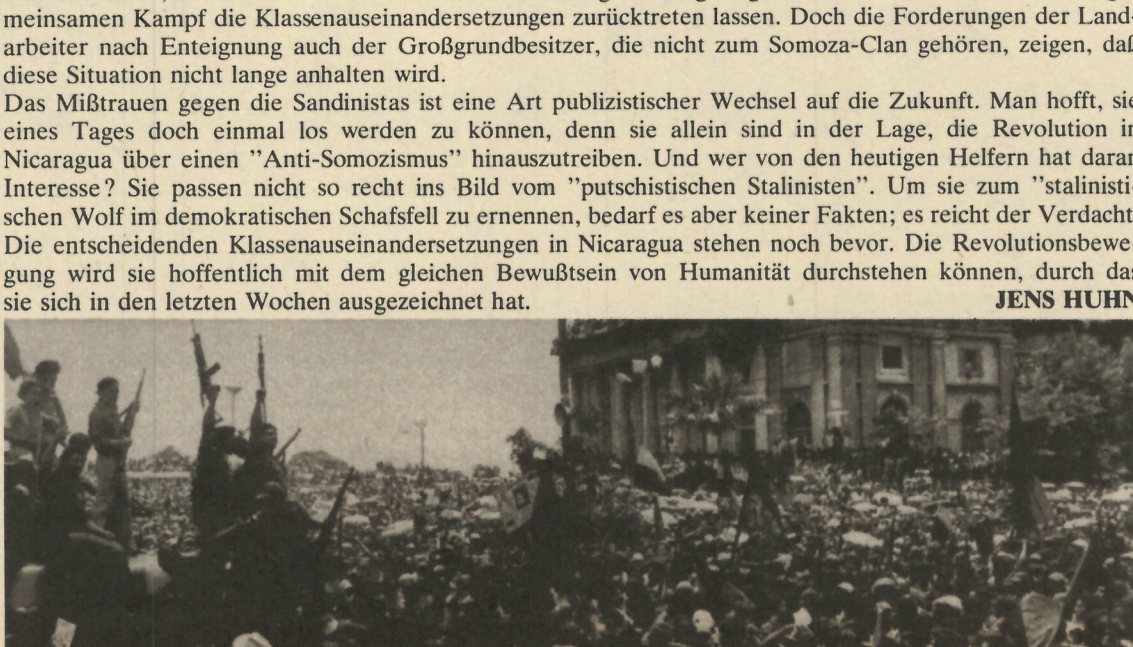
Anläßlich des Todes von Herbert Marcuse hieß es in der Frankfurter Rundschau: "Trotzdem bieten seine (Marcuses) Sätze ... keinen Hinweis zur Rechtfertigung von Vietnam oder Persion heute, von – vielleicht – Nicaragua morgen." Dem Autor ist die Verwandlung einer revolutionären Bewegung in Nicaragua zu einer repressiven "Bewegung an der Macht" – vielleicht – nur noch eine Frage der Zeit. Das Mißtrauen ist schon in den Spalten des Feuilletons. Es beruft sich auf Vietnam, hat aber Wirkung auf Nicaragua. Verdächtigt werden die Sandinistas und Innenminister Borge, die die militärische und polizeiliche Gewalt in Händen halten. Putschgefahr wird suggeriert, ohne daß man davon spräche.

In Nicaragua ist der soziale Inhalt der Befreiung noch nicht eindeutig geworden und von außen noch zu beeinflussen. Der Aufbau des Landes erfordert unerhörte Kraftanstrengungen und Hilfe – von außen. Die USA zögert; dafür eilt die Sozialistische Internationale herbei.

Die akute Gefahr der Restauration des Somozismus gibt es heute nicht. Es liegt an der Plünderungsstrategie des Ex-Diktators selbst, daß heute niemand außer seinem Clan enteignet werden muß. Wichtige Ressourcen sind durch die Verstaatlichung seines Besitzes rationaler Planung zugänglich gemacht worden. Die Situation der Bevölkerung ließe sich zusammen mit massiver internationaler Hilfe rasch verbessern. Die bloßen Handlanger und Kreaturen Somozas sind zur Zeit keine Gefahr und werden angemessen, d.h. mit Milde, behandelt. Die Anlässe für Einmischungen sind gering. Noch hat das Bewußtsein vom gemeinsamen Kampf die Klassenauseinandersetzungen zurücktreten lassen. Doch die Forderungen der Landarbeiter nach Enteignung auch der Großgrundbesitzer, die nicht zum Somoza-Clan gehören, zeigen, daß diese Situation nicht lange anhalten wird.

Das Mißtrauen gegen die Sandinistas ist eine Art publizistischer Wechsel auf die Zukunft. Man hofft, sie eines Tages doch einmal los werden zu können, denn sie allein sind in der Lage, die Revolution in Nicaragua über einen "Anti-Somozismus" hinauszutreiben. Und wer von den heutigen Helfern hat daran Interesse? Sie passen nicht so recht ins Bild vom "putschistischen Stalinisten". Um sie zum "stalinistischen Wolf im demokratischen Schafsfell zu ernennen, bedarf es aber keiner Fakten; es reicht der Verdacht. Die entscheidenden Klassenauseinandersetzungen in Nicaragua stehen noch bevor. Die Revolutionsbewegung wird sie hoffentlich mit dem gleichen Bewußtsein von Humanität durchstehen können, durch das sie sich in den letzten Wochen ausgezeichnet hat.

JENS HUHN



Vietnam

Seite 6-8

Das Leid der Vietnamflüchtlingen wird von herrschenden Meinungsmachern benutzt, um der Linken hier moralisch den Prozeß zu machen. Daß dies wesentlich die Funktion hat, von der eigenen Verantwortung abzulenken, ist die Aussage des Beitrags. Gleichzeitig wird aber auch darauf hingewiesen, daß die Linke zu den Vorgängen in Vietnam um ihrer selbst willen nicht schweigen kann. Ein weiterer Beitrag zu Vietnam will als Hintergrundsschilderung noch einmal auf das materielle Elend im zerbombten Vietnam aufmerksam machen und es in Erinnerung rufen.

Alternativen in den USA

Seite 15

Die Alternativbewegung hat sich in Form des "Netzwerks" eine besondere nationale Organisationsform gegeben. Wie es um das alternative Leben im Ursprungsland dieser sozialen Form steht, um ihre Begrenzung und ihre Perspektive, berichtet Margit Mayer in diesem Beitrag.

Ernährung

Seite 18

Die Situation scheint absurd. Hungerkatastrophen und Massenelend in der dritten Welt stehen neben dem "Selbstmord mit Messer und Gabel" in den Überflußgesellschaften des Westens. Aber die Sattheit ist trügerisch. In der Konjunktur der Reformhäuser spiegelt sich die wachsende Angst, sich durch die alltägliche Ernährung selbst zu vergiften, sei es durch den industriell gefertigten Plastikfraß à la McDonalds oder durch die stetige Wirkung der diversen "Rückstände" in den Agrarprodukten.

Wenn in früheren Jahren von wirtschaftlichen Problemgebieten mit Monostruktur und hoher Arbeitslosigkeit die Rede war, dachte man meist an Ostfriesland und den Bayrischen Wald. Spätestens mit der jüngsten Krise sind auch industrielle Kerngebiete wie das Saarland und das Ruhrgebiet in eine "Strukturkrise" geraten. Die Krisenopfer (Arbeiter, Arbeitslose, Ausländer) müssen damit rechnen, bei der "Sanierung" der Problemzonen ein weiteres Mal gebeutelt zu werden – darauf deutet die praktizierte und geplante staatliche Politik in diesen Regionen.

Seite 20

Titelbild: Abisag Tüllmann

Inhaltsverzeichnis

Jens Huhn: Nicaragua 2

Dany Diner: Iran 2

Detlev Claussen: Zum Tod Herbert Marcuses 4

S. u. J. Lacouture: Vietnam 6

Dany Diner: Vietnam 8

Eva Senghaas-Knobloch: Lucas Aerospace 9

Norbert Gentemann: Soldatenarbeit 12

Prozeß gegen Brigitte Heinrich 14

Margit Mayer: Alternativparadies USA? 15

Gerd Billen: Ernährung 18

Uli Hellweg: Die Krise des Ruhrgebiets 20

Leo Panitch: Klassenkampf in Großbritannien 22

Helga Wagenleiter-Hennig: Jugenpolizei 24

Frankfurter Bildungsarbeiter: Jugendarbeit 25

Günter Pabst: Geschlossene Heimerziehung 26

Boris Penth: Rocky Horror Picture Show 27

Leserbriefe/ Kleinanzeigen 29

★

Emanzipatorische Phantasie und alternative Existenz

Zum Tod Herbert Marcuses

"Wissenschaftlichkeit als solche ist niemals schon eine Garantie für die Wahrheit, und erst recht nicht in einer Situation, wo die Wahrheit so sehr gegen die Tatsachen spricht und hinter ihnen liegt wie heute." (Philosophie und kritische Theorie, 1937)

Schon sein letzter großer Auftritt wurde totgejubelt oder als Provokation empfunden. "Als der Philosoph im Mai dieses Jahres die Eröffnungsrede der Frankfurter Römerberggespräche hielt, wirkte er wie eine Erinnerung. So war das also 'damals'. Man wußte nichts Rechtes mit ihm anzufangen. Das jetzige Nachdenken über Marcuse, anläßlich seines Todes, bezeugt allenthalben Verlegenheit und auch Erleichterung (FAZ, 1.8.1979). Schon der Lebende sollte nur Vergangenheit sein, um die Bedrohung kritischer Theorie im Museum des zeitlosen Geistes zu bannen: "Ein Wandel im herrschenden Gefüge – das heißt, eine Befreiung des ungebundenen, kritischen, radikalen Denkens und neuer intellektueller und triebmäßiger Bedürfnisse – würde einem Bruch mit der wohlwollenden Neutralität erfordern, die Marx und Hitler, Freud und Heidegger, Samuel Beckett und Mary Mc Carthy umfängt; er würde Parteilichkeit notwendig machen – Erziehung zur Parteilichkeit ..." (Das Individuum in der Great Society, S. 179).

Parteilichkeit

Marcuse selbst hat sich so verhalten: parteilich für die Habenichtse der dritten Welt, für die Ausgebeuteten im Spätkapitalismus und im "real existierenden Sozialismus", parteilich für unterdrückte und überwältigte Minderheiten. Akademischer Lehrer war sein Beruf; aber er hat ihn ausgeübt, ohne jemals akademisch zu werden. "Die politischen Irrtümer in Marcuses Philosophie, sind nur die unausbleibliche Kehrseite des Umstands, daß sie auf

einmal, wenn auch nur kurze Zeit, zur Praxis wurde. Marcuse hielt den Widerspruch aus. Wir dagegen haben uns wieder daran gewöhnt, daß die Wissenschaft das eine und das Leben das andere ist." (FAZ, ebenda). Negativ ist hier gut formuliert, wie man Marcuse in Zukunft die Treue halten kann: den Widerspruch von kritischer, gegen alle bestehende Autorität gerichteter Theorie und notwendig mit Rückschlägen behafteter, aber an die konkreten Umstände gebundener Praxis auszuhalten. Die Behauptung einer undialektischen Einheit von Theorie und Praxis ist mit derselben Blindheit geschlagen wie ihr Gegenteil: die unüberbrückbare Spaltung von Wissenschaft und Leben. "Die Unwahrheit ... kommt so gleichsam von außen in die Philosophie hinein und ist deswegen auch nur außerhalb der Philosophie zu überwinden." (Philosophie und kritische Theorie, S. 118). Der Vorwurf mangelnder Wissenschaftlichkeit läßt sich ertragen, wenn man weiß, daß rücksichtslose Kritik ein notwendiger Beitrag zur emanzipatorischen Praxis ist. "Um in der Gegenwart das noch nicht Gegenwärtige als Ziel festzuhalten, bedarf es der Phantasie." (a.a.O. S. 122). Es bedurfte 1937, als dies geschrieben wurde, der äußersten Anstrengung von Phantasie, sich eine von Ausbeutung und Gewalt befreite Gesellschaft vorzustellen.

Der Faschismus auf dem Sprung zur Weltherrschaft und das offensichtliche Ende emanzipatorischer Tendenzen in der Sowjetunion angesichts der Moskauer Prozesse bestimmen die Epoche, die Marcuse "Zeit der Verzweiflung" nennt. Die Wirklichkeit beginnt mit einer Welt zu brechen, aus der kritische Theorie ihre Hoffnungen schöpfte. Als Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats hatte Marcuse praktisch an der deutschen Revolution teilgenommen; aus Protest gegen die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts war er aus der SPD ausgetreten, weil er die Sozialdemokratie für die Liquidation der revolutionären Arbeiterbewegung mitverantwortlich machte. Der Triumph des Faschismus, der organisierte Massenmord in Auschwitz und der Untergang der politisch organisierten Arbeiterklasse in den Konzentrationslagern und auf den Schlachtfeldern, zerbrachen endgültig die Hoffnung auf eine proletarische Revolution, die zwischen dem Leid der Vorgeschichte und einer befriedeten, klassenlosen Gesellschaft hätte vermitteln können. Marcuses theoretische Arbeit in der Zeit der Verzweiflung fand im Rahmen des nach den USA emigrierten Instituts für Sozialforschung statt, seinen praktischen Beitrag zur Bekämpfung des deutschen Faschismus leistete er im "Office for Strategie Services".

Bruch mit klassischer Revolutionstheorie

Der Bruch mit klassischen revolutionstheoretischen Vorstellungen fällt in diese Zeit: er beginnt mit einem intensiven Studium der Psychoanalyse und zugleich erarbeitet er eine Kritik der nachrevolutionären Sowjetgesellschaft. "Triebstruktur und Gesellschaft" und die "Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus" werden die bedeutendsten Produkte eines fast fünfzehnjährigen Studiums sein, die mit einer nochmaligen zehnjährigen Verspätung auf dem deutschen Markt erschienen. Diese Bücher waren ein Abschluß und ein Anfang zugleich: sie vermittelten die Erfahrung, daß die Zeit der proletarischen Revolution in Europa der Vergangenheit angehöre und daß der bedeutendste Versuch der Weltveränderung, die Oktoberrevolution, in die Sackgasse einer Gesellschaft universaler entfremdeter Arbeit und despotischer Herrschaft geraten sei. Der Rückgriff auf die Freudsche Theorie und ihre philosophische Interpretation durch Marcuse ermöglichte aber einen Widerspruch zu erkennen, der in sich die Möglichkeit totaler Herrschaft ebenso enthielt, wie einen neuen Ansatz zur Befreiung. "Konzentrationslager, Massenvernichtung, Weltkriege und Atombomben sind kein 'Rückfall in die Barbarei', sondern die hemmungslose Ausweitung der Errungenschaften der modernen Wissenschaft, Technik und Herrschaftsform über den Menschen. Und diese erfolgreichste Unterwerfung und Vernichtung des Menschen durch den Menschen geschieht auf der Höhe der Kultur, in einem Zeitpunkt, wo die materiellen und intellektuellen Errungenschaften der Menschheit die Schaffung einer wirklich freien Welt zu erlangen scheinen." (Triebstruktur und Gesellschaft, S. 10).

Mentor der Protestbewegung?

Marcuse wurde von einer breiten Öffentlichkeit erst wahrgenommen, als eine internationale Revolte gegen den Vietnamkrieg und die autoritären Strukturen der spätkapitalistischen Länder entstand. Die Koinzidenz seiner Gedanken mit den antiautoritären Protestbewegungen Mitte der sechziger Jahre hat ihm plötzlich die Aufmerksamkeit der Medien beschert, die ihm in früheren Jahren verwehrt war. Aber ebensowenig wie die Arbeiterbewegung "marxistisch" war und ist, war die Revolte "marcusianisch". Vater, Mentor und Prophet wurden zu Attributen, die Marcuse seither nicht mehr loswerden sollte. Doch diese Namen sollen nur etwas gewaltsam in traditionelle Verhältnisse pressen, was gerade gegen diese Verhältnisse wie etwa Familie, akademische Wissenschaft oder Religion protestiert. Wie sehr Marcuse durch sein theoretisches Denken und praktisches Verhalten den Nerv der spätkapitalistischen Gesellschaft getroffen hat, zeigt sich nicht nur in den Nachrufen, die ihn durch Einordnen in geistesgeschichtliche Schubladen neutralisieren wollen – Adorno, Bloch und Horkheimer hat man mit derselben "repressiven Toleranz" versucht einzugemeinden. Die autoritär-repressiven Elemente dieser Gesellschaft, das Gegenstück zu den repressiv-toleranten, haben ihm die Ehre angetan, Marcuse auch nach seinem Tod noch politisch zu bekämpfen: "Auch die neuerliche Lektüre seiner Schriften macht nicht glaubhaft, was all das grüblerische Exegetengetue uns aufreden will: daß er einer der großen Philosophen der Epoche gewesen und irgendetwas an diesen tollkühnen Kombinationen zwischen Marx, Freud und Heidegger schlüssig sei. Er war vielmehr ein geistvoller Elektiker, der sich aus allen intellektuellen Moden am Wege ein Bildungserlebnis zurechtgemacht hatte und ihre Stichworte unbeküm-

mert kreuzte. Vieles, was er als theoretische Einsicht bot, war nur gedankenhaft maskierte Parole." (Joachim Fest, FAZ, 4.8.79). Der groteske Titanenkampf zwischen Leitartikel und Feuilleton ist ausgebrochen: was Philosophieprofessor Alfred Schmidt im hinteren Teil ideengeschichtlich einordnet, wird auf der ersten Seite von Hitlerforscher Fest politisch zurechtgerückt. Die politische Bedeutung Marcuses liegt gerade darin, daß seine Arbeit sich dieser Arbeitsteilung entzieht.

Marcuses theoretische Schriften kann man nicht begreifen, ohne ihre politische Seite zu sehen; man kann die politische Bedeutung Marcuses nicht begreifen, wenn man nicht die systematische Kritik an allen Aspekten spätkapitalistischer und realsozialistischer Herrschaft als Leitmotiv seiner Arbeit erkennt. Marcuses Beschäftigung mit dem deutschen Existentialismus als aus der Résistance-Erfahrung entstandenes Nachkriegsphänomen politisch zu interpretieren: er deckte die gemeinsame emanzipatorische Wurzel existentialistischen Denkens auf, nämlich eine gegen Objektivismus und leeren Gesetzesformalismus der Theorie, auch der marxistischen, gerichtete Tendenz, die auf politisches Handeln abzielt. Seine Freudinterpretation gerade in einer Zeit, als Freud keineswegs Mode war, kehrte den subversiven Gehalt psychoanalytischer Theorie auch gegen die therapeutische Praxis hervor. Die gesellschaftlichen Widersprüche drücken sich nicht nur in antagonistischen Klassenstrukturen aus, sondern bestimmen die widersprüchliche Bedürfnis- und Interessenstruktur der Individuen selbst. Eine Tendenz der spätkapitalistischen Gesellschaft besteht eben darin, wie er in seinem Buch "Der eindimensionale Mensch" beschrieb, diese Widerspruchsstruktur im Individuum wie auch in der arbeitenden Klasse insgesamt auszulöschen. Daß die nachrevolutionäre Sowjetgesellschaft mit ihrer Despotie über die arbeitenden Massen keine emanzipatorische Alternative zum Spätkapitalismus sein könne, sensibilisierte für ein neues Anknüpfen an die emanzipatorischen Gehalte der Marxschen Theorie: an die Möglichkeit der allseitigen Emanzipation der Individuen, an die Kritik der entfremdeten Arbeit, an die klassenlose Gesellschaft, die nicht wirklich werden kann, wenn sie nicht schon in den oppositionellen Kräften heute wirksam ist.

In der antiautoritären Revolte, die in den sechziger Jahren begann, konnte Marcuse aufgrund seiner systematischen Kritik den ersten Ansatz einer neu entstehenden Alternative sehen. Aufgrund seiner politischen Erfahrung in den USA war es ihm deutlicher als vielen – vor allem europäischen – radikalen Studenten, daß es sich hier um eine Revolte, nicht um eine Revolution handelte. 1967 hob er in einer Diskussion mit uns hervor: "Die Neue Linke ist außerdem in keiner Weise – wiederum mit Ausnahme kleiner Gruppen – auf die Arbeiterklasse als der revolutionären Klasse fixiert. Sie selber kann zudem überhaupt nicht klassenmäßig definiert werden. Sie besteht aus Intellektuellen, aus Gruppen der Bürgerrechtsbewegung und aus der Jugend, besonders aus radikalen Elementen der Jugend, auch aus solchen, die auf den ersten Blick gar nicht politisch erscheinen ... Wenn Sie sich diese kurze Skizze vergegenwärtigen, werden Sie zugeben, daß dieser Umstand geradezu ein Alpdruck für 'Altmarxisten' ist. Sie haben hier eine Opposition, die offenbar nichts zu tun hat mit der 'klassischen' revolutionären Kraft; ein Alpdruck – aber ein Alpdruck, der der Wirklichkeit entspricht." (Psychoanalyse und Politik, S. 55).

Fakten möglicher Emanzipation

Dieser Alpdruck, das Bewußtsein des Unterschieds zwischen antiautoritärer Revolte und proletarischem Klassenkampf, der in der traditionellen Form des bewaffneten Kampfes als Sturm auf das Winterpalais in den Metropolen nicht mehr denkbar ist, mobilisierte bei Marcuse die theoretische Phantasie. Als sich Teile der Bewegung prolatarisch kostümierten oder als Stadtguerilleros stilisierten, entstanden traditionelle Avantgardeansprüche, die durch nichts legitimiert waren. Man kann nicht subjektiv von der Revolte zur Revolution fortschreiten, sondern emanzipatorische Praxis und überschüssiges Bewußtsein verbreitet sich subversiv in der gesamten Gesellschaft. Neue Formen von Arbeitskämpfen, Ökologie- und Frauenbewegung haben objektiv Subversionscharakter im Spätkapitalismus; die aktuelle strategische Frage, die nicht rein theoretisch gelöst werden kann, bleibt: wie können sich diese unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen zu einer Befreiungspraxis bündeln, "die einen historischen Bruch mit der Vergangenheit und Gegenwart erzwingt." (Versuch über die Befreiung, 1969, S. 11). Weder vor zehn Jahren noch heute befinden wir uns in einer revolutionären Situation; die Kräfte, die ich damals in Bewegung setzten oder heute in Bewegung sind, verkörpern keine aktuelle revolutionäre Alternative zum Spätkapitalismus. "Keine dieser Kräfte **ist** die Alternative. Dennoch umreißen sie in sehr verschiedenen Dimensionen die Grenzen der etablierten Gesellschaften, ihre Macht der Eindämmung." (Versuch über die Befreiung, S. 10). Gerade weil die Welt der objektiven Tatsachen gegen die Möglichkeit einer Revolution im Spätkapitalismus und 'real existierenden" Sozialismus spricht, konnte Marcuse nicht in den Turm akademisch reiner Wissenschaft zurückkehren. Um der naturwüchsigen Tendenz der Gesellschaft zur Eindimensionalität entgegenzuwirken, müssen wir uns auf andere Fakten stützen: auf die Fakten möglicher Emanzipation. Nach der Erfahrung des Pariser Mai formulierte er: "Aber die Fakten sind da, Fakten, die nicht nur Symbole, sondern auch Verkörperungen von Hoffnung darstellen." (Versuch über die Befreiung, S. 11). Nicht zuletzt Bahros Versuch, eine Alternative im real existierenden Sozialismus zu entwickeln und dafür mit seiner ganzen Person einzustehen, bestätigten Marcuse, daß die Möglichkeit menschlicher Emanzipation nicht eine Frage der Vergangenheit ist. Wenn wir in den zahlreichen Diskussionen mit Herbert Marcuse etwas gelernt haben, dann vor allem dies: *man kann nicht nur über die Alternative theoretisieren, man muß sie verkörpern.*

DETLEV CLAUSSEN

Literatur

Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie, Neuwied 1962 (Luchterhand);
Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Neuwied 1964 (Luchterhand)
Triebstruktur und Gesellschaft, Ffm. 1965 (Suhrkamp)
Kultur und Gesellschaft, 2 Bde. Ffm. 1965 (Suhrkamp)
Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Neuwied 1967 (Luchterhand)
Psychoanalyse und Politik, Ffm. 1968 (EVA)
Versuch über die Befreiung, Ffm. 1969 (Suhrkamp)
Konterrevolution und Befreiung, Ffm. 1973 (Suhrkamp)
Protosozialismus und Spätkapitalismus. Versuch einer revolutionstheoretischen Synthese von Bahros Ansatz, in: Kritik Nr. 19/1978

Das legendäre Grünberg-Archiv
für nur DM 348,–

Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung
Herausgegeben von Carl Grünberg
15 Bände (1911–1930), zusammen 7590 S., Ln., DM 348,–

(billiger als der „Raubdruck" vor 10 Jahren)

Das Grünberg-Archiv, der Vorläufer der „Zeitschrift für Sozialforschung", war zwei Jahrzehnte lang das Diskussionsforum der Linken. Seine Aufsätze und Rezensionen spiegeln das Denken jener Zeit wider und formulieren Fragen für unsere Zeit.

Mit Aufsätzen von Franz Mehring, Max Nettlau, Othmar Spann, Eduard Bernstein, Max Adler, Robert Michels, Josef Popper-Lynkeus, Emil Lederer, Karl Kautsky, Hans Kelsen, Karl Korsch, Georg Lukacs, D. Rjasanoff, Franz Oppenheimer, Hendryk Großmann, Maurice Halbwachs, Friedrich Pollock, Max Horkheimer, Karl A. Wittfogel, Franz Borkenau, u. v. a.

Weitere Informationen finden Sie in unserem ausführlichen Sonderprospekt. Postkarte an:

Syndikat Buchgesellschaft
für Wissenschaft und Literatur

Postfach 17 40 03
6000 Frankfurt 1

Vietnam

. . . die Wunden des Krieges

Das Flüchtlingselend in Vietnam wird in den westlichen Medien zum Anlaß einer großangelegten Revanche genommen – gegen die Antikriegsproteste der sechziger Jahre, gegen die Neue Linke im besonderen und gegen soziale Revolutionen überhaupt. Die Probleme in Indochina selbst werden in den Hintergrund gedrängt – und die Neue Linke schweigt betroffen. In dieser und den nächsten "links"-Ausgaben werden wir versuchen, notwendige Informationen nachzuliefern. Wir beginnen mit einem Auszug aus Simonne und Jean Lacoutures Buch "Vietnam – voyage attravers un victoire".
Der Kommentar von Dany Diner soll die Diskussion eröffnen, wie wir uns angesichts der Massenflucht aus den indochinesischen Ländern internationalistisch verhalten können und müssen. Die Diskussion wird fortgesetzt; denn die Neue Linke wird in diesem Augenblick praktisch und moralisch gefordert.

Wenn man sich ein Jahr nach Beendigung des Krieges nach Vietnam aufmacht, erwartet man nich, daß das Kriegsgespenst der treueste Begleiter sein wird. Der Krieg hat das Land umgepflügt, der Krieg läßt die Menschen nur noch zählend ihrer Toten gedenken. Der Krieg ist nicht nur als Erinnerung, sondern auch als Verinnerlichung anwesend. Zweimal wurde er gegen eine westliche Macht gewonnen. Und in Vietnam herrscht Kriegsende. Ein nicht enden wollendes Ende.
Die Zahlen sind bekannt: 2 Millionen Tote, 5 Millionen Verwundete, 1.300 Vollwaisen, 500.000 verkrüppelte Kinder, 10 Millionen Obdachlose, 15 Millionen Tonnen Bomben, ausgelöschte Städte. Der chemische Krieg: Entlaubung, Napalm, Phosphor. Die bloße Statistik des Elends, die wie ein moderner Schutzengel über den Abgrund des Elends hinweghilft, hilft vor Ort nicht mehr. Tod und Zerstörung schmerzen dadurch, daß sie vergangene Gegenwart sind: "Hier war ein Dorf und dort hinter den zerkraterten Feldern und dem versengten Wald war eine Stadt".

Im Norden

Wer Hanoi nur durchstreift, wird kaum Spuren des Krieges erkennen. Aber diese Strohhütten der Bauern am Stadtrand, dieser schreiende Mangel am Wohnraum – 1,5 qm pro Person, eine ganze Familie auf 3m x 4m zusammengepfercht – sind das Lösegeld für einen unerbittlichen, nicht nachlassenden Krieg. Und doch war das "so tan", die Zerstreuung der Bevölkerung, notwendig, um nicht noch mehr Menschenleben vernichten und nicht noch mehr Industrien verlorengehen zu lassen. Seit 1965 hat die Führung in Hanoi ganze Fabriken, Schulen, Krankenhäuser, Universitäten dem Schutz des Waldes und der Erde anvertraut. Aus dem Wald und aus der Erde wurden immer wieder Ingenieure und Techniker in die hochmoderne Armee entlassen, die nichts mehr gemein hatte mit den Widerstandskämpfern der ersten Stunde und ihren Armbrusten aus Bambus.
Die Hafenstadt Haiphong im April 1972, nachdem die Amerikaner daran gegangen waren, sich eine bessere Ausgangsposition bei den Pariser Verhandlungen zu erbomben: 5 Mio. qm Wohnungen zerstört. Alle Städte bombardiert, drei davon erdbodengleich. 30 Provinzhauptstädte bombardiert, 4.000 Gemeinden, Krankenhäuser, medizinische Zentren, Schulen, Universitäten, Kirchen, Padogen, Industriezentren. 10% der technischen Ausrüstungen völlig zerstört, 70% waren es schon durch die vorausgegangenen Luftangriffe der "Johnsons" zwischen 1964 und 1969. 1/3 der Reisfelder verwüstet, Deiche beschädigt, 40.000 Büffel getötet.
Und doch . . . 1976 ging man inmitten der Ruinen ein Jahr nach dem Krieg wieder geordnet der Arbeit nach im industrialisierten Vietnam. Die soziale Struktur ging offenbar bewährt und gestärkt aus dem Krieg hervor.

Auf dem Weg in den Süden

Der Zug hält heute – nach 1.500 km – zum erstenmal in Vinh. Vorher haltzumachen hatte keinen Sinn auf der 1.500 km langen Strecke der Zerstörung.
Die Wunden des Krieges. So nennt man in Vietnam die Vernichtungen. Die wirklichen Bilder holen das sprachliche Bild ein.
Trostloser als eine verwüstete Stadt ist eine verwüstete Landschaft. Trostloser als die formlosen Steinhaufen sind die versteinerten Formen dessen, was die Menschen beharrlich und duldsam einem oft undankbaren Boden abgetrotzt hatten. Die technische Intelligenz hat es vernichtet: Wälder, Obstgärten, Deiche und Kanäle, Reisfelder. Nichts gibt es mehr, nichts, nichts, kilometerlang gibt es das Nichts. Einige Bambusbüschel sprießen angenagelt auf dem graulichen Boden. Nach drei Jahren!
Außer Kernwaffen wurde in Vietnam alles getestet. Vietnam war das große Experimentierfeld, auf dem die Vernichtung und mit ihr die wissenschaftlichen Neologismen blühten: overkill statt kill, rolling thunder, craterization . . .

Im Süden

Dau Tieng, nordwestlich von Saigon, die ehemalige Kautschukplantage der Firma Michelin. Kautschuk ist eine überragende Ressource für Vietnam: das Latex ist das wichtigste Exporterzeugnis des Landes. Die Entlaubungsmittel haben fast die Hälfte der Hevea-Bäume auf der Plantage vernichtet.
Die Agrarstadt Dau Tieng mit ihren Forschungsinstituten und ihren Verwaltungsbauten, ihren Werkstätten, ihrer Latexfabrik, ihren Labors, den Villen der Techniker und Ingenieure, wurde von den Amerikanern bombardiert. Erst 1970, dann 1972, schließlich – von der Thieu-Armee – 1975.
Vor 1968 umfaßte die Plantage 10.000 ha Nutzfläche, beschäftigte 6.000 Arbeiter, die 20.000 Menschen ernährten. Seit der Befrei-

ung sind 8.900 Menschen, davon 400 Alte und 4.000 Kinder zurückgekommen. Unter ihnen 2.300 Arbeiter. Die Nutzfläche beträgt nur noch 3.000 ha. 4.000 Arbeiter waren geblieben. Sie arbeiten halbtags, 5 Tage in der Woche. Innerhalb einer Familie werden die Männer abwechselnd eingestellt, um den kargen Lohnfonds gerecht zu verteilen.
Im Boden, über etwa 10% der Gesamtfläche, stecken noch die Minen und nicht explodierten Bomben. Der Arbeitsplatz ist ein Schlachtfeld. Viele sind schon gefallen.

Die Reisfelder

Lebenswichtiger ist der Reis, die fast ausschließliche Nahrung der Vietnamesen. Die Reisfelder blieben nicht verschont.
Die Computer in Danang und Saigon wurden nicht nur mit Problemen der Truppenbewegungen im Norden gefüttert, mit Aufmärschen, sondern auch mit dem Gang der Bauern von ihren Feldern in die Wälder, von denen aus die Vietkong operierte. Die Bauern brachten Vorräte zu den Widerstandskämpfern in den Wald. Output: versengter Wald, entblätterter Wald, Reisfeld zerstört, Vietkong wie Wild aus ihren Verstecken gescheucht, Bauern verschleppt.
Reis anzubauen ist langwieriger als Weizenanbau. Es genügt nicht zu pflügen, zu säen, den Regen abzuwarten und zu ernten. Es muß das Gelände sorgfältig eingeebnet werden, ihm ein bestimmtes Gefälle gegeben, Be- und Entwässerungskanäle gegraben, Deiche und Dämmchen gebaut werden. Nichts ist einfacher, als diese empfindliche Netzwerk, dieses über die Erde gelegte Filigran, mit Bomben und Granaten zu zerschlagen.
Im Norden wurden von 2 Millionen ha fast 400.000 ha vernichtet. Im Süden wurden die Bauern von mehr als 200.000 ha vertrieben. Ehe die erforderlichen Bagger- und Wiederinstandsetzungsarbeiten vollendet sind, werden womöglich zehn Jahre vergehen. Das Mekong-Delta ist mit seinen 4.000 km Kanälen, seinem jungen reichen Boden die Reiskammer Vietnams. Heute ernähren die Reisfelder des Südens seine 24 Millionen Menschen nicht mehr.

Cu Chi

Cu Chi war lange Symbol und Herz des Widerstandes im Süden. Hier fängt heute eine "weiße Zone" an, wie es die Vietnamesen nennen. Die Amerikaner nannten es "free killing area". Früher blühten hier die Kautschukbäume, die Reisfelder, die Obstgärten, die Teeplantagen. 56 qkm gelobten Landes kugelte sich in einer großen Ausbuchtung des Mekong.
1965 flogen zum erstenmal die B-52 über die neun Weiler. Im Januar 1966 wird das Dorf sieben Tage lang durchkämmt. Die ganze Bevölkerung wird mit Hubschraubern in die "strategic hamlets" verschleppt, das Vieh wird getötet, die toten Büffel verpesten den Fluß. 1967, 1968 kehrt die Bevölkerung nach und nach wieder, fängt an, ein wenig Land zu bearbeiten. Neue Razzien, Granaten, Panzer. 1969 sucht es Thieus "beschleunigte Befriedung" heim. Zwischen 1969 und 1972 leben Tausende Menschen, die sich den "strategic hamlets", den "strategischen Dörfern" haben entziehen können, unter der Erde. Seit 1945 und dem Widerstand gegen die französische Besatzung graben Männer und Frauen in Vietnam unterirdische Stollen.
Die "strategic hamlets" und die "erzwungene Urbanisierung" waren die Antwort der wissenschaftlichen Nekromanie auf die traditionellen sozialen Bedingungen. "Strategische Weiler" und "erzwungene Urbanisierung", das Hineinbomben in die "prosperity zones" ist nach Prof. Huntington der Harvard University, der sich später auch Strategieproblemen zwecks Disziplinierung unzufriedener Intellektueller widmete, die richtige Methode, nationalen Befreiungskriegen zu begegnen.

Saigon, die Städte

Die Bevölkerung Danangs wuchs von 50.000 auf 2 Mio. an, die Saigons von 500.000 auf 4 Mio. Um die Städte bildeten sich Slums aus den Abfällen der Kriegsmaschinerie: verrostete Bleche, Bezinfässer und Wellbleche, Wellbleche immer wieder. Wovon lebten die Verelendeten? Dann und wann eine Handvoll Reis. Und von den Krümeln, die von den Tischen des 550.000 Mann starken Heeres, der Reichen, der Verschwender, der Gemästeten und Aufgedonnerten fielen.
Dieses Volk von Almosenempfängern überlebte von kleinen Arbeiten, kleinen Geschäften, kleinen Bestechungen. Es richtete sich im Unvermeidlichen ein und fand unvermeidlich einigen Gefallen an dem Glitzer dieser Superkonsumgesellschaft. Man lebt nicht in der Nachbarschaft des Überflusses, ohne davon auch was "abzukriegen" – im doppelten Sinne. Wer ständig mit dem Strick um den Hals läuft, hängt mit der Zeit sehr daran.
Es waren nicht nur die 15 Millionen Tonnen Bomben, zehnmal mehr als über Deutschland, sechsmal mehr als über Europa abgeworfen. Es waren auch im Süden die Millionen abgeworfenen Dollars, die Vietnam zerstörten. Social craterization ...
In Danang gab es März 1975 40.000 Prostituierte, in Saigon 100.000 ... für 500.000 mit Geld in der Tasche. Und dann die Schufte und andere Jungganster, die im Süden "Staub des Lebens" genannt werden; stibitzend, von Beute und Schwarzmarkt lebend, hondafahrend, drogenschluckend (100.000 in Saigon, viele in Danang und überall, wo sonst noch eine amerikanische Basis war).
Die Millionen Waisen, die halbe Million verkrüppelter Kinder. Und der Staub des Lebens. Es sind die "Wunden des Krieges", tausendmal mühsamer zu heilen, als eine Stadt wiederaufzubauen. Man versucht zwar, den Frauen und Jugendlichen das Gefühl der eigenen Würde zurückzugeben ... 250 in einem Zentrum, 300 in einem anderen ... eine gute Ideologieimpfung, ärztliche Pflege, Sozialkundeunterricht, ein Beruf. Und die anderen Tausende?
Das Land wiederaufbauen, heißt nicht nur Städte wiederaufbauen, das Wirtschaftspotential wiederherstellen, die Fabriken betriebs- und die Reisfelder und Obstgärten wieder anbaufähig machen. Es heißt auch eine verwundete, traumatisierte und kranke Bevölkerung heilen, die im Süden zum Teil verzweifelt gelernt hat, im Bomben- und Dollarhagel des Krieges zu überleben, und verlernt hat, im Frieden zu leben.
Es ist wichtig, wenn man zu Vietnam und den im Südchinesischen Meer herumirrenden Flüchtlingen Stellung nehmen will, sich diese Bilder wieder in Erinnerung zu rufen – und nicht nur Asche über das eigene Engagement von damals zu streuen. Das sehr hart auf die Probe gestellte Engagement, die dahingesiechte Freude über den Sieg eines tapferen Volks gegenüber dem französischen und vor allem amerikanischen Imperialismus. Bei diesem meditativen oder reflexiven Rückblick soll dann mit bedacht werden, daß wir materiell in der Lage sind, überhaupt noch zu reflektieren – fast ein Luxus, diese Fähigkeit zum Nachdenken, und eine Situation auf die Moral hin zu untersuchen, vergleicht man es mit den boat people und mit Vietnam selbst. Die erste Desorientierung, welche die Gesichter der Flüchtlinge hervorrufen, lassen fast wie von selbst das Bedürfnis entstehen, für die Schuld an diesem Elend ein ähnlich konkretes Gesicht, aus Brutalität und Grinsen oder kalter Staatsräson gehauen, zu orten. Es wird vergessen, daß, mehr noch als in persönlichen Beziehungen, Leiden und Schuld zwischen handelnden Gruppen meistens nicht direkt als bewußte Umsetzung der Absichten der Handelnden entstehen, sondern über Situationen geschaffen werden und wirken, die teils ihren eigenen Lauf nehmen. Die nur durch den Kopf bewußt gemacht werden können, weshalb dieser Kopf gegenüber jeder Betroffenheit, für die dann Resignation und Wut die weniger profanen Ausdrücke sein mögen, sein Recht behält und seine Pflicht zu erfüllen hat, damit die Betroffenheit nicht ins Narzistische abgleitet, die Situation, die sie auslöste, nicht eo ipso auch als Stimmung vom erlebenden Ich usurpiert wird.

SIMONNE UND JEAN LACOUTURE

(aus "Vietnam-voyage attravers un victoire", 1976)

Vietnam

Falsche Moral und richtige Kritik

Das Elend des einen ist der Gewinn des anderen. Diese Rechnung scheint hinter dem Umgang mit dem vietnamesischen Flüchtlingsleid in bedeutenden Bereichen der veröffentlichten Meinung zu stehen. Wie einfach scheint es zu gelingen, vorausgegangene eigene Schuld, Verantwortung und Teilhabe an der totalen Zerbombung und Zugrunderichtung einer ganzen Gesellschaft im gegenwärtigen Bewußtsein auszulöschen. Dabei kann zugleich auch die Linke, ihre Geschichte und ihr mit dem Vietnamkrieg einhergehender neuer Konstitutionsprozeß abgeräumt werden.

Seht, so giften insbesondere die Schreiberlinge der FAZ, – diejenigen, die ihre Väter zur Zeit der Protestbewegung der Unmoral und der Untätigkeit im Faschismus geziehen haben, schweigen nun zum Elend der Flüchtlinge! Das Elend Vietnams und das Leid der Flüchtlinge wird so zum Mittel interner Vergangenheitsüberwältigung; und sie dient gleichzeitig zur ideologischen Vorbereitung der geschichtlichen Jungfräulichkeit einer neuen Reaktion hier im Land. Offenbar soll das Prinzip symmetrischer Versündigung gelten: – Wir Faschismus, ihr Vietnam! Durch Identifikation und Unterstützung des vietnamesischen Befreiungskampfes habe sich die Linke ihren moralischen Sündenfall geschaffen: Die Flüchtlinge also ein Mittel des reaktionären roll-backs zur Wiedererringung der in der Protestbewegung verlorenen ideologisch-kulturellen Hegemonie!

Die moralischen Falschmünzer scheren sich tatsächlich einen Dreck um das reale Elend der Menschen und erst recht um die Bedingungen dieses Elends. Wichtig sind die Flüchtlinge ihnen nur als Kronzeugen ihres pseudomoralischen Kreuzzugs. Dabei sind sie an der Produktion zusätzlicher Flüchtlinge insofern beteiligt, als auf ihre Einwirkung hin die spärliche Wirtschaftshilfe für Vietnam eingeschränkt, anstatt ausgeweitet wird. Um die materiellen Bedingungen des Elends aber, an denen sie praktisch und in ideologischer Schützenhilfe mitgebombt und mitvergiftet haben, wollen sie sich nicht kümmern. Dagegen greifen sie dankbar nach dem Strandgut dessen, was ihre Politik entscheidend mitzeugte.

Die erdrückende materielle Objektivität, die Kriegsfolgen in Vietnam, Mangel, Hunger zu leugnen, dafür aber die bitteren Früchte dieses Elends in Gestalt der Flüchtlinge in geschichtsleugnerischer Absicht für sich in Anspruch zu nehmen, das ist die wirkliche Schande jener Moral. Mit abstrakter Ethik hat sie gut gelebt – auch und gerade, wenn andere ihrer wegen Hungers starben. Der Gewalt der Verhältnisse Rechnung zu tragen, sich ihrer bewußt zu sein und sie zu bewältigen suchen – darin unterscheidet sich linke Moral von solcher, die Gewalt durch die von ihr gesetzten und erhaltenen Verhältnisse exekutieren läßt. Und weil linke Moral um jene Bedingungen weiß, weiß sie über ihre Veränderbarkeit; freilich eine, die sich nicht immer beliebig nach ihren Bestrebungen richtet, sondern durch den Rahmen historischer vorausgesetzter materieller Möglichkeiten begrenzt wird. Der materielle Mangel in Vietnam ist bekannt. Was uns hellhörig, kritisch macht und uns beunruhigt, ist eine anderer Mangel. Ein Mangel, der früher an Vietnam nicht erkennbar war: Mangel an revolutionärer Moral internationalistischer Politik. Wir wissen: Politisches Handeln unter Bedingungen materiellen Mangels in einem verwüsteten und zerwühlten Land ist in seinen Möglichkeiten begrenzt. Aber auch diese begrenzten Möglichkeiten werden durch revolutionäres Bewußtsein mitbestimmt. Hier ist nicht etwa von der Fluchtbewegung aus Vietnam die Rede – sie war vielleicht auch nicht zu verhindern. Zu reden wäre sicherlich von den Bedingungen, unter denen Flüchtlinge das Land verlassen. Entscheidend für Sozialisten ist aber die Tatsache, daß insbesondere Chinesen, eine ethnische Minorität, das Land verlassen.

Mit strukturellen und historischen Argumenten, die flüchtenden/vertriebenen Chinesen hätten diese oder jene gesellschaftliche Funktion in der alten vietnamesischen Gesellschaft wahrgenommen, die mit der neuen Ordnung nicht vereinbar ist, läßt sich dies nicht beschönigen und entschuldigen. Gerade die vietnamesischen Genossen, die in ihrem antiimperialistischen Befreiungskampf zu recht, zu recht und nochmals zu recht sich des Internationalismus und der internationalen Solidarität als Waffe bedient haben, sollten um die historischen Folgen einer nationalistischen Politik nichtvietnamesischen Minoritäten gegenüber wissen; für sich und ihren Sozialismus wie auch für die Linke außerhalb Vietnams.

Sicher, der besonders in der Endphase des Krieges militärisch zentral geführte Kampf hat in der Organisationsstruktur des Landes wie auch im Bewußtsein der Handelnden Spuren hinterlassen, die für die Aufbauzeit Folgen nach sich zogen. Aber Zentralismus, verbindet er sich mit dem Herrschaftsmonopol einer Nationalität im Lande, führt unweigerlich zu Widerstand von ausgeschlossenen oder diskriminierten Minoritäten. Unvermeidbar unter den bestehenden Bedingungen in Vietnam? Mag sein – aber im Bewußtsein der Gefahren einer solchen nationalistischen Verhärtung sollte Politik im Sinne einer Korrektur am Vorgefundenen und Gewordenen möglich, ja nötig sein. Die behauptete Korruption von Kadern im Süden, aufgrund des weiterhin wirksamen chinesischen Handelsmonopols, muß zur Bestrafung der Kader im Sinne revolutionärer Moral und nicht zum Landesverweis der chinesischen Minderheit führen, die für die sozialen Bedingungen der Korruption verantwortlich gemacht wird.

Die nationale, bzw. die Nationalitäten- oder Minderheitenfrage in Vietnam und Laos, das vietnamesische Verhalten in Kambodscha ist eine politische Visitenkarte der dort stattfindenden Umwälzung. Danach muß sie sich auch beurteilen lassen. Die Realität in Indochina ist nicht unsere Realität. Allein schon deshalb kann es nicht unsere Aufgabe sein, uns direkt in die Lage der Handelnden zu versetzen. Das, was in Indochina vorgeht, ist aber für uns insoweit Realität, als es den Konstitutionsprozeß linker Identität und Bedingungen linker Politik hier berührt. Außer der objektiv-materiellen Darstellung der Verhältnisse dort hat das Ausgangspunkt unserer Situationsbeurteilung zu sein.

Die westlichen Staaten aber, die direkt und indirekt am Elend Vietnams und damit auch der Flüchtlinge schuldig geworden sind, haben die Pflicht, dieses Leid durch ein umfangreiches Hilfsprogramm zu lindern sowie die Flüchtlinge ohne selektive Beschränkung aufzunehmen. Und außerdem – im Bewußtsein ihrer Verantwortung und Schande haben sie moralisch noch eins zu tun: zu schweigen!

DANY DINER

Alternative Produktion Lucas Aerospace

Lucas Aerospace, der Name einer britischen Rüstungsfirma, ist für große Teile der deutschen Linken, insbesondere der antimilitaristischen Bewegung, zu einem Symbol geworden. Symbol dafür, daß Abrüstung nicht mehr nur den Regierungen überlassen werden muß. War man bisher gewohnt, daß auf Gewerkschaftskongressen Abrüstungsforderungen an den Staat gestellt wurden, zugleich aber auf der Betriebsebene die Betriebsräte für die Ausnützung und Erweiterung der Rüstungskapazitäten durch den Staat zwecks Erhaltung der Arbeitsplätze demonstrierten, so zeigten die Beschäftigten bei Lucas Aerospace, daß es auch anders geht. Historisch neu ist nicht nur, daß Gewerkschafter aus den Betrieben nicht mehr vom Staat die Finanzierung neuer Rüstungsprojekte zur Erhaltung von Arbeitsplätzen forderten, sondern selber Vorschläge und Pläne für gebrauchswertorientierte Produkte entwickelten, historisch neu ist auch, daß sie zugleich mit der Frage nach dem Gebrauchswert von Produkten auch die Frage der Arbeitsorganisation stellten. Diesen Fragen geht der folgende Artikel nach.

Nur angeschnitten, aber nicht entfaltet werden, können in ihm einige Aspekte der Problematik, die nicht nur die Frage aufwerfen, inwieweit die britische Gewerkschaftsstruktur sinnvoll ist, sondern auch die grundsätzliche Frage gewerkschaftlicher Strategien. Auffällig ist, daß die (im wesentlichen white collar –) Gewerkschafter von Lucas Aerospace nicht nur bei den Einzelgewerkschaften und dem Dachverband TUC kaum Unterstützung fanden (wobei das Verhalten der KP-orientierten Gewerkschaften und Gewerkschaftsführern eine gesonderte Betrachtung wert wäre), sondern daß auch von der Labour-Party außer wohlfeilen Solidaritätsresolutionen keine Unterstützung zu erlangen war. Die "industrielle Strategie" der Labour Party scheint nur in Maßen aufnahmebereit zu sein gegenüber Versuchen einer "alternativen Technologie" auf Betriebs- bzw. Konzernebene. (Die industrielle Strategie ist vergleichbar den Vorschlägen von Investitionslenkungen bei der bundesdeutschen SPD-Linken).

Auf positive Resonanz stieß der Ansatz der Shop Stewards von Lucas Aerospace am ehesten bei den Shop Stewards anderer (Rüstungs)-konzerne (Vickers, Hawker Siddeley, Rolls Royce und British Aircraft Corporation), die ähnliche Alternativpläne erstellten.

Die Auseinandersetzung um den Corporate Plan der Lucas Aerospace Shop Stewards ist heute – 3 Jahre nach der Veröffentlichung des Plans – in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Shop Stewards haben dabei nicht nur gegen das Management und die bornierten Interessen der Gewerkschaftsbürokraten zu kämpfen. Sie sehen sich auch einer Situation konfrontiert, in dem von der Geschäftsleitung die Entlassungen mit einer sinkenden Nachfrage nach bestimmten Produkten begründet wird. Hinter dieser sinkenden Nachfrage aber steht eine Produktionsverlagerung der entsprechenden Produkte ins Ausland: z.B. in das zu 50% von Lucas Aerospace kontrollierte bundesdeutsche Unternehmen Pierburg. Dies sollte Anlaß sein, internationale Solidarität mit Lucas Aerospace auch praktisch werden zu lassen.

Die Umweltbewegung hat die zerstörerischen Auswirkungen der herrschenden Art zu produzieren, in neuer Weise zur Sprache gebracht. Es ist gewiß nicht zufällig, daß sie vor allem in jenen hochindustrialisierten Ländern zu Wort gekommen ist, in denen ein "Mangel an Lebensmittel" nicht mehr allein als quantitatives Problem, bzw. als Frage begriffen wird, wie eine ausreichende Menge davon erzeugt und angemessen verteilt werden kann. Der "Mangel an Lebensmitteln" stellt sich vielmehr heute in den "hochentwickelten" kapitalistischen Ländern als ein Problem dar, das eben im Prozeß der Erzeugung von "Lebensmitteln" mitproduziert wird, das den Erzeugungsprozeß und die Erzeugnisse als mangelhafte ausweist, die die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen nicht befriedigen können. Die Art der Naturbearbeitung, der industriell erzeugten Produkte und der dazu nötigen Arbeit sind selbst Teil der politischen Gestaltungsaufgabe geworden. Die Umweltbewegung hat auf diese Weise den gängigen Begriff der Produktivkraft seiner quasineutralen Eigenschaften entkleidet und die Frage seiner historischen Formung radikal gestellt, radikaler als es ihr wohl selbst bewußt ist.

Gerade, weil ihr Thema sich auf Probleme der Technologie dort bezieht, wo diese als produktiv und nicht als unmittelbar zerstörerisch ausgegeben wird, gelang ihr, was der Abrüstungsbewegung der 50er und 60er Jahre nicht gelang, nämlich die alltägliche Herstellung gesellschaftlich organisierter Zerstörungskräfte freizulegen.

Es sind nicht nur bestimmte Produkte, deren Erzeugung, Einrichtung und Gebrauch bekämpft werden, es ist mehr und mehr auch eine bestimmte Denkungsart, ein bestimmtes Verhältnis, das von Mensch zu Natur und von Mensch zu Mensch eingenommen wird. Damit wird die innere Struktur des herrschenden Produktionsprozesses selbst in den Bereich der breiten Aufmerksamkeit gerückt, wenn auch immer noch die "Enttarnung" bestimmter Produkte,, die z.B. als *Produktions*mittel gelten wie Atomenergie, oder als *Verkehrs*mittel wie Autobahnen durch Wohngebiete oder als *Lebens*mittel wie mit Antibiotika durchsetztes Fleisch nach wie vor im Mittelpunkt des Interesses der Umweltbewegung stehen.

Alternative Produkte und alternative Produktion

Die Betonung auf *alternativen Produkten* hat daher die Kluft zu einer anderen Ebene der Auflehnung gegen menschenfeindliche Eigenschaften der herrschenden Produktionsweise größer erscheinen lassen als sie ist. Bei den *"kleinen Geschichten" im Betrieb*, wie Willi Hoss eher selbstbewußt die Forderungen nennt, bei denen es z.B. um eine Ausbildung für vier oder fünf Arbeitsplätze im Betrieb als ersten Schutz vor Dequalifikation, Abgruppierung und Arbeitslosigkeit geht, (siehe "links" Dezember 1978), geht es um den Kampf gegen die Art und Weise, wie der Produktionsprozeß organisiert ist. Und diese "kleinen Geschichten" setzen genau dort an, wo die Produkte, gegen die die Umwelt und Alternativbewegung kämpft, ihren Nährboden haben: im routinisierten Alltagshandeln am Arbeitsplatz.

Bei dem *Produktionsumstellungplan*, den die Shop Stewards der britischen Firma *Lucas Aerospace* and Defence Systems im Januar 1976 der Öffentlichkeit bekannt gemacht haben, geht es genau um diese *Wiederzusammenfügung von Konzeption und Ausführung* durch die abhängig Beschäftigte selbst. Und daß es sich bei diesem Plan der Arbeiter und Techniker um einen Plan zur Umstellung von militärischen auf zivile Güter handelt, weist auf die Vielzahl der Angriffspunkte hin, gegen die der Plan kämpferisch gesetzt wird. Worum handelt es sich bei dieser weitreichenden Geschichte?

Lucas Aerospace, zugehörig zum multinational operierenden britischen Konzern Lucas Industries, ist Europas größtes Unternehmen zur Herstellung von Flugzeugausrüstung, z.B. Steuer- und Stabilisierungssystemen, Hydraulik, Energie- und Kraftstoffversorgung. Zudem bestehen 50% der Aufträge aus dem militärischen Bereich, sind also Rüstungsaufträge. Zwischen 1970 und 1975 verringerte sich die Zahl der Beschäftigten durch Rationalisierungs- und Auslagerungsmaßnahmen von 18.000 auf 13.000. Seit 1978 droht die Einsparung von weiteren 2.000 Arbeitsplätzen. Die Gründung und wachsende Bedeutung des Verbindungskomitees der Shop Stewards von Lucas Aerospace, in das 90 Shop Stewards von zu diesem Zeitpunkt noch 14.000 Arbeitern und Technikern in 17 Produktionsstätten innerhalb Englands gewählt wurden, war zunächst eine Antwort auf die ständige Gefahr von Entlassungen und Betriebsstilllegungen seit 1970. Das Verbindungskomitee sollte eine bessere Ausgangsbasis für Kampfmaßnahmen abgeben als die Vielzahl der vertikal, berufsspezifisch organisierten Gewerkschaften.

Seit 1970 gab es Ideen auf seiten der Shop Stewards zur Produktion alternativer Produkte als Beitrag zu einem diversifizierten Produktmuster. Den endgültigen Anstoß zur Ausarbeitung eines umfassenden Plans gab ein Gespräch im Jahre 1974 mit dem damaligen Industrieminister Tony Benn, in dem der ein planvolles Vorgehen mit dem Hinweis auf die kommende Rezession, verbunden mit Einsparungen im Rüstungsbereich gut hieß.

Mit dem vorgelegten umfassenden Plan zur Umstellung auf gesellschaftlich nützliche Güter haben Techniker und Arbeiter von Lucas Aerospace ihr politisches Ja zur Minderung der Rüstungsproduktion mit dem Eigeninteresse verbunden, ihre Arbeitskraft an ihren Arbeitsplätzen für gesellschaftlich sinnvolle Erzeugnisse einzusetzen. Auf den über 1.500 Seiten des von ihnen erarbeiteten Plans werden 150 Produkte aufgeführt, die weitgehend

ASH WORK CAMPS

Die ASH bietet allen, die mit ihr zusammen vorübergehend einen Lebens- und Arbeitszusammenhang bilden wollen, dazu die Möglichkeit in Form von zwei Work Camps. Das erste vom 3.-9. September, das zweite vom 10.-16. September. Information und Anmeldung bei ASH, Krebsmühle, 6370 Oberursel 5, Tel.: 06171/73496.

mit den zur Zeit bei Lucas Aerospace abrufbaren Mitteln (Anlagen, Maschinen, Qualifikationen der Belegschaft) gefertigt werden könnten. Zu dem Plan gehören Konstruktionsskizzen, Bedarfsschätzungen, Adressen von Technikern und Wissenschaftlern, die an der Produktion neuartiger Produkte interessiert sind und teilweise sogar Demonstrationsmodelle in Form von Prototypen. Ein solcher Prototyp ist z.B. von dem kombinierten Straßen-Schienen-Fahrzeug gebaut worden.

Aussichten und Vorstellungen

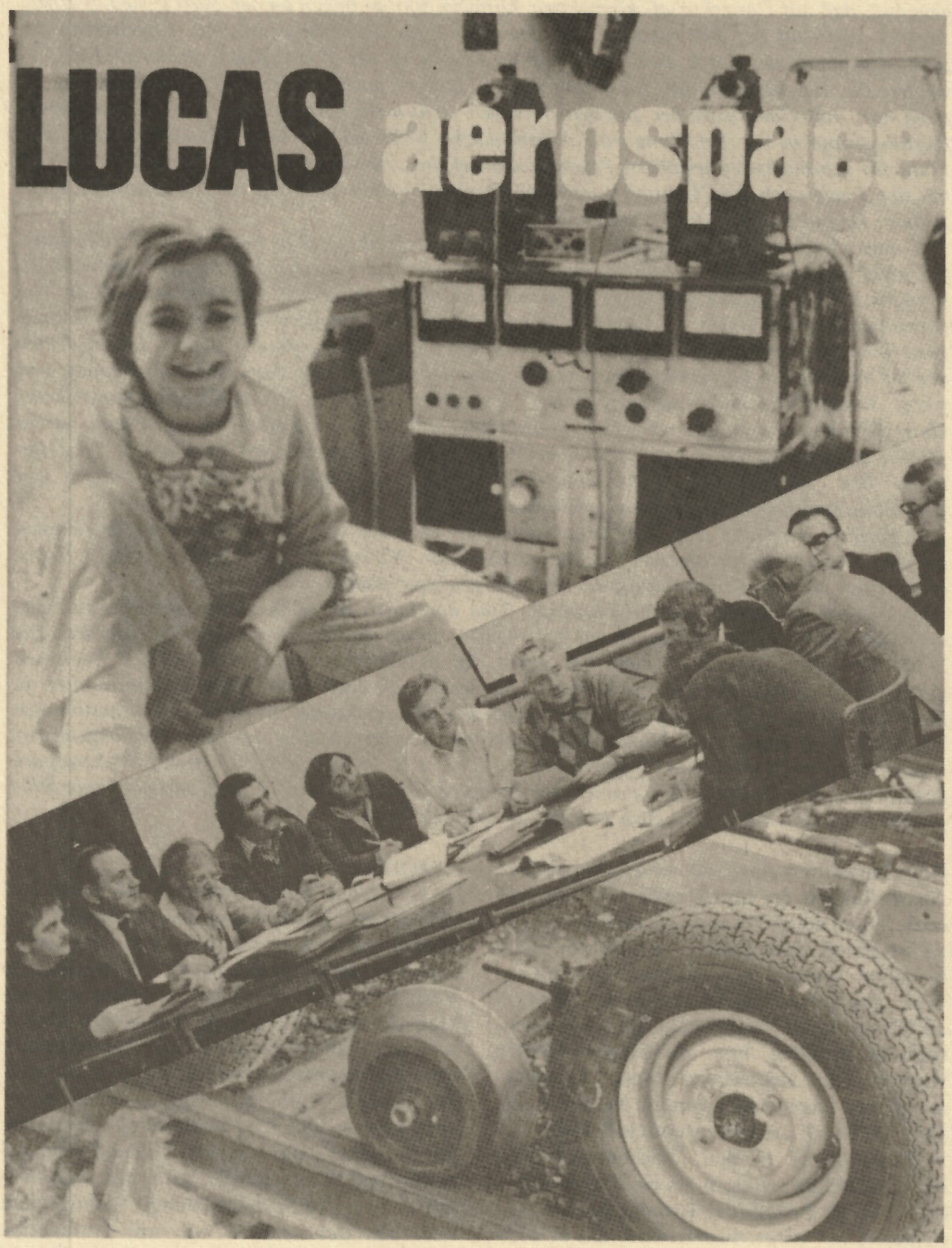
Seit 1978 hat das Komitee der Shop Stewards gemeinsam mit der North East London Polytechnic ein "Zentrum für alternative industrielle und technologische Systeme" (CRITS) ins Leben gerufen. Das Komitee gibt regelmäßig eine Zeitschrift heraus. Was sich die Techniker und Arbeiter von Lucas Aerospace bei der Erarbeitung ihres Plans (2000 sollen aktiv an seiner Ausarbeitung beteiligt gewesen sein) gedacht haben, kann am besten in den Worten von Mike Coole, Vorsitzender des Verbindungskomitees der Shop Stewards zur Zeit der öffentlichen Bekanntgabe des Plans, Anfang 1976, zum Ausdruck gebracht werden. (Die folgenden Auszüge sind den Antimilitarismus-Informationen 3/78 entnommen.)

"Solange ich denken kann, waren Kürzungen im Verteidigungshaushalt ein Teil der Politik der Linken in der Labour Party und großer Teile der Gewerkschaften. Diese Politik wurde damit begründet, daß Kürzungen im Verteidigungshaushalt Kapital freisetzen würden, das für Sozialprogramme verwendet werden könnte. Dabei wird freilich widerwillig eingeräumt, daß sich dabei das Folgeproblem der Arbeitslosigkeit ergeben würde.

Für den Bankrott unserer führenden Politiker und Gewerkschafter kommt mir als Maßstab vor, daß sie keine konkreten Vorschläge für eine alternative Arbeit machen, wenn sie von Kürzungen des Verteidigungshaushalts sprechen. Da konkrete Vorschläge für eine alternative Arbeit fehlten, mußten Rüstungs- und Luftfahrarbeiter wiederholt entweder die Weiterproduktion von militärischen Projekten fordern oder stempeln gehen. Diese Wahl akzeptiere ich niemals, genauso wenig wie die Wahl, vor der die Arbeiter von Chrysler kürzlich standen, nämlich Arbeitslosigkeit oder die Produktion von blödsinnigen, überflüssigen Chrysler-Autos. Wir bei Lucas Aerospace versuchten, mit unserem Alternativplan zu zeigen, daß es andere reale Alternativen gibt, wenn wir uns ernsthaft mit dem Problem beschäftigen.

Der Alternativplan, in dem detaillierte Alternativen zu dieser Rüstungsabhängigkeit zu finden sind, wurde vom Lucas Aerospace Combine Shop Stewards Committee erarbeitet. Diese Einrichtung ist einmalig in der britischen Gewerkschaftsbewegung, da sie alle 14.000 Arbeiter in den 17 britischen Niederlassungen von Lucas Aerospace vertritt. Noch wichtiger ist, daß in dem Komitee jeder organisiert ist, vom qualifiziertesten Techniker bis zum angelernten Arbeiter. Das verbindet die eine Seite, die analytische Fähigkeit des Technikers, mit der anderen, die vielleicht noch wichtiger ist, mit dem Klassenbewußtsein derer auf der unteren Etage.

Das Combine Committee entstand in den späten 60er Jahren, um den Entlassungen Widerstand entgegenzusetzen, die eine direkte Konsequenz von Wilsons hitzigem technischen Wandel waren, den wir schlicht als Arbeitsplatzvernichtung empfanden. Das Combine Committee ist jetzt gut genug organisiert, um die Firma davon abzuhalten, direkte Kündigungen auszusprechen; jedoch hatten wir noch keinen Erfolg, die Firma davon abzuhalten, Arbeitsplätze nicht wieder zu besetzen, die durch den sogenannten natürlichen Abgang frei wurden.



Es gibt eine Menge Widersprüche, die die Absurditäten unserer sogenannten technologisch fortgeschrittenen Gesellschaft aufzeigen. Zwei davon waren besonders wichtig, damit unsere Mitglieder den Alternativplan entwikkelten.

Erstens ist da zunächst die enorme Lücke zwischen dem, was die Technologie leistet und was sie leisten könnte. Wir haben einen Stand der Technologie, mit dem wir die Concorde bauen können, während zur gleichen Zeit alte Rentner mangels einfacher städtischer Heizungssysteme beim erzwungenen Winterschlaf sterben.

Zweitens: wir haben eine Arbeitslosigkeit von ungefähr 1 1/4 Millionen, und wenn man die weiblichen Arbeitskräfte und diejenigen, die Teilzeitarbeit leisten wollen, hinzurechnet, liegt die tatsächliche Zahl bei 1,8 Millionen. Darunter sind Abertausende von hochqualifizierten Arbeitskräften, die dringende, gesellschaftlich notwendige Arbeiten verrichten könnten und eigentlich müßten, wenn man vom Bedarf hierfür ausgeht.

Aufgrund dieser beiden Widersprüche haben die Arbeiter von Lucas Aerospace in ihrem Alternativplan die Forderung aufgestellt, unsere Ausbildung und Fähigkeiten für gesellschaftlich nützliche Produkte zu verwenden. Wir fordern nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern das Recht, Produkte herzustellen, die im Interesse der ganzen Gesellschaft liegen."

Erarbeitung des Alternativplans

"Bei der Erarbeitung unseres Alternativplans schickten wir 180 Briefe an Institutionen, Parteien, die Gewerkschaften und Einzelpersonen, in denen wir sie fragten, welche Vorschläge sie für Produkte hätten, die wir herstellen könnten. Es war eine herbe Enttäuschung für uns, aber eine wichtige politische Erfahrung, zu lernen, daß jene, die tiefschürfende Reden in so bequemen Zufluchtsorten

wie den Konferenzsälen an der Küste gehalten hatten, gänzlich unfähig waren, irgendwelche konkreten Vorschläge zu machen. Tatsächlich wurden uns nur drei positive Vorschläge unterbreitet.
In Ermangelung realer Vorschläge sandten wir einen Fragebogen an alle unsere Shop Stewards Committees in Großbritannien. Dieser Fragebogen zielte darauf ab, unsere Mitglieder über ihre Fähigkeiten, über ihre Produktionsanlagen, Werkzeuge und Maschinen in ihrer Fabrik aufzuklären – nebenbei Produktionsanlagen, die von den Profiten bezahlt wurden, die die Arbeiter der Firma in der Vergangenheit erarbeiteten.
Als Ergebnis erhielten wir 150 Vorschläge für alternative Produkte, die wir herstellen könnten. Wir wählten daraus 12 Produktionsfelder aus, die in direktem Zusammenhang mit der Ausbildung und den Fähigkeiten unserer Mitglieder und den Produktionsmöglichkeiten jeder Niederlassung standen. Wir wählten sie auch danach aus, um ein Gleichgewicht zwischen kurz- und langfristigen Projekten zu erhalten, zwischen Projekten von direktem Nutzen für dieses Land und für junge Nationen, und Projekten, die hohe Kapitalinvestitionen erforderten und solchen, die fast sofort in Angriff genommen werden konnten."

Vorschläge und ihre Realisierungsmöglichkeiten

"Wir erwägen erstens die Produktion von Komponenten zur *Energieeinsparung in Wohnungen*. Dazu gehören Sonnenheizsysteme, insbesondere die Schaltkreise, und Heißluftpumpen, die in Verbindung damit genutzt werden können. Wir möchten unsere Erfahrungen auf dem Gebiet der Aerodynamik zur Produktion von großen Wind-Dynamos anwenden. Wir sind besonders bedacht darauf, daß sämtliche Entwicklungen auf diesem Gebiet für Gemeinheizsysteme verwendet werden und nicht als Gags für individuelle Luxushäuser. Es geht nämlich die Tendenz dahin, daß gewisse alternativen Technologien zum Spielzeug der Mittelklassen werden ...
Wir sind speziell daran interessiert, alternative *Transportsysteme* auszuprobieren. Einer unserer Vorschläge auf diesem Gebiet ist die Herstellung eines *kombinierten Straßen-/Schienen-Fahrzeugs*. In seiner Grundstruktur würde es sich hierbei um ein Fahrzeug von leichter Bauweise auf Rädern mit luftgefüllten Reifen handeln. Es wäre in der Lage, als Bus durch die Städte zu fahren und dann auf Eisenbahnschienen. So könnte das ausgezeichnete Eisenbahnnetz unseres Landes voll genutzt werden ..."
Auch die anderen Produktvorschläge sind von fünf zentralen Vorstellungen geprägt: **erstens** sollen vorhandene Industrieanlagen zur alternativen Produktion verwendet werden können; d.h. die Investitionen in fixem Kapital werden möglichst klein gehalten. **Zweitens** sollen Bedürfnisse mit den Produkten befriedigt werden, die aufgrund der *kapitalistischen* Produktionsweise nicht oder nur zum geringen Teil erfüllt werden (Bauwesen, Transportmittel, medizinische Geräte). **Drittens** sollen die Produkte nicht (oder nur im allernotwendigsten Rahmen) dazu beitragen, die ökologische Belastung durch industrielle Produkte weiter zu verstärken (alternative Energiesysteme). **Viertens** steht die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in vorderster Reihe der Überlegungen. Das hat, **fünftens,** Konsequenzen für den Einsatz von Computertechnologien: sie sollten nach den Absichten des Lucas-Plans dort eingesetzt werden, wo besonders gefährliche und wo monotone Arbeit zu tun ist. Intendiert ist, nicht länger dazu beizutragen, die Menschen zu Anhängseln der Maschinen zu machen, eher, diesen Prozeß zumindest aufzuhalten, wenn nicht konkret umzukehren. In den Worten Mike Cooleys: "Abschließend glauben wir, daß die Produkte, die wir vorschlagen, nicht nur für unsere eigenen Mitglieder genügend Arbeitsplätze bieten würden, sondern für Tausende von anderen Arbeitern bei British Leyland und anderswo. Sie würden uns die Chance geben, zu arbeiten, und zwar in Würde, bei zivilem Tempo und einer zivilen Beziehung untereinander bei der Produktion. Aber darüber hinaus würden sie uns auch die Gelegenheit bieten, unsere Kenntnisse und Fähigkeiten im Interesse der Gemeinschaft zu nutzen, anstatt Profite für die Wenigen zu erwirtschaften."

Widerstände gegen den Plan

Der Umstellungsplan wurde im Mai 1976 von der Unternehmensleitung glatt zurückgewiesen. Die Flugzeugproduktion sei gesellschaftlich nützlich und außerdem das, was das Unternehmen am effizientesten zu produzieren in der Lage sei.
Wenngleich es den vereinten Kräften der Beschäftigten bei Lucas Aerospace bisher gelungen ist, geplante Entlassungen zu Fall zu bringen, so konnten sie nicht verhindern, daß offene Stellen nicht wieder besetzt wurden. So hat sich zwischen 1970 und 1978 die Gesamtbeschäftigtenzahl um 1/3 verringert. Die Ankündigung weiterer Einsparungen und Werksstillegungen Anfang 1978 hat den gemeinsamen Anstrengungen aber zusätzliche Energie eingehaucht, auch deswegen, weil inzwischen auch die in der Firma vertretenen Gewerkschaften ihr eigenes Feld in Gefahr sahen und aktiv wurden.
Dies neue Interesse ist deswegen wichtig und wird vom Komitee sehr aufmerksam beobachtet, weil die Firmenleitung nach ihrer Absage an den Plan sich auch weigerte, das Verbindungskomitee überhaupt als Gesprächs- und Verhandlungspartner *anzuerkennen*. Sie brachte dabei nicht ganz zu Unrecht vor, daß sich die Funktionäre der nationalen Gewerkschaften durch direkte Verhandlungen mit dem Komitee vor den Kopf gestoßen fühlen könnten. In der Tat gab es Behinderungen von seiten einzelner Gewerkschaften (auch Unterstützungen, die aber folgenlos blieben). Prominentes Opfer für solche Behinderungen ist Mike Cooley, der in Sachen Öffentlichkeitsarbeit für den Alternativplan unbezahlten Urlaub genommen hatte und wegen dieser Aktivitäten von der Unternehmensleitung gefeuert werden sollte, ohne von seiner eigenen Gewerkschaft (TASS) Rückendeckung zu bekommen. Inzwischen ist auf Betreiben des zuständigen Staatssekretärs im Industrieministerium, Les Huckfield, die CSEU (= Konföderation der Schiffsbauer- und Ingenieurgewerkschaften) ins Spiel gebracht worden, weil Les Huckfield die Meinung vertrat, daß der Plan nur über die "angemessenen Kanäle" gefördert werden könne. Die CSEU schien nicht übermäßig enthusiastisch zu sein; auf drei schriftliche Anfragen des Komitees im Zeitraum von 7 Monaten antwortete sie nicht, versuchte aber – erfolglos – mit dem Unternehmen ins Gespräch zu kommen. Im Frühjahr 1978, bei der Bekanntgabe der geplanten Entlassungen, kamen dann jedoch CSEU, Komitee und Unternehmensleitung zusammen und einigten sich auf folgende Punkte:

- keine Veränderung an der Zahl der Arbeitsplätze und der Ausrüstung,
- Einrichtung von zwei Arbeitsgruppen der Shop Stewards, um für die zwei Werke, deren Schließung droht, alternative Produktionspläne zu erarbeiten,
- Einrichtung von Treffen zwischen CSEU, Regierung und Unternehmen, um die Vorschläge der Arbeitsgruppen zu untersuchen.

Neuerscheinungen im Verlag 2000

Sommerschule '79
ANDERS ARBEITEN – ANDERS LEBEN

Erfahrungen ★ Eindrücke ★ Ergebnisse
40 Seiten, Format DIN A 4, DM 3,50

Im Juni 1979 fand in der "Alten Mühle" der Arbeiterselbsthilfe (ASH) Frankfurt die 2. Sommerschule des Sozialistischen Büros zum Thema "Anders Arbeiten – Anders Leben" statt. Die von den Teilnehmern selbst erstellte Broschüre dokumentiert Eindrücke und Erfahrungen und versucht, subjektive Sommerschulerfahrungen politisch zu reflektieren und zu vermitteln. Die Broschüre ist reich bebildert und wird durch Materialien zur Diskussion über Selbstverwaltung und Alternativbewegung ergänzt. Eine wichtige Broschüre für diejenigen, die eine Interesse an der Auseinandersetzung mit alternativen Lern-, Lebens- und Arbeitsformen haben.

Bezug: Verlag 2000 GmbH, Ludwigstr. 33/I, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, Postscheck Frankfurt Nr. 61041-604

Die 14 gewählten Shop Stewards für die Arbeitsgruppen waren in der Lage, innerhalb der vorgegebenen Zeit von 8 Wochen einen 400 Seiten starken Bericht vorzulegen, sein Titel: "Lucas Aerospace, vom industriellen Niedergang zum Aufschwung". Anfang Februar 1979 kam es zum Treffen der Shop Stewards mit den CSEU-Gewerkschaftsfunktionären, dem Unternehmensmanagement und einem Vertreter des Industrieministeriums. Aber das beim zweiten Treffen erzielte Übereinkommen setzt wichtige Leitpunkt des Komiteeansatzes außer Kraft:

Im Juni 1979 verstarb der österreichische Kommunist Franz Marek im Alter von 66 Jahren, laut "Unita" "einer der bedeutendsten Vertreter des europäischen Marxismus". In der nächsten "links" werden wir Leben und Arbeit Mareks ausführlich würdigen.

Die einzigen von der Untermehmensleitung näher betrachteten Produkte sind solche, die von der Firmenleitung als profitabel angesehen werden, während das Komitee ja darauf bestanden hat, sich eben deswegen nicht auf getrennte Werksvereinbarungen einzulassen, damit sich das Management nicht nur die nach nach seinen Gesichtspunkten interessanten Ideen zu eigen machen kann. Dem Komitee kommt es genau darauf an, die Wirtschaftlichkeitsberechnung dieser alternativen Produkte nicht nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern aufgrund *gesamtgesellschaftlicher* Kosten-Nutzung-Vergleiche vorzunehmen. Daher beharren die Stewards darauf, daß – solange von Geldsummen die Rede ist – Vergleichsbasis für die Wirtschaftlichkeit der vorgeschlagenen alternativen Produkte die öffentlichen Kosten für die geplanten 2.000 Entlassungen sein muß, und daß gefragt werden muß, warum dem Unternehmen insgesamt 12 Millionen Pfund öffentlicher Gelder zufließen sollen, wenn es 2.000 Beschäftigte entläßt und Rekordgewinne macht.

Derzeit sucht das Komitee der Shop Stewards die solidarische Unterstützung bei allen Gewerkschaftsmitgliedern. Es gilt, auf die Verhandlungsführung der CSEU Einfluß zu nehmen, um sie wieder mit den Zielsetzungen des Alternativplans und seiner Verfasser in Einklang zu bringen; mit Bitternis stellte das Komitee die doppelbödige Politik bloß, die die CSEU hinsichtlich des Komitees betrieben hatte, nämlich die Duldung oder Förderung neuer, spalterischer Komitees auf Firmen- oder Konzernebene, die die "Unterstützung durch die zuständigen Gewerkschaften finden", wie im Jahresbericht des Unternehmens zu lesen war. Der Plan der Arbeiter und Techniker von Lucas Aerospace hat die Rechtfertigungsversuche der herrschenden Organisation des Arbeitsprozesses ins Herz getroffen; er hat in praktische Phantasie übersetzt, was "industrielle Demokratie" heißen kann, wenn ihr nicht nur Lippenbekenntnisse gezollt werden. Es ist nicht zu erwarten, daß die Arbeiter und Techniker von Lucas Aerospace untätig ihre Entlassung abwarten, nachdem unter der neuen britischen Regierung von industrieller Demokratie kaum noch auch nur die Rede sein mag, oder daß sie auf deren größere Rüstungsfreundlichkeit setzen. Den Weg haben sie schon beschrieben: "Da kannst Du rumsitzen bis das Gras aus den Maschinen wächst oder Du beginnst einfach damit, an neuen Produkten zu arbeiten".

EVA SENGHAAS-KNOBLOCH

Antimilitaristische Soldatenarbeit

Durch den Militärputsch in Chile und – im Jahr darauf – die tragende Rolle der Armee beim Sturz des Salazar-Regimes in Portugal und dem Versuch des portugiesischen Volkes, sich von den alten Gewalten zu befreien, wurde auch die bundesdeutsche Linke wieder auf die Notwendigkeit gestoßen, sich intensiver mit Vorgängen im Militär zu beschäftigen. Mit deutscher Gründlichkeit wurde die Debatte um antimilitaristische Soldatenarbeit dann auch sehr fundamentalistisch geführt. Tragt den Klassenkampf in die Armee, hieß die neue Parole, die allgemeine Volksbewaffnung, eine freie Wahl der Offiziere durch die Mannschaften, wurden zu Tagesforderungen erhoben, das Umdrehen der Waffen durch die Soldaten wurde als revolutionäre Perspektive ausgewiesen. Selbstverständlich war es nicht möglich, bei der Diskussion dieser Fragen von weltrevolutionärer Bedeutung sich auch noch mit den konkreten Bedingungen auseinanderzusetzen, unter denen antimilitaristische Soldatenarbeit in der Bundesrepublik organisiert werden müßte, oder auch nur mit den Erfahrungen, die z.B. in den Niederlanden mit Arbeit in der Armee gemacht worden sind.
Heute nun sind die Schwierigkeiten deutlicher geworden, die Soldatenbewegung stagniert bzw. ist sogar rückläufig. Der folgende Artikel versucht eine Bestandsaufnahme antimilitaristischer Soldatenarbeit unter den gegenwärtigen Bedingungen und spricht einige der Probleme an, die sich dieser heute stellen.

Eigentliches Thema war die unübersehbare Schwäche der Soldatenbewegung. Jede langfristig angelegte Soldatenarbeit muß sich illusionslos mit folgender Situation auseinandersetzen:

- Wehrdienstleistende Soldaten stellen nur den kleineren Teil der in der Soldatenarbeit Aktiven. Der harte Kern der meisten Gruppen besteht aus ehemaligen Soldaten, die Kontinuität herstellen und Erfahrungen weitergeben. Für fast alle Gruppen ist es ein Problem, Verbindungen in die Kasernen zu knüpfen. Bezeichnend für die geringe Reichweite der Agitation ist es, daß die meisten Kontakte zu Soldaten über persönliche Bekanntschaften geschaffen werden, wenige über Flugblätter etc.
- Die Existenz und längerfristige Arbeit der einzelnen Gruppen ist stark abhängig vom Engagement einiger weniger Personen, deren Ausscheiden aus der Arbeit das Ende einer Gruppe vorzeichnen kann.
- Die Lebensdauer unabhängiger Gruppen, die keine Mitgliedsorganisation als Nachwuchsreservoir hinter sich haben, ist auf wenige Jahre begrenzt. Sieben Jahre antimilitaristische Arbeit, auf die es der AK Bundeswehr und KDV Koblenz brachte, sind wohl schon die Ausnahme.

Diese Schwächen stehen in einem deutlichen Mißverhältnis einerseits zur Macht der Militärapparate, andererseits aber auch zum Widerstandspotential, das sich überwiegend in individueller und unpolitischer Form unter den Soldaten regt. Weit über 100.000 Wehrpflichtige werden pro Jahr zur Bundeswehr eingezogen, eine erhebliche Zahl junger Männer also, die 15 Monate lang unserer "Schule der Nation" ausgeliefert sind. Die meisten gehen mit Unwillen und entwickeln während der Dienstzeit eine Vielzahl von Methoden, um dem Druck auszuweichen, die Bundeswehr zu bescheißen, sich zu verpissen etc. Diese Auswege sind in erster Linie individuell, ohne gewerkschaftliche oder politische Ambitionen, und werden von den Vorgesetzten toleriert, soweit sie quasi als Ventile politisch gefährlichere Ausbrüche verhindern können.

Kollektive Widerstandsformen dagegen sind selten. Die Entwicklung dauerhafter gewerkschaftlicher oder politischer Organisationsformen unmittelbar in den Kasernen scheitern daran, daß die Dienstzeit dafür zu kurz und die Fluktuation zu hoch ist.

Für eine antimilitaristische Soldatenarbeit ist es deshalb unabdingbar, daß sich außerhalb

Inhalt IKA 13
Kapverdische Inseln: *Spendenaktion*
Musikinstrumente für die Jugendfarm Granja Sao Filipe.
Filmprojekt und Solidaritätsarbeit zur landwirtschaftlichen Entwicklung
Die Bauern der Kooperative Varzea de Santana
Zum internationalen Tag der Frau: **Frauen auf der Kapverden Insel Maio**
Guinea-Bissao:
Interview der belgischen Zeitschrift POUR mit René Dumont über die Situation in Guinea-Bissao
Mozambique:
Reisebericht Alphabetisieren ist Produzieren!
Vorwort aus dem Handbuch für Alphabetisadoren
Chilenische Gedichte aus dem Exil **„Ich weiß, daß ich zurückkehren werde"**
Aufzeichnungen des Malers Dragutin Trumbetas
„Nee, solche Gäste brauchen wir nicht!"
Zu einer deutsch/türkischen Buchreihe: **Zweisprachigkeit ein Gebot der Stunde**
Andalusische Wanderarbeiter in Südfrankreich **Früchte des Zorns**
Okzitanien **Ein Land das leben will**
Theater und Zensur in Spanien am Beispiel der Theatergruppe Els Joglar
Wenn die Maske fällt
Festival gegen ein Europa des Show-Business **Contr'Eurovision**

Postscheckkonto 364424-605 Frankfurt (V.I.K. e.V.)
IKA-Vertrieb, Schwarzgasse 16, 6200 Wiesbaden-Bierstadt
Einzelpreis DM 3.00
Abonnement (4 Hefte) DM 10.00

der Kasernen, möglichst in der Nähe der Standorte, Gruppen bilden, die den Soldaten längerfristig Unterstützung zukommen lassen: Räume als Treffpunkte bereitstellen, Berichte aus den Kasernen an die Öffentlichkeit bringen, Freizeitalternativen schaffen, Rechtsberatung anbieten, Druckmöglichkeiten vermitteln u.a. Bisher waren es nur die nicht gerade zahlreichen antimilitaristischen Gruppen und Soldatenkomitees, die diese Aufgaben wahrgenommen haben.

Gewerkschaftliche Organisation?

Aus dem Kreis dieser Gruppen wird nun schon seit Jahren die Forderung an die Gewerkschaften gerichtet, ihre Mitglieder während der Dienstzeit zu betreuen. Mehrere Gewerkschaftskongresse haben diese Forderungen inzwischen aufgegriffen, so z.B. die 10. DGB-Bundesjugendkonferenz Januar 1978: "Der Bundesjugendausschuß wird aufgefordert, die Gründung von DGB-Jugendgruppen in Bundeswehr-Standorten zu fördern. Diese Jugendgruppen müssen sich besonders um die Belange der jungen Wehrpflichtigen kümmern."

In einigen NATO-Ländern gibt es bereits gewerkschaftliche Organisationen von Soldaten. Besonders bekannt ist die holländische VVDM (Vereniging van Dienstplichtige Militairen). Die VVDM ist eine vom holländischen Gewerkschaftsbund unabhängige Soldatengewerkschaft, die seit ihrer Gründung 1966 eine ganze Reihe von Verbesserungen durchsetzen konnte: Solderhöhung von 55 auf über 600 Gulden pro Monat, Abschaffung der Grußpflicht, freie Haartracht u.a. Mittlerweile sind mehr als die Hälfte der holländischen wehrpflichtigen Soldaten in der VVDM organisiert.

Die Gründung der VVDM fiel in eine Phase der holländischen Verteidigungspolitik, als von offizieller Stelle bereits an einer Dienstzeitverkürzung gearbeitet wurde und wesentliche Solderhöhungen schon in Vorbereitung waren. Darüber hinaus hatten in den Offizierskreisen Ideen über modernes Management und demokratische Menschenführung Verbreitung gefunden. So fand die VVDM bei der Militärführung relativ viel Entgegenkommen, da sich ihre Stoßrichtung (Abschaffung von militärischen Anachronismen) mit einigen Reformvorstellungen der Armeeführung deckte. In den Kasernen wurden der VVDM sogar Büroräume zur Verfügung gestellt, die Mitgliedsbeiträge für die VVDM werden automatisch vom Sold einbehalten, und die Mitglieder des Exekutivkomitees der VVDM werden für die Dauer ihres Amtes vom Dienst freigestellt.

Nach den ersten Erfolgen herrschte in der VVDM die Tendenz vor, vorzugsweise über Verhandlungen mit dem Ministerium Forderungen durchzusetzen, statt die Mitglieder zu mobilisieren. Das Ministerium seinerseits erkannte die VVDM als Gesprächspartner an und hoffte, sie als Stimmungsbarometer verwenden zu können.

Im Gegensatz dazu häuften sich seit 1971 Massenaktionen von Soldaten, die von unten initiiert waren, woran der BVD (Bond voor Dienstplichtigen), eine sozialistische Soldatenorganisation, seinen Anteil hatte. Diese Massenaktionen zogen erhebliche Unterdrükkungsmaßnahmen nach sich, brachten aber auch Erfolge hervor, wie die Abschaffung des Bereitschaftswochenendes. Aufgrund dieser Konflikte brach zeitweise die Verbindung zum Ministerium ab, und ein Verbot der VVDM wurde angedroht, nach starken Protesten aus der zivilen Öffentlichkeit aber nicht wahr gemacht.

Die Forderungen an den DGB nach Betreuung der Wehrpflichtigen ist zu sehen im Rahmen eines weitergreifenden Konzepts einer gewerkschaftlichen Organisierung von Soldaten, wobei über die Art dieser Organisierung keine einheitlichen Vorstellungen existieren. Was spricht überhaupt für eine gewerkschaftliche Organisierung von Soldaten?

- Sie liegt zum einen im Interesse der Gewerkschaften selbst: Es ist eine wiederholte Erfahrung der Arbeiterbewegung, daß bürgerliche Armeen eingesetzt werden, ob als Streikbrecher oder als bewaffnete Gewalt. Wenn solche Einsätze gegen sie verhindert werden sollen, muß die Verbindung der wehrdienstleistenden Arbeiter zu ihren Organisationen während der Dienstzeit aufrechterhalten werden.
- Sie liegt im Interesse der Wehrdienstleistenden: Diese haben keine Organisation, über die sie Forderungen zur Verbesserung ihrer Lage an die Bundeswehrführung richten können. Eine wie immer geartete gewerkschaftliche Organisationsstruktur mit einem Beschlußgremium auf Bundesebene könnte diese Funktion erfüllen.
- Sie liegt schließlich im Interesse der Antimilitaristen: Auf lokaler Ebene können über gewerkschaftliche Aktivitäten mehr Soldaten angesprochen werden und zu einem Engagement angeregt werden, als über Aktionen politischer Soldatenkomitees, denen gegenüber Berührungsängste bestehen und die starker Repression unterliegen. Jedes erkämpfte Zugeständnis gewerkschaftlicher Art, jede Erfahrung von erfolgreicher Solidarität aber ist ein Einbruch in das System von Befehl und Gehorsam und stärkt das Selbstbewußtsein der wehrpflichtigen Mannschaften gegenüber den Vorgesetzten.

Die Forderung nach gewerkschaftlicher Organisierung bringt aber auch Probleme mit sich und ist unter den linken Soldatenkomitees nicht unumstritten. Einer Organisierung unter der Schirmherrschaft des DGB wird entgegengehalten, daß die Führung des DGB im Konfliktfall eher der Bundeswehr-Führung zuneigen wird als den wehrpflichtigen Soldaten. Überdies ist ein Teil der Offiziere ebenfalls innerhalb des DGB organisiert, nämlich in der ÖTV, die sich für Wehrpflichtige bisher nicht geöffnet hat. Damit würden alltägliche Konflikte aus den Kasernen in den DGB hineingetragen, wären Repressionen gegen die gewerkschaftlichen Soldatengruppen nicht nur von Seiten der Bundeswehr, sondern auch vom DGB zu erwarten. Andererseits aber scheint eine Organisierung unabhängig vom DGB etwa nach dem Modell der VVDM zur Zeit völlig unrealistisch, würde jedenfalls keinen Schritt aus der Schwäche der Soldatenbewegung herausführen, sondern lediglich einer Umbenennung bestehender antimilitaristischer Soldatengruppen in gewerkschaftliche Soldatengruppen gleichkommen.

Daß der Versuch einer soldatengewerkschaftlichen Arbeit in und mit dem DGB ein konfliktträchtiges Unterfangen ist, wird mittlerweile durch praktische Erfahrungen bestätigt. Gezeigt hat sich aber auch, daß diese Arbeit zumindest auf lokaler Ebene erfolgversprechend ist. Dabei hat sich aber auch gezeigt, daß ausgesprochen antimilitaristische Positionen, z.B. zur Funktion der Bundeswehr, von gewerkschaftlichen Soldatenarbeitskreisen kaum vertreten werden können. Das bleibt nach wie vor den sozialistischen Soldatenkomitees vorbehalten.

NORBERT GENTEMANN

Materialien zum Anti-Kriegs-Kongreß des Sozialistischen Büros 28.-30. September 1979 (Fachhochschule Frankfurt)

Bild aus der Plakatausstellung

Die Straßenausstellung zur Anti-Kriegs-Aktion enthält 15 Kunstdruck-Plakate in schwarz-weiß (Format: DIN A 2) (Motive von Grosz und Heartfield, Motive aus der Kriegsfibel von Brecht sowie Fotos und Fotomontagen, die sowohl die Auswirkungen des Kriegs auf die Bevölkerung wie den Zusammenhang zwischen Krieg, Rüstung und Industrie aufzeigen). Die Ausstellung ist gegen Voreinsendung von DM 50,– (in Briefmarken, als Schein oder Scheck) beim SB erhältlich.

Das auf der Rückseite dieser "links" abgebildete Plakat (Format 50 x 70, Zweifarbdruck) kostet DM 3,–, DM 1,– ab 10 Exemplaren und DM -,75 ab 100 Exemplaren.

Neben weiteren Materialien (bitte Bestelliste anfordern) sind auch noch "links"-Extra-Blätter (Juli-"links" beigelegt) mit Hinweisen auf den Anti-Kriegs-Kongreß erhältlich. Sie kosten DM 6,– pro 100 Blatt, DM 40,– pro 1000 Exemplaren.

Information und Bestellung:
Sozialistisches Büro,
6050 Offenbach 4
Postfach 591, Tel.: 0611/82006

★

Der Prozeß gegen Brigitte Heinrich beginnt

Fast 5 Jahre nach der bundesweiten Fahndungsaktion "Winterreise", die zahlreiche engagierte Linke für mehrere Wochen hinter Gitter brachte, wird Mitte September das Verfahren gegen Brigitte Heinrich vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Karlsruhe beginnen. Brigitte Heinrich, damals Lehrbeauftragte der Frankfurter Universität, war erst nach knapp 5 Monaten Untersuchungshaft, während der sie erkrankte, kurz vor der zweiten Haftprüfung aus dem Gefängnis entlassen worden. Den mit der Haftverschonung des Bundesgerichtshofs verbundenen Auflagen (Kaution, Ausreiseverbot, wöchentliche Meldepflicht beim zuständigen Polizeirevier) ist sie heute noch unterworfen. Da der Haftbefehl nicht aufgehoben, sondern lediglich außer Vollzug gesetzt worden war, wurde ihr Lehrauftrag nach der Haftentlassung nicht mehr verlängert.

Ausgelöst worden war Brigitte Heinrichs Verhaftung durch eine Anzahl exotischer Beschuldigungen, die zwei angebliche Zeugen, Rolf Mauer und Jürgen Bodeux, den Staats- und Verfassungsschutzorganen angedient hatten: Rolf Mauer, eigenen Angaben zufolge von "Beruf Belastungszeuge" und später als Spitzel gegen Günther Wallraff eingesetzt, wurde schon vor der "Winterreise" in einer Baader-Meinhof-Dokumentation des rheinland-pfälzischen Innenministeriums als V-Mann des Verfassungsschutzes geführt. Zahlreiche Fakten wurden inzwischen auch über die Zulieferdienste des Jürgen Bodeux an den Verfassungsschutz öffentlich.

Zwei Jahre nach der Aktion "Winterreise" wurde der Haftbefehl plötzlich aufgehoben (und fast zwei Jahre später auch das Ermittlungsverfahren eingestellt). Am selben Tag jedoch setzte die Bundesanwaltschaft, nachdem sie neue Zeugen und gänzlich andere Anschuldigungen präsentiert hatte, einen neuen Haftbefehl beim BGH durch, der von Anfang an außer Vollzug gesetzt wurde.

Die neuen Zeugen, laut Anklageschrift der Bundesanwaltschaft drei Schweizer Anarchisten, sollen behauptet haben, Brigitte Heinrich hätte von diesen Zeugen aus Armeedepots entwendete Handgranaten und Tretminen aus der Schweiz über die "Grüne Grenze" in die BRD transportieren lassen. Ein Teil der Tretminen sei – so die Anklage – in konspirativen Wohnungen einer RAF-Nachfolgeorganisation sichergestellt worden. Folglich habe sich die Beschuldigte des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, der Hehlerei und der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung schuldig gemacht. Recherchen der Staatsschutzkammer des LG Karlsruhe zufolge sind diese Schweizer Zeugen nicht bereit, im Prozeß gegen Brigitte Heinrich zu erscheinen und sich zu ihren früheren Anschuldigungen befragen zu lassen. Zugleich werde den Beamten, die die Zeugen in der Schweiz einst vernommen haben sollen, für eine Vernehmung im Prozeß die Ausreise durch Schweizer Behörden nicht gestattet, so daß nur der Weg der Rechtshilfe offenstehe. Das bedeutet, daß alle prozeßrelevanten Vernehmungen kommissarisch von einem Schweizer Gericht durchgeführt werden. dem die Fragen der Verteidigung und des Prozeßgerichts zuvor schriftlich vorliegen müssen. In einem anderen derzeit laufenden Verfahren, in dem dieselben Zeugen eine Rolle spielen, wurde der Verteidigung auf der Basis Schweizer Bestimmungen jegliche direkte Befragung der Zeugen und Vernehmungsbeamten verweigert. Plötzlich wollen sich die Schweizer Zeugen zu ihren früheren Angaben, auf denen allein die Anklage beruht, überhaupt nicht mehr äußern, so daß nur noch die damaligen Vernehmungsbeamten gehört werden können – kommissarisch, mit vorfabrizierten Fragen: eine strafprozessuale Neuheit zur Absicherung einer Anklage auf der Basis widersprüchlicher Zeugenaussagen. Darüber hinaus können die Gerichte bei "Zeugen vom Hörensagen" ihr Urteil über Glaubwürdigkeit oder Unglaubwürdigkeit nach freiem Ermessen fällen. Es ist anzunehmen, daß solche Ermessungsentscheidungen bei baden-württembergischen Staatsschutzkammern anders ausfallen als in Frankfurt, wo die Hauptverhandlung gegen Brigitte Heinrich ebensogut stattfinden könnte.

Zur Absicherung dieser Prozedur wurde neben Rechtsanwalt Heldmann, der als Wahl-Pflichtverteidiger bestellt wurde, anstelle des zweiten von Brigitte Heinrich beantragten Verteidigers ihres Vertrauens, Stephan Baier, ein Zwangsverteidiger bestellt, dessen Aufgabe allein in der Gewährleistung eines reibungslosen Prozeßablaufs besteht: Als oktroyierter Verteidiger hat sich Rechtsanwalt Linke bereits in Verfahren gegen Ulrike Meinhof und Carmen Roll bewähren können, nachdem er vor Jahren im SPK-Prozeß sogar die Verurteilung seiner Mandanten verlangt hat. Eine Beschwerde gegen Linkes Bestellung wurde kostenfällig verworfen und Rechtsanwalt Heldmann deswegen mit einem erneuten Ehrengerichtsverfahren bestraft. Nach wiederholten Briefen an Linke, in denen sich Brigitte Heinrich dessen Tätigwerden in ihrem Verfahren verbeten hat, beantragte dieser zwar seine Entpflichtung, das Gericht hat diesem Antrag jedoch nicht entsprochen.

Es ist absehbar, daß sich das Verfahren über mehrere Monate erstrecken wird. Da die Gerichtskassen Wahl-Pflichtverteidigern in Strafverfahren vor Landgerichten nur äußerst dürftige Gebühren zahlen, die weit unter den tatsächlichen Aufwendungen liegen, die bei einem so arbeitsintensiven Verfahren entstehen, da ein weiterer Wahlverteidiger nötig ist, damit der umfangreiche Prozeßstoff bewältigt werden kann, entstehen Brigitte Heinrich umfangreiche Kosten für die Verteidigung, die sie wegen des immer noch bestehenden Berufsverbots nicht allein aufbringen kann.

Wir bitten deshalb um Spenden auf das Konto von Brigitte Heinrich: **Frankfurter Sparkasse von 1822, Konto-Nr. 336-81 234, Stichwort: Prozeß**

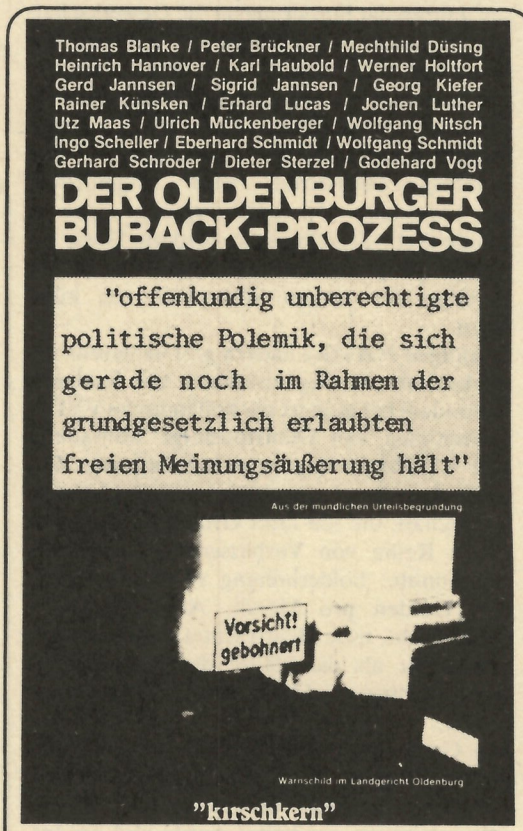
Spendenaufruf für die AGIT-Drucker

Das Kammergericht Berlin hat am 12.2.1979 die 4 Agit-Drucker nach 8monatiger Verhandlungsdauer in einem Fall zu 12 und in drei Fällen zu je 9 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Gegen das Urteil wird Revision eingelegt. Doch die Wahrscheinlichkeit, daß die Revision zugelassen wird, ist gering. Der hier zuständige dritte Strafsenat beim BGH ist berühmt dafür, daß er den größten Teil aller Revisionsanträge als unbegründet zurückweist. Die Kosten dieses Prozesses, die bis jetzt schon ca. 100.000 DM (einhunderttausend) betragen, werden den Druckern auferlegt.

Diese Summe setzt sich aus ca. 80.000 Verteidigungskosten (375 DM pro Verhandlungstag und Verteidiger, diverse Kosten vor der Hauptverhandlung, Kopier-, Telephon- und andere Kosten) und sehr grob geschätzt 10.000 bis 20.000 DM Gerichtskosten zusammen. Wir rufen alle, die sich von diesem Prozeß und diesem Urteil betroffen fühlen, auf, sich durch Beteiligung an den Prozeßkosten mit den verurteilten Druckern zu solidarisieren!

Arbeitsgruppe zum Agit-Prozeß

Spendenkonto: Wullweber, Berliner Bank, Kto.-Nr. 3 349 355 303, Kennwort: Agit-Drucker



280 Seiten DM 10.80

Erhältlich im Buchhandel.
Oder portofrei gegen Vorauskasse – Scheck oder Überweisung auf das Postscheckkto. 410561-101, Bln-W. – vom "kirschkern" Buchversand Schlüterstr. 28, 1000 Berlin 12

Alternativparadies USA?

Die Alternativbewegung in der BRD bezieht seit Jahren Anstöße und Anregungen aus den USA: kein Alternativkongreß ohne The Farm aus Tennessee, keine Diskussionen und Kontroversen ohne den Verweis auf die erfolgreichen Erfahrungen und Beispiele von "anders leben" und "anders kämpfen", die die Gegenkultur in Amerika gesetzt hat.

Was dort auf Grund der Größe des Landes und der geringeren Durchstaatlichung der Gesellschaft einfacher realisierbar schien, hat uns beflügelt, auch oder gerade unter bundesrepublikanischen Bedingungen staatlicher Verwaltetheit und Repression nicht auf die Revolutionierung der Verhältnisse zu verzichten. Amerika machte dabei Mut, weil dort "Kinder, Frauen und Männer inmitten der entfaltetsten Todeskultur mit Leben experimentieren in einer Art und Weise, die nicht weit von unseren eigenen Phantasien entfernt ist (Autonomie Nr. 6, 6/1977).

Was mich besonders fasziniert hatte, waren die Versuche, alternative Lebensbedingungen inmitten der amerikanischen Großstädte, und Formen von Selbstorganisation zu entwickeln, mit denen sich die Menschen nicht nur gegen Spekulanten, Banken und Sanierungsprogramme wehren konnten, sondern in denen gleichzeitig auch neue, umwälzende Bedürfnisse antizipiert wurden; daß in den Erfahrungen des Kampfes sowohl politische Lernprozesse als auch subjektive Sensibilisierung sich entfalteten.

"New Age"-Hochglanz

1979 passen viele der wiederbesuchten Projekte nicht mehr in dieses Raster. Nicht etwa, daß sie eingegangen sind, nein: sie blühen in riesigen "New Earth"-Ausstellungen ("Messe" wäre vielleicht adäquater auf "New Age"-Hochglanz (so heißt eine der Zeitschriften, die in farbiger und geschäftstüchtiger Aufmachung das neue, alternative Zeitalter auf die Verkaufstische bringt), in neuer "Sensibilität" in den reichen Vororten San Franziskos, und auf dem Markt der unzähligen, "natürlichen", "soften" und "humanen" Produkte und Therapieangebote.

Wo mir früher die Verbindung von Gegenkulturszene und Kampf gegen Sanierung/Spekulation eingeleuchtet hatte, überraschten mich jetzt Stadtteilgruppen, die in tristesten Gettos solarbetriebene Gewächshäuser einrichteten, auf den Dächern Gemüse anpflanzten, Abfallwiederverwertungsprogramme anleierten, oder mit Hilfe von CETA-Geldern verfallene Häuser rehabilitierten (CETA = Comprehensive Employment Training Act, einer Art 'streng kontrollierte' Arbeitsbeschaffungsmaßnahme) – all dies nicht um umweltfreundlicher Technologie zur Anwendung zu verhelfen, auch nicht, um die Community unabhängiger vom teuren Plastikfressen der Supermärkte zu machen, sondern **primär**, um mittels solcher (arbeits- statt kapitalintensiver) Projekte Arbeitsplätze zu schaffen und "kleines" Kapital anzulocken bzw. in der Community zu halten. Dieser Weg der "Revitalisierung" scheint ihnen nach all den Jahren der einzig gangbare, um das Überleben solcher verwahrloster und verlassener (von Betrieben, Händlern und Kapital und damit von Recht und Ordnung verlassener) Stadtteile zu sichern.

"Survival" (Überleben) aber nicht nur als Hauptmotiv für diese Sorte Community-Arbeit (die natürlich schnell durch staatliche und Stiftungsgelder gegängelt wird), "Survival" ebenso die Legitimation für den Rückzug vieler alter Militanter in ein kompromißhaftes, graues Berufs- und Alltagsleben, geprägt von Kleinfamilienstruktur (freilich mit Mitgliedschaft in einer Food-Coop, und mit 5 verschiedenen Mülltonnen in der Küche), gefrusteten Karrierewünschen, Zynismus, und nächtlichem Kiff (mit veränderter Funktion). Sollte das heißen, daß, wenn es für linke und gegenkulturell bewußte Gruppen schwierig geworden ist, in relativen Freiräumen mit alternativen Projekten, die auch die eigene Reproduktion halbwegs sichern, zu experimentieren – und das ist offensichtlich mit der sich hinziehenden hohen Arbeitslosigkeitsrate in den USA der Fall –, daß dann eine sehr wichtige Voraussetzung für kämpferische Versuche, andere Lebensformen zu organisieren, entfällt? Oder war mein Raster schlicht zu puristisch bzw. idealistisch? Die enorme Verbreitung "alternativer" Lebens- oder Produktionsformen, und seien sie auch noch so verwässert oder kooptiert, wäre vielleicht positiv zu interpretieren. Etwa analog der These, daß die Wellen, die die Frauenbewegung schlägt, die halbe Gesellschaft, das Bewußtsein zahlloser "normaler" Frauen erfaßt haben. Die neuen Werte, die die Bewegung der 60er Jahre propagierte, wirken selbst in integrierter Form als 'subversive' Elemente: die Gesellschaft würde grade auch die Kooptation dieser Formen und Inhalte unterwandert.

Gegen Spekulanten ... und Schwarze

An Hand einiger meiner (sicherlich zufälligen und überhaupt nicht systematischen) Eindrükke möchte ich gerade diese These in Frage stellen.

Chicago. Die als Siegerin aus den Bürgermeisterwahlen hervorgegangene Außenseiterin des etablierten (demokratischen) Parteiapparats Jane Byrne ernennt ein "Transitionskomitee", das den Übergang zu einer mehr reformorientierten demokratischen Administration erleichtern soll. Darunter sind unabhängige Politiker, progressive Stadtplaner vom Center for Urban Affairs (der Northwestern University), und Namen, die die militante Stadtteilbewegung der letzten Jahre an die Öffentlichkeit gespült hat. Z.B. Gail Cincotta, eine ältere Chicano-Frau, die mich vor 4 Jahren so sehr beeindruckt hat, mit ihrer Wut gegen die Stadtoberen, die das mexikanische Viertel verrotten ließen, die sich so aggressiv zur Vertreterin der Belange ihres Stadtteils einsetzte. Auch sie hat jetzt eine Stimme im "Transition Committee", kann somit die städtische Politik direkter beeinflussen, damit die "chicano neighborhood" ein lebenswürdiger und sicherer Stadtteil wird. Während der (besiegte) Bilandic im großen Schnee des letzten Winters solchen eh benachtteiligten Stadtvierteln auch noch den öffentlichen Verkehr sperrte, ihre Schulen nicht freiräumte, und so für Unruhe sorgte, reist mit der Schneeschmelze Lady Jane durch die Gettos und verspricht die Früchte, an denen eine unpersönliche – nämlich von Grundstücks- und Finanzkapital auf der Suche nach wieder profitablen Investitionsmöglichkeiten geprägte – Dynamik schon lange arbeitet; und in deren Windschatten auch die meisten Stadtteilgruppen (die sich vornehmlich um Revitalisierung bzw. Stabilisierung ihrer jeweiligen Communities kümmern, deren Lebensqualität halt genau von dieser Dynamik abhängt) und das Center for Urban Technology (das von einigen praxisbewußten ehemaligen Studenten des Center for Urban Affairs gegründet wurde) operieren.

In einem von Geschäften und Kapital verlassenen Viertel, sprich: in einem von Kriminalität verseuchten Slum scheint der einzig gangbare Weg der **Survival**, "Leben" zurückzuholen, der, "to get some small capital investment". Ich fahre durch eins der abgezirkelten Gettos von Chicago; vor Schutt und Abfall, verfallenen Häusern, verlassenen Häusern, und immer mehr unvorstellbare Mengen Dreck und Gerümpel siehst Du die Menschen kaum. Aber die leben hier; hauptsächlich Schwarze. Wie hier ein Überleben organisieren? Der Community Organizer, der mich fährt, erklärt, vor 3 Jahren war dies noch kein Slum, und an der Bauweise der Häuser kann man die alten besseren Zeiten noch ablesen. Aber die permanente Zirkulation auf dem Wohnungs- und Grundstücksmarkt scheint eine profitable Notwendigkeit zu sein. Menschen werden dabei nach bestimmten ethnischen und rassischen Mustern hin- und hergeschoben. Jetzt fahren wir auf der Austin-Straße, die die Grenze zwischen diesem Getto und einem reichen (und nicht Chicago inkorporierten) "Vorort" markiert: links, in Oak Park, ist alles in die andere Richtung ausgerichtet, Sackgassen zu uns her, Rückseiten, saubere Rasenflächen; rechts, Coladosen, Bierdosen, Flaschen, Plastik, Dreck, verfallene und verfallende Häuser – schwarze Menschen. Hier besteht keine Gefahr eines Spill-over nach Westen, denn die Wohnungspreise in Oak Park sind unerschwinglich. Aber die "Gefahr" besteht nach Norden: in Cragin, dem nächsten Stadtteil, fühlen sich die Polen, Litauer und andere dort

Foto: Jürgen Humbug

lebende ethnische Gruppen bedroht. Die Northwest Community Organization, in der auch "Sozialisten" mitarbeiten (so mein Fahrer), hat sich die "Stabilisierung" dieser Communitiy aufs Programm geschrieben. Die Bewohner des Stadtteils sind natürlich gut auf ihre "Anti-Solicitation"-Kampagne anzusprechen: das heißt, Block für Block werden Unterschriften dafür gesammelt, daß der jeweilige Hauseigentümer (die meisten haben nach einem Leben voller Arbeit sich endlich diesen amerikanischen Traum vom Eigenheim, bescheiden, aber immerhin, erfüllen können) sich jeden Besuch eines Maklers/Spekulanten verbeten – der ihm das Haus mit dem Hinweis auf einen "einen Block weiter unten schon eingezogenen Schwarzen" zu einem "noch" günstigen Preis abnehmen würde. Larry stolz: "1800 Unterschriften haben wir schon!"

"Und wie verhaltet Ihr Euch zu dem eklatanten Rassismus in der Community? Ist das Teil Eurer Arbeit?", frage ich. "Um Gottes Willen, wenn wir das aufs Tapet brächten, könnten wir uns doch nicht in der Community verankern!"

Also verankern sie sich: putzen Klinken, halten die Neighborhood sauber und sicher, organisieren Bingospiele (wichtige Geldeinnahmequelle) und? "Stabilizing the community" – ursprünglich ein Programm gegen kapitalistische Sanierung und Stadtzerstörung – heißt hier: sie weiß halten, heißt faktisch: gegen Schwarze organisieren.

Man kann ja nicht alles gleichzeitig machen, sagt der Sozialist. Wichtig sei doch erst einmal, daß die Leute für ihre Interessen – und gegen die der Spekulanten – kämpfen. In diesen Auseinandersetzungen entwickele sich Bewußtsein und – eine starke Organisation.

Zurück in den Kreislauf

Ein ganz ähnliches Argument höre ich in Bezug auf die Menschen im Getto, die mit arbeitsintensiver (soft) Technologie vor der Kriminalität bewahrt werden sollen. Mit CETA-finanzierten Renovierungsprojekten, mit

kommunalen Gewächshäusern und lokalem Recycling, mit Solarsystemen ("Community based solar installation and maintenance business") – in dezentralisierten, überschaubaren Einheiten – wird die ausgesaugte Community "revitalisiert". Zwar kommt es dabei nicht auf den Gebrauchswert, die softe Seite der "angepaßten" Technologie an, sondern auf die Tatsache, daß sie Arbeitsplätze schafft. Aber es wird argumentiert, die Arbeitslosen, Jugendlichen, Drogenabhängigen etc. Gettobewohner fänden so Bedingungen, durch neue Experimente, neues Selbstbewußtsein, neue Bedürfnisse zu entfalten. Werden sie dadurch autonomer und unabhängiger? Oder werden sie abhängig davon, am kapitalistischen Markt zu partizipieren? Wird hier Raum geschaffen für die Entwicklung "überschießender" Bedürfnisse (d.h. nicht in Warenform zu befriedigender), oder kanalisieren diese Programme – initiiert von Organisationen wie dem Center for Neighborhood Technology, immer häufiger aufgegriffen und mitunterstützt von städtischen und staatlichen Behörden und Programmen – die Energien der marginalisierten Bevölkerung so gekonnt, daß durch ihre Partizipation die kapitalistischen Formen umso konsolidierter werden?

Ich meine, die Arbeit der Alternativprojekte, die sich oft gern als Erfolg zuschreiben, wenn behördlicherseits ein "humanitärer Umschwung" stattgefunden hat, ist nicht ungebrochen zu feiern:

Der Verweis auf die verrotteten Zustände und die unmenschlichen Lebensbedingungen in den Gettos, die dadurch erstmal verbessert werden, und daß dadurch eine Voraussetzung für die Produktion alternativer Erfahrungen geschaffen würde, greift zu kurz.

Denn diese Erfahrungen werden nicht in den Gettos der 60er Jahre gemacht, als eine klare gesellschaftliche Ausgrenzung der Slumbevölkerung der verfallenden Stadtkerne eine militante Gettopolitik, eine Widerstandsbewegung möglich gemacht hat. Sondern sie finden statt im Kontext einer – sowohl ökonomisch als auch sozial veränderten – Situation der amerikanischen Städte.

Hatten sich die Folgeprobleme der Gettoisierung von farbigen Minderheiten deutlich in den Revolten der frühen 60er Jahre (Watts, Harlem etc.) gezeigt, so besteht **eine** der Strategien der Pazifizierung – andere bestanden in der formalen Abschaffung rassischer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, in den unteren Rängen staatlicher und halbstaatlicher Administration und besonders in sozialpolitischen Programmen – darin, die Gettos wieder anzugliedern an die kapitalistische Zirkulation. Kapitalstrategien, vermittelt über den Wohnungsmarkt, setzten wahre demographische Verschiebungen in Gang: durch Sanierung und "downtown development" veränderte sich das Bild vieler alter Stadtkerne: Kriminalität, Alkoholiker, Wohlfahrtsempfänger und "lower class" Minoritäten wurden zunehmend verdrängt und ersetzt durch junge, weiße, zahlungskräftige Mittelstandshaushalte. Jedoch bedeutete die Sanierung eines Viertels stets die Gettoisierung eines andern: das **Prinzip** der Gettobildung ist bei dieser Reformstrategie nicht angekratzt worden. Genauso wie **Teile** der Black-Power-Bewegung heute in der schwarzen Elite eine nicht zu unterschätzende Funktion im System sozialer Kontrolle übernommen haben, so werden auch heute nur **Teile** der Gettobevölkerung "rausgeholt", rekrutiert sozusagen für die Revitalisierung von (wieder attraktiv werdenden) zentrumsnahen Stadtvierteln.

Als ich die Kinder in dem Schutt des erst drei Jahre alten Gettos Austin spielen sah, konnte ich mir nicht vorstellen, wie hier irgendwelche sinnvollen, menschlichen Verkehrsformen entstehen können: natürlich wird geklaut, geraubt, gedealt – im Kampf zu überleben auch viel zerstört. Statt Potentiale, Bedürfnisse und Bewußtseinsstrukturen, die "mit den Produktionsbedingungen und Verkehrsformen der bürgerlichen Gesellschaft in Widerspruch stehen" herauszubilden, wird erst mal Kriminalität, Selbstzerstörung, und nicht gerade eine den bürgerlichen Wertekatalog respektierende Haltung produziert. Die stehen zwar auch in einem Widerspruch zur bürgerlichen Gesellschaft, sind aber, mit irgendwelchen warenförmigen Bröseln, leicht integrierbar. In **solchen** Gettos – und die amerikanischen Metropolen schaffen sie sich immer neu: lassen immer wieder bestimmte Bereiche so weit in dehumanisierende Lebensbedingungen verfallen – tauchen jedenfalls keine überschießenden Bedürfnisse auf. Durch die Form der materiellen Hilfe, die tropfenweise, selektiv, mit Auflagen, und zum Teil über die beschriebenen Community Organizations gewährt wird, wird eher das Bedürfnis erzeugt – als einzig realisierbares –, (wieder) aufgenommen zu werden in den profiterzeugenden Kreislauf der kapitalistischen Gesellschaft.

Was passiert, wo überschießende Bedürfnisse sich tatsächlich organisierten, und zwar **neben** und außerhalb dieses Kreislaufs? Adams Morgan, der Stadtteil in Washington, in dem sich eine breite Initiative entwickelt hatte, alternative Lebensbedingungen aufzubauen und Formen von Selbstorganisation herauszubilden *(sie ist beschrieben von David Morris, "Adams Morgan. Ansätze alternativer Ökonomie in einem Washingtoner Stadtvierteil," in Mayer/Roth/Brandes (Hrsg.), Stadtkrise und Soziale Bewegungen, EVA 1978)* sah sich – gerade wegen seiner gebrauchswertorientierten Anstrengungen – spekulativen Operationen des Finanz- und Immobilienkapitals gegenüber, für das es wieder ein attraktives Investitionsfeld geworden war. Nach 5 Jahren ist dieses Projekt von Community Technology, an dem schließlich einige tausend Leute beteiligt waren, gescheitert *(vgl. Karl Hess, Community Technology, Harper & Row 1979)*.

Die Alternativszene rettet wertlos gewordene Stadtteile, bereitet ihre "Gentrifizierung" vor ("gentry" = gebildete und grundbesitzende Stände). Wenn dann das Kapital den Stadtteil auf seine Weise stabilisiert oder vitalisiert, werden Erfahrungsprozesse abgebrochen, Lebenszusammenhänge zerrissen, die Ärmeren wandern ab in die neuen Gettos der Suburbs, und die Linken finden sich damit ab, als Teil der "professional middle class" in den neuen, schicken, aber "lebendigen" Stadtteilen zu leben.

MARGIT MAYER

Einwand gegen Kompaktlagerung!

Da die Lagerkapazität in Neckarwestheim erhöht werden muß – die Wiederaufbereitung, die in La Hague (Frankreich) durchgeführt werden soll, klappt nicht, da dort offensichtlich Schwierigkeiten aufgetreten sind – will die Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar GmbH (GKN) nun die Kompaktlagerung einführen. D.h., daß in dem vorhandenen Becken zweieinhalbmal soviele Brennelemente untergebracht werden sollen wie ursprünglich geplant. Je mehr Brennelemente im Becken lagern, desto größer ist die Wärmeentwicklung, umso wahrscheinlicher wird ein Niederschmelzen der Brennstäbe, wenn die Kühlung ausfällt. Während bei Normallagerung eine sich selbst erhaltende Kettenreaktion wegen des großen Abstandes der Brennelemente zueinander praktisch unmöglich ist, entfällt diese Sicherheit bei Kompaktlagerung völlig.

Auch erhöht sich die Strahlenbelastung der Bevölkerung durch die Kompaktlagerung, da nicht alle Stoffe durch die Filter zurückgehalten werden können. (Strontium 90, Caesium 137).

Auch durch die Kompaktlagerung wird das Atommüllproblem keiner Lösung nähergebracht. Es ist lediglich die Hinauszögerung dieses Problems um ein paar Jahre. Obwohl die Behörden immer wieder behaupten, die Entsorgung sei gesichert, drohen die AKW's an ihrem Müll zu ersticken.

Das Atomgesetz verlangt den Nachweis einer gesicherten Entsorgung als **Voraussetzung** für den Betrieb eines AKW. Diese Voraussetzung kann die GKN bis heute nicht erfüllen (vgl. Urteil des Amtsgerichts Stuttgart v. 20.7.79). Durch die vorläufige Lagermöglichkeit, die die GKN mit der Kompaktlagerung anstrebt, will sie nun versuchen, das Atomgesetz zu umgehen.

Wir halten es für dringend erforderlich, daß möglichst viele Bürger dieses Staates gegen die Machenschaften der GKN vorgehen.

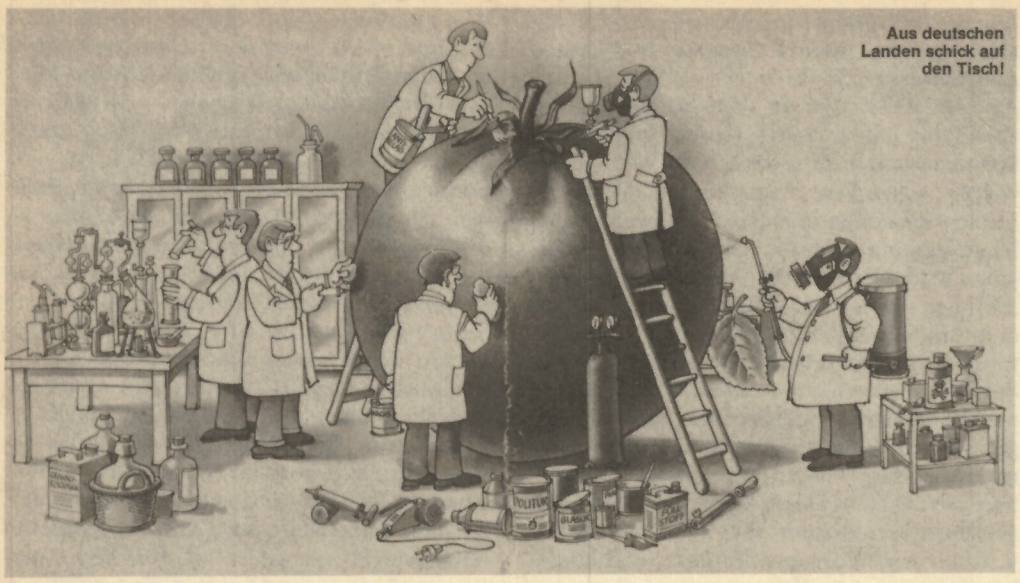
Eine von vielen Möglichkeiten des Widerstands ist die Erhebung eines **persönlichen Einwandes.**

Sammeleinwendungen sind deshalb nicht so effektiv, weil diese auf einmal behandelt werden können, da sie ja exakt die gleiche Argumentation beinhalten. Es ist auch wichtig, daß nicht nur die Anwohner Einwand erheben, sondern auch Leute aus Köln, München oder Hamburg, da diese von einem eventuellen Atomfall in Neckarwestheim über kurz oder lang auch betroffen sein werden.

Der Einwand muß schriftlich bei dem **Bürgermeisteramt Neckarwestheim, 7192 Neckarwestheim** oder bei dem **Bürgermeisteramt Gemmrigheim 7121 Gemmrigheim, Bürgermeisterzimmer** oder bei dem **Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, Theodor-Heuss-Str. 4, 7000 Stuttgart 1** erhoben werden. Es genügt ein einfacher Brief. Er muß klar enthalten, gegen was sich der Einwand richtet (also gegen den Antrag der GKN GmbH, in Neckarwestheim Kompaktlagerung durchzuführen), wer den Einwand erhebt und die Gründe des Einwandes. Er muß bis zum 30.9. 1979 bei der entsprechenden Stelle sein. Übrigens: nur wer Einwand erhoben hat, kann dann auch klagen. Also, liebe Leute, greift zur Feder – das Problem ist zu wichtig, als daß man ruhig bleiben könnte.

Und noch eine kleine Bitte: Teilt uns bitte mit, ob ihr Einwand erhoben habt. (Postkärtle oder Durchschlag). Dies ist wichtig für den allgemeinen Überblick. (An: SZ/SJD-Die Falken, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1).

BERND FALLER



Zeichnung: Hanno Engler aus: Stern

"Und gib uns unser täglich Brot"

Sie ist in die Kritik gekommen: unsere tägliche Ernährung. Standen Fragen unseres Alltags lange im Schatten der "großen" sozialistischen Politik, so hat die Alternativbewegung uns mit der Nase auf Probleme gestoßen, die wir bestenfalls in unseren Sonntagsreden und Proklamationen aufgegriffen haben: Wohnen, Leben, Arbeiten und Essen. Die Entwicklung von sinnvollen sozialen Bezügen, Entwürfe von nichtentfremdeter Arbeit und Utopien einer besseren Welt blieben dem künftigen Sozialismus vorbehalten. Die Bürgerinitiativen haben begriffen, daß die Umweltzerstörung nicht erst bei AKW's beginnt, sondern schon auf dem Frühstückstisch.

Eine Flut von Publikationen macht deutlich, daß sich die Menschen anschicken, ihr eigenes Leben zurückzuerobern und ihre Lebensmittel (im weitesten Sinne) selbst zu produzieren. Bioläden, Verbraucheraufklärung und biologisch-dynamischer Landbau sind Formen der praktischen Kritik an einer Gesellschaft, in der auch die Lebensmittel zu Waren geworden sind, deren Gebrauchswert nur notwendige Hülle ist.

Das Bedürfnis nach einer anderen, besseren und gesünderen Ernährung verspricht ein gutes Geschäft zu werden: jede Woche eine neue Diät, die Schlanksein und Jungsein verspricht; neue Ernährungsideologien, die das Heil der Welt im Konsum bestimmter Lebensmittel erblickt (Makrobiotik). Die Reformhäuser freuen sich: ihr Umsatz steigt, ihre Chancen "alternative" Lebensmittel loszuwerden, deren Wert umstritten ist, werden von Tag zu Tag besser. Je unsicherer die Menschen über das werden, was sie essen wollen, desto einfacher lassen sie sich Lebensmittel andrehen, die keine gesundheitlichen Vorteile versprechen: Meersalz statt Kochsalz, brauner Zucker statt weißem Zucker usw.

Was steckt hinter dieser Suche nach einer gesünderen Ernährung? Ist die Kritik an einzelnen Lebensmitteln oder an eingeschliffenen Ernährungsgewohnheiten berechtigt oder schießt sie über das Ziel hinaus? Welche Probleme und Forderungen, Anregungen für unsere tägliche Ernährung sollten wir aufgreifen, und wo sollten wir Forderungen widersprechen? Ansatzweise soll auf die Fragen eingegangen werden.

Wandel von Nahrungsgewohnheiten und Entwicklung des Kapitalismus

Die Ernährungssituation im 19. Jahrhundert war gekennzeichnet durch Hungersnöte, Versorgungskrisen, die alle vier bis fünf Jahre wiederkehrten, und plötzliche Lebensmittelteuerungen. Erst die fortgeschrittene Industrialisierung durchbrach die lokalen oder landsherrschaftlichen Grenzen auch der Ernährung. Es setzte ein Übergang ein von einer voluminösen, wenig geschmacks- und geruchsanreizenden Ernährung (Schwarzbrot, Hülsenfrüchte, Pflanzenfette, Kartoffel) zu einer leichter verdaulichen und schmackhafteren Kost mit Fleisch, Zucker, Weißbrot, Gemüse und Obst. Die Verbesserung kam jedoch in erster Linie den "besser Gestellten" zugute, während sich die Kost der Bauern und Arbeiter oft noch mit Surrogaten luxuriöser Lebens- und Genußmittel zufrieden geben mußten. In diese Zeit fällt auch die zunehmende Intervention des Staates, der die Volksversorgung zu seiner Aufgabe macht: ab Mitte des 19. Jahrhunderts werden Suppenküchen und Unterstützungsvereine gegründet, Ansätze einer staatlich geregelten Vorratswirtschaft und einer Lebensmittelzufuhr aus anderen Gegenden sind erkennbar. Wie tiefgreifend der Wechsel in der Ernährung ist, zeigt ein Vergleich von Speiseordnungen aus Armenhäusern zwischen 1780 und 1840, einer Gemeinschaftsverpflegung und einem Armenhaus um 1900 und einer heutigen "Bewahranstalt für männliche Gefährdete": **"In den Anstalten vor 1900 gab es einen besonderen Mangel an sichtbarem und unsichtbarem Fett sowie tierischem Eiweiß, während Kohlenhydrate und pflanzliches Eiweiß reichlich vertreten waren. Die Kalorienzufuhr konnte im Laufe des 19. Jahrhunderts zwar gesteigert werden, blieb aber noch weit unter unseren heutigen Normen. Bei den Mineral- und Wirkstoffen fällt die schlechte Versorgung mit Calcium, den Vitaminen A, B1, B2, Niacin und B6 auf. Auffällig ist die geringe Versorgung mit Milch, Milchprodukten, Frischgemüse und Frischobst, obwohl dies auch bei dieser Armenverpflegung zu beschaffen gewesen wäre. In der heutigen Trinkerheilanstalt, die zum Vergleich herangezogen wurde, ist die Überernährung das wichtigste Problem."**

(Teuteberg, Hans: Der Wandel der Nahrungsgewohnheiten unter dem Einfluß der Industrialisierung, in: Ernährungs-Umschau 22 (1975), Heft 4, S. 103).

Das massive Eindringen des Kapitals in das Transportsystem und in die Rohstoff- und Nahrungsmittelproduktion in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts stellte endgültig den Weltmarkt für Lebensmittel her. Osteuropäische und überseeische Agrarüberschußgebiete wurden durch Eisenbahn und Dampfschiff erstmals an Europa angeschlossen und konnten fortan jederzeit entstehende Versorgungslücken schließen.

Verderbliche Lebensmittel wurden zunehmend mehr veredelt und in konservierter Form länger lager- und transportfähig, zugleich geschmacksanreizender, bekömmlicher und hygienischer.

Der Kapitalismus in Europa hatte die Naturalentlohnung weitgehend abgeschafft. Auch bei den Lebensmitteln war dies der Fall. Die landlosen Teile der Bevölkerung mußten alle Lebensmittel mit Hilfe von Geld erwerben. Dies war zwar Voraussetzung zur Emanzipation aus lokal gebundener, eintöniger Kost, und erweiterte die Nahrungskonsumfreiheit (wenn auch vor allem für die Reichen), trug aber auch zur Abhängigkeit vom Lebensmittelhändler bei, der vordem nur ein "Kolonialwarenhändler" war. Arbeiterkonsumgenossenschaften, Volksküchen oder Kleingartenvereine sind Versuche, dieser Abhängigkeit zu entgehen.

Der kapitalistische Arbeitsalltag erzwang einen anderen Nahrungsrhythmus: Essen und Trinken dienten nicht mehr nur dem Stillen von Hunger- und Durstgefühlen, sondern auch zur Unterbrechung eines langen und monotonen Arbeitsalltags. Für die Arbeiter kamen Genußmittel auf, die halfen, die Zeit zu töten: billige Zigaretten und Süßigkeiten, Zichorienkaffee und billiger Alkohol. Die Arbeit erlaubte keine langen Pausen, die alte familiäre Tischgemeinschaft wurde ersetzt durch das Essen im Kreis der Arbeitsgenossen. Überreiche Ernährung, die sich im Spitzbauch ausdrückte, diente zur Markierung des gesellschaftlichen Ranges. Die Industriearbeit (oft nur stehend oder sitzend, in geschlossenen, stauberfüllten, erhitzten Fabriken) stellte an die Ernährung andere Ansprüche: diese sollte leichte Speisen mit höherem Nährwert, die die Verdauung weniger belasteten und länger vorhielten, enthalten.

Die sozialen Auswirkungen der Industrialisierung auf die Ernährung lagen vor allem in: 1. einer Verlagerung häuslicher Dienstleistungen in gewerbliche Betriebe: Sortieren, Schälen, Zerkleinern usw. mit der Folge eines Verlustes von Arbeit und Wissen im Haus-

halt. Dies machte auch eine Qualitätskontrolle durch den Staat notwendig. Die Frauenarbeit bot der Lebensmittelindustrie Anreize, fertige oder halbfertige Lebensmittel zu produzieren.
2. einer Änderung des sozialen Kontextes von Essen: Die Gemeinschaftsverpflegung spielte eine zunehmend größere Rolle und dadurch wurde den Familien eine Möglichkeit von Kommunikation geraubt.
Unsere Ernährungsgewohnheiten heute sind mit deutlichen Merkmalen der bürgerlichen Gesellschaft behaftet, was im folgenden an einigen Beispielen ausgeführt werden soll.

Der Mensch als Freß-Maschine

Nicht nur die Ernährungswissenschaft geht von einem Maschinenmodell aus, wenn sie ihre Tips für eine richtige Ernährung gibt: man nehme so und so viel Proteine, Kohlenhydrate, Fette, Vitamine usw., gebe sie dem menschlichen Körper und dann läuft er bestens. Auch unser tägliches Ernährungsverhalten ist weitgehend davon bestimmt: wir fressen, was auf den Tisch kommt, ohne uns darum zu kümmern, welche schädlichen Stoffe in den Lebensmitteln enthalten sind. Die Verantwortung für unsere Gesundheit, unser Leben, unser Wohlbefinden ist delegiert an Ärzte, Ernährungsapostel und die Lebensmittelproduzenten. Wir stopfen unsere Körper voll und wundern uns, daß wir trotz richtiger Ernährung krank werden. Im Durchschnitt essen wir wesentlich mehr als wir selbst verbrauchen. Folge ist eine Zunahme der Ernährungskrankheiten, die zu den häufigsten Todesursachen gehören. Arteriosklerotische Krankheiten (Herzinfarkt), Fettstoffwechselstörungen, Zuckerkrankheit, Bluthochdruck, Erkrankung des Magen-Darm-Traktes, der Leber, der Bauchspeicheldrüse, Gallensteinleiden und Karies sind meist Folge einer Ernährung, die uns mehr Energie zuführt als wir verausgaben können, und der Zufuhr bestimmter Lebensmittelgruppen in einem verantwortungslos hohen Maß (Zucker, bestimmte Fette).
Es gibt heute mehr fettleibige Kinder, Jugendliche und Erwachsene als früher, wobei die Fettleibigkeit meist kein Stoffwechselproblem, sondern ein Verhaltensproblem darstellt. Calorische Überernährung und Bewegungsarmut fördern die dicken Bäuche. Und all die, die zuerst – meist im guten Glauben der Väter und Mütter – dick und rund gefüttert wurden, haben lebenslange Sorgen damit, das "Schönheitsideal" zu erreichen: sie rennen einem Ideal nach, das von der Ernährungswissenschaft legitimiert, eher sozial als ernährungspsychologisch begründet ist. **"Der Wandel des Schönheitsideals im Laufe der vergangenen hundert Jahre spiegelt sich in dem, was als Normalgewicht angesehen wurde."** *(Glatzel, H.: Ernährung, Ernährungskrankheiten, Appetitlosigkeit, München 1976, S. 91)*

Die schleichende Vergiftung

Damit Lebensmittel als Waren gehandelt werden können, müssen ihre natürlichen Eigenschaften geändert werden. Konservierungsstoffe verlängern die Haltbarkeit und Lagerbarkeit und schaden dem menschlichen Körper: Fleischwaren werden zur Verbesserung mit Nitritpökelsalz in einer Menge versetzt, die selbst im Ernährungsbericht 1976 der Bundesregierung kritisiert wird. Das Nitritpökelsalz dient zur Erzielung einer ansprechenden Pökelfarbe (die typische Fleischfarbe, das schöne Rosa der Wurst ist das Ergebnis), zur Ausbildung eines Pökelaromas und zur Konservierung. Die Nitrite und auch das Nitrit im Pökelsalz, das sich z.T. zu Nitrit umwandelt, sind gefährliche Substanzen: ihre Eigenschaft, den Blutfarbstoff Hämoglobin so zu binden, daß er kein Sauerstoff im Blut mehr transportieren kann, ist für die Wurstfarbe erwünscht, im menschlichen Körper jedoch nicht.
Stoffe zur Oberflächenbehandlung verleihen den Lebensmitteln eine ansprechende Beschaffenheit: so wird z.T. Obst gewachst, ins industriell hergestellte Brot sind Stoffe gemixt, die für eine ansprechende Brotkrumme sorgen, Lebensmittel werden in auffälligen und bunten Kartons und Tüten verpackt, auch wenn Spuren aus den Verpackungsmaterialien ins Lebensmittel gelangen können und zu schädlichen Folgen führen (PVC-Verpakkung). Damit die Lebensmittel noch schöner und noch gesünder und noch natürlicher aussehen, werden sie gefärbt, das reicht vom "schwarzen" Schwarzbrot, über das "gelbe" Vanilleeis bis zu den vielen Süßigkeiten.
Da auch die Landwirtschaft keine Idylle mehr darstellt und es hier wie anderswo nur darum geht, große Mengen von Lebensmitteln zu erzeugen, kommt es vor, daß Stoffe in die Lebensmittel gelange, die bei der pflanzlichen und tierischen Produktion eingesetzt wurden: Folge davon sind Rückstände von Pflanzenschutz- und Pflanzenbehandlungsmitteln in Pflanzen und tierischen Produkten. Andere Rückstände sind diverse Schwermetalle wie Blei, Quecksilber oder Cadmium, die über Autoabgase, Farben usw. in die Lebensmittel gelangen. Fleisch, Milch und Eier enthalten Rückstände von Tierarzneimitteln und Chemotherapeutica, die von den Bauern aus ökonomischen Gründen verabreicht werden. Der Mensch am Ende der Nahrungskette ist der gelackmeierte. Er speichert diese giftigen Rückstände, nur ab und zu wird die Gefährlichkeit vor Augen geführt:

- wenn z.B. die Muttermilch heute mehr DDT und andere Pestizidrückstände enthält als die Kuhmilch;
- wenn es wie in Japan zu Quecksilbervergiftungen mit verheerenden Folgen kommt;
- wenn – wie neulich in Hessen – Lebensmittel, die in der Nähe einer Giftmülldeponie gewonnen wurden, einkassiert und vernichtet werden müssen.

Was kann man tun?

Der Mißstände gibt es viele – sie alle aufzuführen, würde den Rahmen sprengen. Zum großen Katzenjammer gibt es (noch) keinen Anlaß. Vorsicht scheint mir deshalb auch da geboten, wo alleine individuelle Perspektiven geboten werden.
Es ist klar, daß man nicht jedes Lebensmittel unbedenklich kaufen soll und eine Reihe von Produkten kaufe ich mir deshalb im Bioladen (z.B. Brot – ein Grundnahrungsmittel). Für eine Reihe von Lebensmitteln gibt es jedoch keine individuellen Auswege. Wasser z.B. wird von den Wasserwerken geliefert –, eine Verbesserung seiner Qualität kann nur dann erreicht werden, wenn andere Umweltschutzmaßnahmen greifen. Auch die Belastung mit Schwermetallen ist ziemlich universell – d.h. die Autoabgase, die Blei und Cadmium in die Landschaft setzen, erreichen auch die Gärten, die aus richtiger Erkenntnis heraus auf die hemmungslose Anwendung von Pflanzen-"schutz"mitteln verzichten.
Eine Verbesserung von Lebensmitteln und eine andere Einstellung zum täglichen Essen können nur durch mehrere Schritte erreicht werden:

- zum einen ist das Wissen und das Bewußtsein um die Bedeutung des täglichen Essens zu verbreiten. Dies betrifft nicht nur die Vermittlung ernährungswissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern auch das Aufzeigen der Zusammenhänge von Essen und psychischem und physischem Wohlbefinden;
- es bleibt eine politische Aufgabe dafür zu sorgen, daß bei der Lebensmittelproduktion der Gebrauchswert für den Esser im Vordergrund der Produktion steht. Dies gilt nicht nur für Lebensmittel, sondern für alle Produkte, die heute ihr Warenschicksal tragen.
- Es muß im Sinne von Verbraucheraufklärung auf Mißstände deutlich gemacht werden und im Sinne von Selbsthilfe, Aneignung eines gesellschaftlichen Bereiches, Rückgewinnung von Autonomie und Selbstproduktion der Lebensmittel im Kollektiv Formen der eigenen Lebensmittelproduktion und Verarbeitung entwickelt werden.
- Es ist Aufgabe einer sozialistisch, ökologisch orientierten Bewegung, die Zusammenhänge von Lebensmittelqualität und kapitalistischer Produktion, persönlichem Wohlbefinden und falscher Ernährung aufzuzeigen.

GERD BILLEN

Knusprige Hähnchen

Zu welchen negativen Folgen die Massentierhaltung führen kann, zeigt sich besonders an der Geflügelproduktion. Diese Produktion von Hähnchen ist weitgehend rationalisiert und industrialisiert. Große Tierzahlen in einem Maststall, Recyling bei der Fütterung, vertragliche Abnahmebedingungen und die Gefahr der Verbreitung von Krankheitserregern bei der Massenschlachtung sind ein Grund dafür, "daß es sich beim Geflügel um ein lebensmittelhygienisch riskantes Produkt" handelt. Diese Aussage findet sich im offiziellen Ernährungsbericht 1976 der Bundesregierung (S. 255). Bei Massenschlachtungen werden 3.000-10.000 Tiere in der Stunde getötet. Es kommt dabei leicht zur Übertragung pathogener und toxinogener Mikroorganismen. Es wird geschätzt, daß heutzutage "bei 70% oder sogar 100% der Geflügelschlachttierkörper mit einem Nachweis von Salmonellen" gerechnet werden muß. (Ernährungsbericht 1976 der Bundesregierung, S. 256).

"Cadmium-Belastung in der Bundesrepublik fast erreicht"

Unter dieser Überschrift eines kleinen Artikels im Bonner Generalanzeiger vom 4. April 1979 verbirgt sich eine alarmierende Meldung. Die Bundesregierung teilte darin mit, daß die von der Weltgesundheitsorganisation WHO vorgesehenen Werte für eine duldbare wöchentliche Belastung des Menschen mit dem Metall Cadmium nahezu erreicht seien. Seit Jahren ist bekannt – vor allem durch "Unfälle" in Japan –, daß Cadmium zu gesundheitsschädlichen Wirkungen führt. Cadmium, das vor allem in Fleisch, aber auch in Obst und Gemüse enthalten ist, führt zur Abnahme des Citratgehaltes des Knochens, zu Wachstumsverzögerungen und zu einer mykrocytären Anämie.

Das Ruhrgebiet in der Krise

I. Teil

Der Vorwahlkampf zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen ist in vollem Gange. Nachdem die nimmermüden Meinungsforschungsinstitute den Parteien ins Ohr geflüstert haben, daß die nächsten Bundestagswahlen – und zwar nicht nur diesen Herbst durch die Kommunal-, sondern auch in den Landtagswahlen 1980 – im Ruhrgebiet entschieden werden, soll das "Revier" nicht länger "Rumpelkammer der Nation" (NRW-Wirtschaftsminister Riemer) sein. Nicht nur das alte Versprechen vom "blauen Himmel über der Ruhr" soll nun endlich eingelöst werden, sondern hinter den Fördertürmen und Bergehalden, Kokereien und Walzwerken soll die Morgenröte wirtschaftlicher Prosperität und Vollbeschäftigung heraufziehen.

Die strukturellen Probleme des Ruhrgebietes sind nicht nur die des Ruhrgebietes. Es sind auch nicht nur die Probleme ähnlich strukturierter Räume wie das Saargebiet, Lothringen oder Wallonien, sondern sie existieren mit zunehmender sozialer Brisanz in der gesamten Bundesrepublik und in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Allerdings sind die strukturellen Probleme (vor allem die Arbeitsplatzvernichtung) nicht überall so gravierend wie in den anerkannten Problemregionen, und sie haben nicht überall die gleiche Erscheinungsform. Die Bedrohung des Lebensraumes durch Umweltzerstörung ist im Rhein-Main-Gebiet grundsätzlich nicht geringer als im Ruhrgebiet und für einen Arbeitslosen macht es keinen Unterschied, ob er seinen Arbeitsplatz in Ostfriesland oder in Duisburg verloren hat.

Die strukturelle Entwicklungsperspektive der kapitalistischen Ökonomie, wie sie gegenwärtig in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu erkennen ist, läuft nicht nur auf die Arbeitsplatzvernichtung in den "Krisenbranchen" und damit den "Krisenregionen" hinaus, sondern umfaßt alle wesentlichen Wirtschaftsbranchen, sowohl im sekundären wie im tertiären Sektor.

Die Arbeitsplatzentwicklung erscheint heute fast vollständig losgelöst von der Verwertungsentwicklung. Eine "Wachstumsbranche" wie z.B. Elektrotechnik oder Mineralölverarbeitung bietet heute kaum eine größere Chance auf einen konjunkturunabhängigen Dauerarbeitsplatz als die Eisen- und Stahlindustrie oder der Bergbau. Zwischen 1972 und 1976 wurden selbst in den 5 umsatzexpansivsten Industriezweigen der Bundesrepublik über 200.000 Arbeitsplätze abgebaut.

Dazu kommt die seit 1974 stagnierende Beschäftigungsentwicklung im tertiären Sektor, die nur aufgrund der Zunahme der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, nicht eindeutig negative Tendenzen aufweist.

Die besondere Strukturkrise des Ruhrgebietes

Mit der Ruhrgebietskonferenz im Mai dieses Jahres (die Auseinandersetzung mit ihren Ergebnissen bildet den Schwerpunkt des 2. Teils dieses Beitrags, den wir in der nächsten Ausgabe abdrucken werden – Red.) bekamen die staatlichen Lösungsversuche eine besondere politische Aktualität. Indes sind die staatlichen Versuche, die besondere Strukturkrise im Ruhrgebiet zu regulieren, nicht neu. Seit der Bergbaukrise gegen Ende der 60er Jahre flossen über 25 Milliarden DM an Subventionen in das "Revier", ohne daß die Arbeitsplatzvernichtung aufgehalten bzw. Vollbeschäftigung wiederhergestellt werden konnte; vielmehr dienten die öffentlichen Mittel unter dem Banner ungebrochener Wachstums- und Technologiegläubigkeit dazu, den "Strukturwandel als Motor des Wachstums" (Nordrhein-Westfalen-Programm) zu beschleunigen.

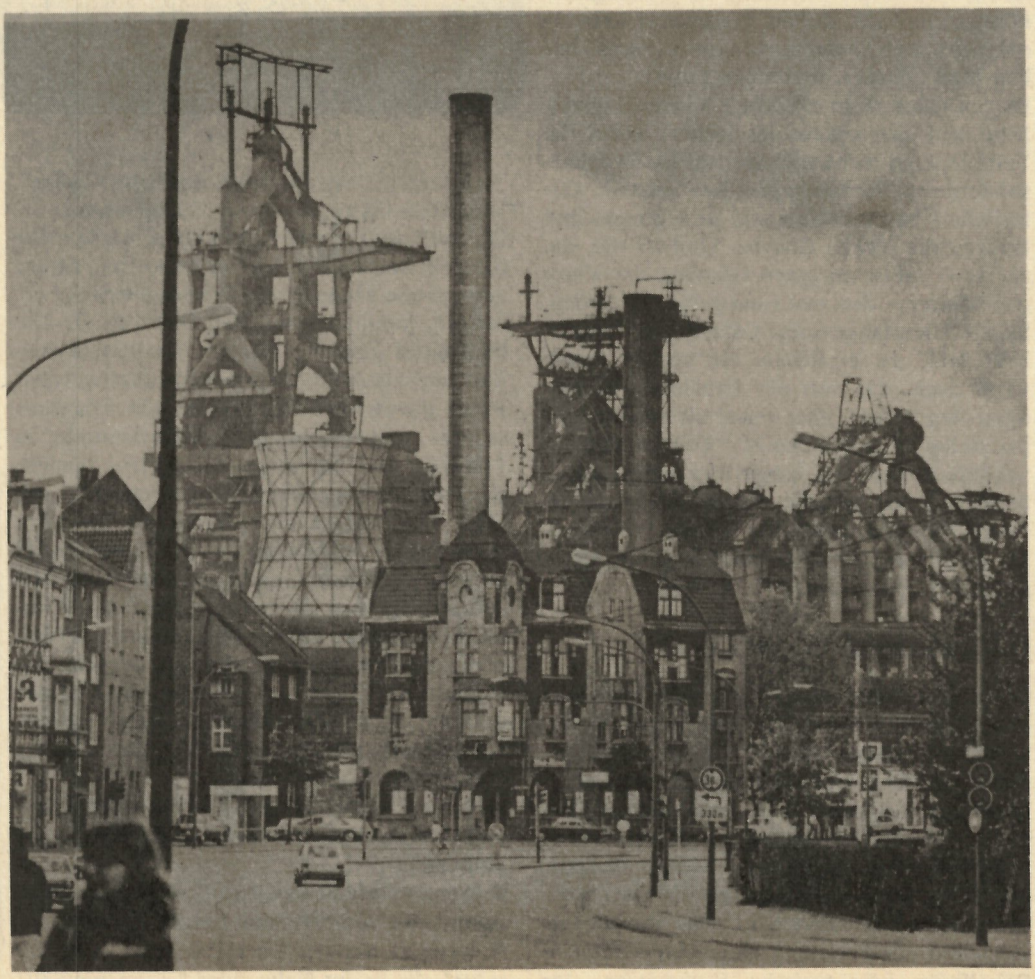
Im Laufe der 60er und 70er Jahre entwickelte das Land NRW Programme (Entwicklungsprogramm Ruhr 1968, Nordrhein-Westfalen-Programm 1975), die das generelle Ziel verfolgten, den "Strukturwandel" zu beschleunigen und das "Verhältnis zwischen wachstumsstarken und wachstumsschwachen Wirtschaftszweigen zu verbessern" (Nordrhein-Westfalen-Programm).

Trotz des massiven Ausbaus der industriebezogenen Infrastruktur (allein 10 Milliarden DM für den Verkehrswegebau), der Einrichtung von 4 Hochschulen, gezielter Förderung von "Wachstumsindustrien", des Ausbaus des Energiesektors und der Zentralisierung der öffentlichen Verwaltung (Kommunal- und Funktionalreform) ist das generelle Ziel – die Diversifikation der Wirtschaftsstruktur – kaum erreicht worden.

Noch heute stellen die Montansektoren Kohle und Stahl etwa 320.000 Arbeitsplätze oder 48% aller Industriebeschäftigten bzw. 17% aller Beschäftigten. Das Gesamtvolumen des Montankomplexes beziffert das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung auf etwa 674.000 Arbeitsplätze. Damit sind 37% aller Beschäftigten des Reviers von den Montansektoren mittelbar oder unmittelbar abhängig.

Auch die Entwicklung des tertiären Sektors im Ruhrgebiet ist hinter dem Bundesdurchschnitt zurückgeblieben. Ohne die inzwischen abflachende Expansion des öffentlichen Bereiches fände auch im tertiären Sektor des Ruhrgebietes ein absoluter Rückgang an Arbeitsplätzen statt.

Nach einem kurzen, konjunkturell bedingten Zwischenhoch Anfang der 70er Jahre geriet die besondere Strukturkrise der Region 1974 in ein neues Stadium mit der sozialen Brisanz anhaltend hoher Arbeitslosigkeit. Auslöser dieser besonderen Strukturkrise war die Stahlindustrie, die ihre Kapazitäten in der vorausgegangenen Hochkonjunkturphase überdimensional ausgebaut hatte und deren Anlagen nun unter den Bedingungen der weltweiten



Konjunkturkrise nicht annähernd ausgelastet wurden (1977: 63%).
Es zeigte sich, daß trotz fortschreitender Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktion – gerade im hochmonopolisierten europäischen Stahlsektor – der anarchische Charakter dieser Produktionsweise weder durch Brüsseler Kommissionen noch durch nationale Konjunktursteuerung beherrschbar ist. Wie vor 100 Jahren wurden die Folgen des Konjunktureinbruches auf die Arbeiter und Angestellten der Eisen- und Stahlindustrie abgewälzt. Kurzarbeit und Massenentlassungen waren die Folgen.
Verschärft wurde die konjunkturelle Verwertungskrise durch:
- verstärkte Weltmarktkonkurrenz (Auftauchen neuer Stahlproduzenten aus den kolonialistischen und neokolonialistischen Ländern – Brasilien, Süd-Afrika u.a. – sowie aus den Comecon-Staaten);
- Verschlechterung der Standortbedingungen in den traditionellen Eisen- und Stahlrevieren (Ruhrgebiet, Saarland, Wallonien, Lothringen);
- Verteuerung der Rohstoffe. *(Zur Situation der europäischen Stahlindustrie vgl. den Artikel von Josef Esser in "links", Juli/Aug. 79).*

Der gemeinsame Nenner der Lösungsstrategien der Eisen- und Stahlindustrie auf die Krise heißt: Arbeitsplatzvernichtung. 100.000 Arbeitsplätze, davon 41.000 in der Bundesrepublik bzw. 28.000 im Ruhrgebiet wurden zwischen 1975 und 1978 vernichtet. Nach Erwartungen der Brüsseler Kommission soll die Zahl der Beschäftigten in der europäischen Eisen- und Stahlindustrie bis 1980 noch einmal um 190.000 auf 600.000 zurückgehen.
Ähnlich wie die Kohlekrise in den 60er Jahren strahlt die Krise der Eisen- und Stahlindustrie in den letzten 5 Jahren auf die Verbundindustrien aus und verursacht dort besondere strukturelle Krisenentwicklungen.
Aufgrund der Absatzflaute der Stahlindustrie hat sich die Krise des Ruhrbergbaus seit 1974 wieder verschärft; 20 bis 25% der Kokskohle setzt der Bergbau in der eisenschaffenden Industrie ab.
Die Zahl der Beschäftigten im Bergbau ist nach wie vor rückläufig, wenngleich nicht mehr in dem Tempo wie in den 60er Jahren.
Insgesamt hat sich die Zahl der Industriebeschäftigten im Ruhrgebiet seit Beginn der Krise des Stahlsektors um jährlich im Durchschnitt 8.500 Beschäftigte verringert; das entspricht einem jährlichen Arbeitsplatzverlust – allein im produzierenden Gewerbe – von fast 2%. Die beschäftigungspolitische Folge dieser strukturellen Entwicklung ist die seit 1974 anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die noch durch die konjunkturelle Depression verschärft wurde. Im Fünfjahresmittel (1974-1978) betrug die durchschnittliche jährliche Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet 5,2% – gegenüber 4,5% in Nordrhein-Westfalen und 4,1% in der BRD. In den monostrukturierten Zentren des Montanbereiches (Duisburg und Gelsenkirchen) beträgt die Arbeitslosenquote im Durchschnitt der letzten 5 Jahre fast 7%.

Die Strukturkrise in den Städten – Duisburg

Mit einem spektakulären Knall verfügte der Kämmerer der Stadt Duisburg im laufenden Haushaltsjahr 1977 eine totale Ausgabensperre. Ursache: die katastrophale Finanzlage der Stadt. Duisburgs Finanz-Debakel war und ist exemplarischer Ausdruck der kommunalen Finanzkrise in der gesamten Region, vor allem in den monostrukturierten Zentren der Montanindustrie im nördlichen und östlichen Ruhrgebiet.
Durch die Krise des Stahlsektors, der Duisburgs Industriestruktur hegemonial bestimmt. waren die Steuereinnahmen der Stadt drastisch gesunken – in doppelter Weise:
- zum einen durch das sinkende Gewerbesteueraufkommen (ca. 20% Mindereinnahmen);
- zum anderen durch die Auswirkungen der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte sowie dem gewaltigen Ansteigen der Arbeitslosenquote auf das Einkommensteueraufkommen.

Duisburg ist – infolge der Stahlkrise – die Stadt mit den höchsten Bevölkerungsverlusten im Ruhrgebiet. Dazu kommt, daß sich für große Teile der Bevölkerung, vor allem infolge der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit, die materielle Situation so verschlechtert, daß immer mehr Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen. Seit 1975 hat die Stadt Duisburg die höchsten Sozialhilfeausgaben im Ruhrgebiet (1978: 90,6 Mio. DM). Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist in Duisburg von 1974 bis 1978 um 61% gestiegen; fast 30.000 Menschen (ca. 6% der Bevölkerung) leben in dieser Stadt heute von Sozialhilfe.
Duisburg ist die Stadt mit der höchsten Umweltverschmutzung in der gesamten Bundesrepublik. In einzelnen Stadtteilen, vor allem den Arbeiterquartieren wie Hamborn oder Hochfeld, überschreiten die Immissionswerte für Schwefeldioxyd, Kohlenwasserstoff und Schwermetalle die Grenze zur Gesundheitsgefährdung bei weitem. Eine im Auftrag des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführte Untersuchung von 800 Kindern in Duisburger Raum ergab, daß ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Bleiverseuchung der Kinder und Lernschwäche besteht.
Vor diesem Hintergrund müssen die Maßnahmen, die die Stadt Duisburg zur Bewältigung ihrer Finanzkrise ergriff – wie z.B. die Kürzung der Zuschüsse für Ferienfahrten Jugendlicher – oder durchzuführen plant, beurteilt werden:
- Gebührensteigerung für die Benutzung von sozialen Infrastruktureinrichtungen wie Bäder, Sportstätten, Bibliotheken u.ä. – hauptsächlich betroffen: alle die, die sich modernisierte oder Neubauwohnen nicht leisten können, die auf öffentliche Bibliotheken, Sportstätten und andere Einrichtungen angewiesen sind, wie Arme, Auszubildende, ältere Leute, Arbeitslose ...
- Einschränkung der Öffnungszeiten für Sozial- und Kultureinrichtungen – betroffen: die Benutzer (s.o.), die nicht nur höhere Kosten, sondern auch einen verschlechterten Service, längere Wartezeiten, Überfüllung etc. hinnehmen müssen; besonders betroffen: Schichtarbeiter, die noch weniger Gelegenheit haben, soziale oder kulturelle Infrastruktureinrichtungen wahrzunehmen;
- Kürzung oder Streichung von Zuschüssen an Sozialeinrichtungen, Vereine u.ä. – betroffen: z.B. alte Leute in Heimen, denen das "Taschengeld" zusammengestrichen wird, oder Jugendliche, denen die Zuschüsse zum Jugendheim gekürzt werden;
- Verteuerung und Verschlechterung des öffentlichen Personennahverkehrs durch Verlängerung der Taktzeiten und Einsparung von Linien – betroffen: alle Nicht-Autobesitzer wie Auszubildende, alte Leute, Arme, Hausfrauen u.a.;
- Erhöhung der Gebühren für Müllabfuhr, Straßenreinigung, Strom und Wasser – geplante Privatisierung dieser Leistungen.

Neben der Einschränkung sozialstaatlicher Leistungen will die Stadt ihr Sparprogramm durch einschneidende Rationalisierungen und Privatisierungen im Bereich der kommunalen Verwaltung finanzieren. Bei einer bereits existierenden Arbeitslosigkeit von 7%, 1978 sogar 8%, scheut die Stadt nicht davor zurück, der Stahlindustrie in der Arbeitsplatzvernichtung nachzueifern: 80% aller freiwerdenden kommunalen Stellen sollen nicht neu besetzt werden (bis 1983 mindestens: 1.000 Stellen). Ein besonders zynischer Einfall der Stadt, den die ÖTV Duisburg aufgedeckt hat: bestimmte Aufgaben (z.B. Wegebauarbeiten, Reinigungsmaßnahmen, Registraturarbeiten u.ä.) sollen nach vorhergehender Stelleneinsparung dann durch die Einstellung disponibler "Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" erledigt werden. Auf diese Weise will sich die Stadt einen doppelten Vorteil verschaffen: Stelleneinsparung und Finanzierung der notwendigsten Arbeiten durch das Arbeitsamt.

Ein Ruhrgebiet für den Mittelstand

Das Beispiel Duisburg ist in vieler Hinsicht exemplarisch für die aktuelle Situation der Städte des Ruhrgebietes. Die Strukturkrise durchdringt den gesamten Komplex kommunaler Politik und Verwaltung.
Die nicht zuletzt aufgrund des Steuersystems gegebene unmittelbare Abhängigkeit der Kommunen von der privaten Kapitalverwertung ist unter den Bedingungen der besonderen strukturellen Krise in eine vollständige Erpreßbarkeit übergegangen. Im Ruhrgebiet kann sich keine Stadt – schon gar nicht im nördlichen oder östlichen Teil – eine "harte Haltung" gegenüber einem größeren Unternehmen oder gar einem Konzern des Montan-

Mannesmann Huckingen
Eine Belegschaft im Streik
ENTWEDER DIE – ODER WIR
Fotodokumentation zum Arbeitskampf der Stahlkocher 1978/79

22 Bilder (Format 30 x 40 cm) stellen wichtige Etappen des Stahlarbeiterstreiks 1978/79 am Beispiel des Kampfes der Belegschaft von Mannesmann-Huckingen dar. Die Bilder sind als Plakate im Offsetverfahren gedruckt. Ihnen liegen Fotos zugrunde, die während des Streiks vor Ort gemacht wurden.

EINE BROSCHÜRE

(52 Seiten, DIN A 4) gehört zu den Bildern. In ihr wird entlang der einzelnen Bilder, die chronologisch geordnet sind, das Streikgeschehen erläutert. Ursachen und Anlaß des Streiks, wichtige Streiketappen, Streikprobleme und Erfahrungen einer Belegschaft in der Organisierung eines aktiven Streiks – aber auch der Nachwehen – werden ausführlich dargestellt und erläutert.

DM 25,– (+ DM 2,– Versandkosten)

Zu beziehen (gegen Vorauszahlung/Verrechnungsscheck – Kennwort: Fotodokumentation) über: Buchladen GmbH, Postfach 100405, 4100 Duisburg 1, PSchA Essen, Kto-Nr. 304498-432 oder ab Oktober über den Bücher- & Papervertrieb des Sozialistischen Büros: Willi Münzenberg Buchversand, Bergstr. 1, 2900 Oldenburg

bereiches erlauben. Ob Städtebau oder Umweltschutz – jede Politik und Planung, die ansatzweise die private Kapitalverwertung tangieren würde, kann mit dem Hinweis auf die "Gefährdung der Arbeitsplätze" im Keim erstickt werden. Die Folge ist, daß Konflikte mit größeren "Arbeitgebern" entweder aus dem Weg gegangen wird oder aber, daß das verfolgte politische oder planerische Ziel (z.B. Verlagerung eines störenden Gewerbebetriebes aus einem größeren Wohngebiet) mit einem immensen Förderungsaufwand verwirklicht wird. Da die Kommunen allerdings selbst nicht in der Lage sind, die erforderlichen Mittel aufzubringen, wächst die Abhängigkeit von den oberen staatlichen Ebenen (Regierungspräsident, Land, Bund).

Neben der wachsenden Abhängigkeit von den Planungsvorgaben und Förderungsmittel des Landes und Bundes sowie der Erpreßbarkeit durch die privaten Kapitale verstärkt sich die Konkurrenz der Kommunen untereinander. Vor allem geht es heute – wo gewerbliche Neu-Investitionen praktisch nicht mehr stattfinden – um die einkommensstärkeren mittelständischen Wohnschichten (die traditionelle "Eigenheimbevölkerung"), von denen sich die Kommunen eine Erhöhung ihrer Einkommensteuereinnahmen versprechen – eine Annahme, die angesichts der hohen Steuervergünstigungen für die Eigenheimbesitzer durch nichts bewiesen ist.

Als hätte es nie eine – auch von weiten Teilen sozialdemokratischer Stadttheoretikern getragene Kritik an den städtebaulichen und psycho-sozialen Problemen der Eigenheim-Siedelei gegeben, so werden jetzt kommunale Flächenreserven für Eigenheimbebauung zur Verfügung gestellt. Diese Entwicklung hat freilich nicht nur städtebauliche und ökologische Folgen (Zersiedlung der ohnehin stark zerstörten Landschaft im Ruhrgebiet, Gefährdung der für den industriellen Verdichtungsraum existentiell notwendigen Grün- und Freiflächen), sondern auch tiefgreifende sozialpolitische Implikationen.

Für die Mehrheit der Bevölkerung im "Revier", besonders für die "A-Schichten" (Arbeiter, Ausländer, Auszubildenden, Alten, Alleinstehenden) bedeutet eine solche Politik die Gefährdung ihrer Regenerationsmöglichkeiten und ihrer spezifischen sozio-kulturellen Gewohnheiten. Gerade diese Gruppen nämlich sind es, die ein praktisches, gebrauchswertorientiertes Verhältnis zum öffentlichen Wohnumfeld haben und aufgrund ihrer Wohnsituation (kleine meist schlecht ausgestattete Wohnungen) darauf angewiesen sind.

Unter diesem sozialpolitischen bzw. sozio-kulturellen Aspekt ist auch das auf der Ruhrgebietskonferenz angekündigte 500-Millionen-Programm zum Aufkauf von Industrie- und Verkehrsbranchen zu sehen. Dabei handelt es sich im wesentlichen um ehemalige Zechengelände, die durch das Zechensterben in den 60er und 70er Jahren freigeworden, aber nach wie vor im Besitz der Alt-Gesellschaften sind.

Auf vielen Zechen- und Verkehrsbrachen haben sich über die Jahre der scheinbaren Nicht-Nutzung neue, nicht-institutionalisierte und nicht-kommerzialisierte Nutzungen gebildet. Halden, Brachen und alte Fabrikgelände sind zu Erlebnisspielplätzen für Kinder und Jugendliche geworden, die in ihrer Größe und Vielfalt die gettoisierten Abenteuerspielplätze bei weitem übertreffen.

Durch das teilweise verwilderte Dickicht der Brachen und Halden ziehen sich informelle Spazierwege von Kilometerlänge, auf denen man Rentern, Invaliden, Jugendlichen, kurz: allen denen begegnen kann, die nicht nur in öffentlichen Anlagen promenieren wollen – sofern diese überhaupt vorhanden sind.

Im Winter wird von der Halde gerodelt, im Sommer werden Buden gebaut, in den Teichen verwilderter Bergsenkungsgebiete geangelt, Kahn gefahren; auf früheren Brachen sprießen plötzlich die Bohnen türkischer Familien, und zwischen allem durch schlängeln sich Spazierpfade ...

Sicherlich geht es nicht darum, die Verwüstungen, die der industrielle Produktionsprozeß im Ruhrgebiet angerichtet hat, im nachhinein zu idealisieren, und zweifellos gibt es genug Mißstände und Gefahren, die dringend beseitigt werden müssen (wie z.B. unverrohrte Abwasserkanäle, an denen auch mit Vorliebe "gespielt" wird); andererseits ist nicht zu leugnen, daß sich auf den Brachen zum großen Teil eine "zweite Natur" mit einer reichen Fauna und Flora herausgebildet hat – ein ideales Gelände für spontane, nichtorganisierte und kommerzialisierte Nischen-Nutzungen.

Genau diese Qualitäten, die in der Normen- und Begriffswelt einer mittelstandsorientierten Stadtplanung als "städtebaulicher Mißstand" angesehen werden, sind in Zukunft verstärkt gefährdet.

In Gefahr sind auch die rund 600 Arbeitersiedlungen des Ruhrgebietes, die in den letzten Jahren zur wohnungspolitischen Ausschußware wurden. Nachdem die Werkskolonien über Jahrzehnte dazu dienten, einen festen und kontinuierlichen Arbeiterstamm an die Montanindustrien zu binden, werden sie nun – parallel zur Arbeitsplatzvernichtung – auf den 'freien Wohnungsmarkt" geworfen und zum profitablen Verwertungsobjekt von Wohnungsspekulanten.

Die Städte stehen dieser Entwicklung, die für die Spekulanten mit ungeheuren Profiten verbunden ist, oft tatenlos gegenüber, versprechen sie sich doch von der Privatisierung der Siedlungen eine soziale Aufwertung der Wohnareale und nicht zuletzt einen Einkommensteuervorteil. Daß es sich hierbei um eine äußerst kurzsichtige Haltung handelt, die die sozialen Folgekosten – von der sozialen Problematik einmal ganz abgesehen – der Verdrängung der Bewohner ignoriert, ist offensichtlich.

So bleibt die Verteidigung ihrer Lebensbedingungen meist die Sache der Bewohner und ihrer etwa 400 Initiativen. **ULI HELLWEG**

Klassenkampf in Großbritannien – 1979

I. Teil

Die westdeutsche Rechte jubiliert über das Modell 'Thatcher', Strauß empfindet sich gar als ihre westdeutsche Ausgabe. Nach den ersten hundert Tagen der neuen konservativen Regierung, die den angekündigten "Klassenkampf von oben" mit unerwarteter Härte durchexerziert, kündigt sich in Großbritannien der massive Widerstand der Gewerkschaften an. Der nachfolgende Beitrag von Leo Panitch bietet eine materialreiche Hintergrundanalyse, die uns das Verständnis der aktuellen britischen Auseinandersetzungen erleichtert und den Blick für die Entwicklungstendenzen des "Modell Deutschland" in seinen Strauß/Schmidt-Varianten schärfen kann.

Am 3. Mai 1979 wurde die britische Labour-Regierung von Frau Thatchers Konservativen geschlagen. Man kann in gewisser Hinsicht die Niederlage als Niederlage für die Arbeiterklasse ansehen. Die Labour-Party erhielt den niedrigsten Stimmenanteil seit 1931, und die Kommunistischen und Trotzkistischen Parteien der Linken konnten ihren marginalen politischen Status trotz des Niedergangs von Labour in keiner Weise verbessern.

Mehr noch: die Konservativen gewannen die Wahl mit einem Programm, das einen ungehemmten privaten Kapitalismus und eine Veränderung des Status quo des sozialdemokratischen Wohlfahrts- und Interventionsstaats vorsah. Entsprechend ihrem Versprechen, ging die Regierung unverzüglich von der direkten zur indirekten Besteuerung über (letztlich zugunsten derjenigen, die gut über 10.000 Pfund pro Jahr verdienten), kürzte massiv die öffentlichen Ausgaben und kündigte eine Politik des Ausverkaufs der profitablen öffentlichen Industriesektoren an.

Jedoch wäre es falsch, die Wahlen selbst für das wichtigste Ereignis des Jahres 1979 aus der Sicht der Arbeiterklasse anzusehen. Zum einen bedeutet die reaktionäre Politik der Konservativen, trotz der Rhetorik der Labour-Politiker, in vieler Hinsicht lediglich das Vorantreiben einer Politik auf einen neuen Stand, die von der Labour-Regierung selbst begonnen wurde. Noch wichtiger: Die jüngste Klassenauseinandersetzung in England begann mit der Streikwelle gegen die Labour-Regierung im Winter **vor** den Wahlen. Diese Streiks markierten das Ende des Sozialvertrags zwischen Labour und den Gewerkschaften und untergruben den Anspruch Labours, die einzige Partei zu sein, die gewerkschaftliche Militanz wirksam im Zaum halten könne. Entsprechend führte die Labour-Führung die vernichtende Wahlniederlage weitgehend auf die Auseinandersetzungen des Winters zurück. Tatsächlich jedoch kann man diese Arbeitskämpfe vor der Wahl als Ausdruck eines instinktiven Glaubens großer Teile der englischen Arbeiterklasse ansehen, daß der Arbeitskampf das einzige Mittel ist, die eignen Interessen auch in einem Wahljahr durchzusetzen. Zugleich zeigt dies an, in welchem Ausmaß Parteipolitik für sie unwichtig erscheint.

Das ist nicht notwendig ein Grund zur Freude. Denn selbst die, die eine zu Labour alter-

native sozialistische Partei aufbauen wollen, sehen sich einem weitverbreiteten, von der Sozialdemokratie mitverursachten, politischen Zynismus in der Arbeiterklasse gegenüber.
Wenn wir die Wurzeln dieses Zynismus richtig verstehen wollen, wie auch die Klassensituation, in der die Wahlen ausgefochten wurden, müssen wir zuerst die Arbeitskämpfe des Winters und die Politik der Labour-Regierung, die darauf antwortete, untersuchen.

Der britische Winter

Es ist eine offene Frage, ob der wichtigste Aspekt des im Winter hervorbrechenden Klassenkampfs in England die Streiks selbst waren oder die Hysterie, Heuchelei und Bösartigkeit mit der die britische Bourgeoisie sie begrüßte. Was sicherlich für jemanden, der in London lebt, das Leben "unerträglich" machte, war weder der "schlimmste Winter seit 1963", noch der Einfluß der Streiks. Es war der Propaganda-Damm gegen die Arbeiterklasse, den die Medien errichteten. Dabei wurden sie souffliert und unterstützt von Politikern, Geschäftsleuten und Priestern.
Die Streikenden, die "Britannien herunterwirtschafteten" – (kürzlich waren es noch die Gewerkschaftsspitzen, die "Britannien herunterwirtschafteten", jetzt hatten sie "die Kontrolle" über ihre Mitglieder "verloren") – wurden regelmäßig als skrupellos, dumm und gewalttätig dargestellt. Sie waren dumm, weil es, (wie man uns "bis zum Erbrechen" erzählte), unmöglich war, den "nationalen Kuchen" neu zu verteilen. Möglich war es lediglich, daß man in geziemender Weise harmonisch zusammenarbeitete, um den "Kuchen" zu vergrößern (zum Thema Dummheit: Der "Daily Telegraph" forschte ein lokales Gewerkschaftshaus in Hull aus, von dem aus "Britannien ruiniert" wurde. Auf der Tafel stand das Wort **"Zugestimt"** ("aggreed"). Für seine rechten Leser brauchte nicht mehr gesagt zu werden – die Lümmel, die uns regieren, können noch nicht einmal buchstabieren).
Was die Gewalttätigkeit betrifft, so gab es im Vergleich zu den Schlachten in den Stahlorten in Frankreich, wenig davon. Gewalt wurde so zum Synonym für effektives Streik-Posten-Stehen. Gewaltgeschichten wurden erfunden. Ein Titelseiten-Aufmacher des "Daily Mail" "berichtete", Streikposten hätten einen Lastwagenfahrer, 100 Meilen einer Autobahn entlang gejagt, ihm mit Knüppeln bedroht und "Streikbrecher-Bastard" geschimpft. Eine spätere Untersuchung des "New Statesman" ergab, daß das die einzige zuverlässige und genaue Angabe auf der Titelseite des "Mail" von diesem Tage, das Datum gewesen sei. Der Fahrer war nicht gejagt worden, er verneinte, daß von einem "streikbrechenden Bastard" die Rede gewesen sei, und er und die Polizei erklärten, man habe seine Angreifer überhaupt nicht als Streikposten, Streikende oder auch nur Gewerkschafter identifizieren können.
Vor allem gab es Panikmache. Sie wurde angeheizt durch Schließungsdrohungen seitens großer Firmen wie ICI, von Vorhersagen über Entlassungen infolge des LKW-Fahrer-Streiks, die man im Januar von einer Million auf drei steigerte. Andauernd "drohte" Lebensmittelknappheit. Im Wortgesumm des Tages – "Desaster", "Chaos", "Erpressung der Nation" und vor allem und immer wieder "Krise" – wimmelte es von Vorhersagen über eine erneute Inflationsrate von 30% infolge von Lohnabschlüssen dieser Größenordnung. Genaue und detaillierte Berichte über die Forderungen der Streikenden und deren Gründe waren so rar wie die Sonnenstrahlen in einem Londoner Februar.
Gemessen an dieser Hysterie, war die "Krise" unmittelbar schwer auszumachen. Lebensmittelkürzungen, oder gar Rationierung oder Hunger gab es nicht. Höchstens 125.000 Arbeiter wurden entlassen. Das einzige Todesopfer im Laufe der Arbeitskämpfe war ein Streikposten; Er wurde von einem Lastwagen überfahren. Der Fahrer war ein Streikbrecher.
Anfang März erreichten die Lohnerhöhungen im privaten Sektor durchschnittlich 11%. Sogar auf dem Höhepunkt der Hysterie Mitte Januar blieben 30 Tarifabschlüsse innerhalb des von der Regierung vorgegebenen 5%-Richtwertes. Vor Weihnachten hatten die Arbeiter der Ford UK 16% erkämpft. Ford hatte allerdings massive Gewinne erzielt und trotzte ihrerseits sogenannte "Pönalitätsklauseln" ab, d.h. Abzüge für unentschuldigtes Fehlen, wilde Streiks usw. Zur gleichen Zeit mußten die Brotfabrikarbeiter nach einem langen vergeblichen Streik aufgeben. Die Lkw-Fahrer schließlich erzielten 20%, dies allerdings als Kompensation für die aufgrund des EG-Transportabkommens entfallenden Überstundenzahlungen. Es war das absolute Maximum. Im öffentlichen Bereich gingen das Krankenhauspersonal und die Arbeiter, insgesamt etwa 2 Millionen an der Zahl, zur selektiven Bestreikung über, um ihre Forderungen nach einem Ecklohn von 60 Pfund durchzudrücken. Sie erhielten schließlich 44 Pfund zugesprochen; der derzeitige Industrielohndurchschnitt steht bei 90 Pfund; überhaupt sind die Arbeiter des öffentlichen Dienstes in der Lohnskala weit zurückgefallen. Anfang März akzeptierten drei der vier betreffenden Gewerkschaften eine bescheidene 9%-Erhöhung sowie das Versprechen einer weiteren Anhebung nach Erstellung einer Vergleichsstudie. Bezeichnenderweise fanden sich die mächtigen Bergbaugewerkschaften mit 9% statt mit den anfangs geforderten 30% ab. Obwohl Krankenwagenfahrer und die Mehrheit des Krankenhaushilfspersonals etwas länger durchhielten, die Punktstreikaktion der Regierungsbeamten noch andauerte und die Forderungen der Krankenschwestern und der Lehrer noch anstanden, war Mitte März der Höhepunkt der Lohnkämpfe überschritten.

Unter dieser Voraussetzung wurde rasch eingeräumt, daß die Lohnerhöhungen 1978-79 die vorherigen wahrscheinlich nicht überträfen und alles in allem bei etwa 10% liegen würden. 5% hatte die Regierung als Orientierungsdatum so ziemlich aus dem Ärmel geschüttelt. Sie hätte diese 10% sicherlich von vornherein mit Handküßchen entgegengenommen. Die Tarifabschlüsse boten also schwerlich eine Handhabe für die Behauptung, die Gewerkschaften erpreßten die Nation. Tatsächlich wurden, bevor die Wähler zu den Urnen gingen und die neue Regierung durch Erhöhung der indirekten Steuern und der Zinssätze der Inflation Nahrung gab, Voraussetzungen über eine 10%ige Inflationsrate als "signifikante" Nachricht gehandelt – dies als nüchterner Rest nach Abzug von 20% Hysterie, die man noch zwei Monate früher draufgeschlagen hatte.
Zuverlässigster Indikator für die realistischen Erwartungen war das Verhalten der britischen und internationalen Bourgeoisie während der Wintermonate. Unverfroren eilten das Pfund von Höchststand zu Höchststand, an der Börse herrschte reger Betrieb, kurzfristiges Auslandskapital überschwemmte den Londoner Geldmarkt, und an den Schaltern der Bank of England konnte man buchstäblich beobachten, wie von Würde und Schweiß triefende Herren sich Rugbykämpfe um die staatlichen Schatzwechsel lieferten. Eine einzige Zeitung behielt die ganze "Krise" über klaren Kopf – die "Financial Times" natürlich ("The Times" hatte seit dem 30. November nach einer Aussperrung ihr Erscheinen eingestellt), die ja auch nicht von den breiten Massen gelesen wird.
Wie sehr man auch im Zorn auf die "Krise des Jahres 1979" zurückblicken muß, die Solidarität und die Kampfbereitschaft der Millionen Arbeiter soll damit keineswegs geschmälert werden. Die Erhöhungen wären ohne den Arbeitskampf nicht zustande gekommen, wie sehr sie auch hinter den vermessenen Voraus-

sagen zurückblieben. Es war weiterhin unverkennbar, daß die Streikbewegung ihre treibende Kraft von der Basis erhielt. Nicht von ungefähr standen jene Gewerkschaften an der vordersten Front, die wie die "Transport and General Workers" und die Gewerkschaft der Angestellten des Öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren ihre Organisation zu dezentralisieren angefangen hatten.
Die überragende Bedeutung der Streikwelle dieses Winters lag darin, daß abermals der Beweis erbracht worden ist, daß eine Labour-Regierung zwar eine ganze Weile durch Appelle an Vaterlands- und Parteitreue die Lohnforderungen der Arbeiter dämpfen, längerfristig aber die Klassengräben der britischen Gesellschaft nicht zuschütten kann. Wie schon bei der Einkommenspolitik früherer Labour-Regierungen in der Nachkriegszeit, kam der kämpferische Durchbruch nicht nach der Wahlniederlage von Labour, sondern vorher. Callaghan hatte im September 1978 den Gewerkschaftskongreß durch Hinweis auf bevorstehende Herbstwahlen auf Mäßigung vergattert. Kaum war der Kongreß zu Ende gegangen, da gab er die Verlegung der Wahl bekannt. Was als glänzendes Kabinettstückchen gepriesen wurde, erwies sich dann als Abschiedsstück für das Kabinett Callaghan. Denn die Gewerkschaften konnten ihre Mitglieder nicht einen ganzen Winter lang einschläfern. Als Ergebnis der staatsinduzierten Klassenpartnerschaft stolperte Labour wieder einmal über die sich selbst zugedachte Rolle innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, die ehrenamtlich zu verwalten sie sich berufen wähnte. Labours Anspruch, Konsenspartei wider die Konfrontationspartei der Tories zu sein, büßte folglich viel an Wahlwerbewirksamkeit ein.
Obwohl dies alles andere als eine neue Erkenntnis ist, bleibt es bezeichnend, daß die Widersprüche des "Sozialvertrages" sozialdemokratischer Fassung abermals zum Vorschein kamen.

Der Sozial-Vertrag

Der Sozial-Vertrag entstand als Labour in der Opposition war (1970-1974). Er schloß die erneute Zementierung des "Bandes wechselseitigen Vertrauens" zwischen den Gewerkschaften und Labour ein, die unter der Labour-Regierung 1964-1970 so sehr gelitten hatte. Der Sozialvertrag entstand durch eine Allianz der Gewerkschaftsführung mit dem linken Labourflügel. Er versprach in den Worten des Wahlmanifests von 1974 "eine fundamentale und nicht mehr rückgängig zu machende Veränderung in der Balance von Wohlstand und Macht zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Familien". Obwohl das Hauptinteresse der Partei am Kontrakt wohl daran lag, für die Wahl zu beweisen, daß Labour allein maßvolle Gewerkschaften sichern könne, wurden Einkommenspolitik und Lohnbeschränkung kaum erwähnt. Stattdessen wurde argumentiert, Labour könne die sozialen Bedingungen für Klassenharmonie durch eine Politik schaffen, die den Wohlstand der Arbeiterklasse brächte, und durch enge und regelmäßige Beratungen mit dem TUC.
Die durch den Industrial Relations Act der Konservativen den Gewerkschaften auferlegten Beschränkungen sollten aufgehoben werden, ein unabhängiges Vermittlungs- und Entscheidungsgremium aus drei Parteien (ACAS) entstehen. Es sollte eine Ausdehnung der gewerkschaftlichen Rechte auf dem Gebiet der "closed shops" (gewerkschaftliche Zwangsmitgliedschaft), bei ungerechtfertigten Entlassungen, Gesundheit und Sicherheit und gleichzeitig eine "radikale Ausdehnung der industriellen Demokratie" geben. Gesetzliche Regelungen über Preiskontrollen würden noch verstärkt; Sie würden ergänzt durch Lebensmittelhilfen. Die Ausgaben für Gesundheitswesen und Sozialleistungen würden ausgedehnt.
Kernstück des Sozialvertrags war die "Regeneration" der britischen Industrie unter der Ägide des Staates. Man brauche eine "neue, treibende Industriestrategie", in deren Zentrum ein System von Planabkommen zwischen Regierung, Gewerkschaften und den 100 großen Konzernen stünden, um sicherzustellen, daß private Investitionspläne auf "nationale Bedürfnisse" träfen und staatliche Hilfen dazu komplementär vergeben würden. Falls die Abkommen ignoriert würden, würde man Preiskontrollen und staatliche Investitionen in jeweils konkurrierenden Firmen gegen die Widerspenstigen einsetzen.
Zusätzlich sollte das öffentliche Eigentum, nicht vorwiegend in abgewirtschafteten Industrien, sondern in profitablen Sektoren durch einen neugegründeten National Enterprise Board erheblich ausgedehnt werden.

LEO PANITCH

(Fortsetzung folgt)

Vor-beugungsmodell Jugendpolizei in Baden-Württemberg

Es gibt zwar für Unternehmer keine Unternehmerpolizei, und für Arbeiter gibt es noch keine Arbeiterpolizei, aber für Jugendliche gibt es schon eine Jugendpolizei.
Noch ist es ein 1jähriger Versuch, aber der innerministerielle Erlaß wird sich zum 1. Januar 1980 beweisen müssen, denn im Sicherheitsplan II der Landesregierung sind 2,5 Milliarden DM und ca. 6.600 neue Polizeidienststellen ausgewiesen.
Außerdem hat sich der Jupo schon in anderen Bundesländern bewährt. In Hamburg gibt es schon seit 1966 speziell 200 Polizeibeamte für den Bereich Jugendschutz, sowie ein gut funktionierendes Rockerdezernat. Aus Berlin kommt das "Berliner Modell' des Kontaktbereichsbeamten (KOB) und in Hannover wurde soeben das "Chikagoer Modell" eingeführt. Da arbeiten 6 "Modellsozialarbeiter" zusammen mit den Polizisten in den Revieren in eigenen Büros. In Nordrhein-Westfalen gibt es Jupos, in Rheinland-Pfalz gibt es KOB's, in Bayern gibt es ein "Münchner Modell", da arbeiten Polizei und Sozialarbeit schon seit Jahren gut zusammen. Und in Baden-Württemberg gibt es in Zukunft KOB's und JUPOS.

Wie alles anfing

Der Versuch des Staates, Jugendliche in unsere Gesellschaft zu integrieren, begann zum ersten Mal Mitte der 50er Jahre, als es durch die Rock'n Roll-Welle (Elvis Presley als ihr erster Vertreter) zu sogenannten "Halbstarkenkrawallen" kam.
Damals entstanden kommunale Jugendhäuser und der Staat rechnete damit, auf diese Weise die jugendlichen Ausbruchsversuche auffangen zu können. Die dort tätigen Sozialarbeiter sollten den Jugendlichen wieder ein positives Verhältnis zu ihrem Staat vermitteln.

Aus Platzmangel mußten wir den Abdruck des 2. Teils des Interviews mit Theo Pinkus verschieben. Er folgt in der nächsten Nummer.

Während und nach der anti-autoritären Bewegung gingen viele kritische Sozialarbeiter in diesen Bereich hinein, weil er Freiräume bot. Es war relativ schnell ersichtlich, daß diese Hauptamtlichen nicht dazu beitragen würden, das gewünschte positive Verhältnis zum Staat zu vermitteln. In dieser Zeit entstanden die Diskussionen um emanzipatorische und antikapitalistische Jugendarbeit, der Kampf um selbstverwaltete Jugendzentren, die Lehrlingsbewegung.
Dann kam die Wirtschaftskrise. Das ökonomische und soziale Elend der von "Chancengleichheit" betroffenen Jugendlichen wurde sichtbar. Drohende und eintretende Arbeitslosigkeit, Freizeitvermarktung, Discos, die Drogenwelle.
Im Polizeibereich des Jugendschutzes entstanden Rauschgiftdezernate und Rockerdezernate.
Der Terrorismus schaffte schließlich die legale Form, das zu tun, was schon lange notwendig war und was viele Bürger wünschten: Mehr Polizei, mehr Autorität, mehr Kontrolle.
Die Deutschen wollten endlich ihre verlorengegangene Vaterfigur wiederhaben.
Die Polizei und die Staatsschützer sollten und konnten wieder für Ruhe und Ordnung sorgen.
So entstanden die vielen Arbeitsplätze für Verfassungsschützer, Werkschützer, Jugendschützer. Sie alle haben dafür Sorge zu tragen, daß unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht verletzt wird.
BKA-Chef Herold meint dazu, wir seien "nicht in einer Krise der Sicherheitslage, sondern in einer Krise des Sicherheitsgefühls."

"Hauptamtliche Frustrationspfleger"

Nun gibt es in Stuttgart, Reutlingen und Freiburg je 8 offizielle Jugendbeamte, die zur Vorbeugung der Jugendkriminalität Jugendliche an ihren Trefforten überwachen sollen, damit sie nichts anstellen. Falls sie doch einmal etwas von einem frisierten Mofa erfahren (sie können nämlich in Zivil oder Uniform auftreten, nach dem Motto: "Ein Männlein steht im Walde ...") sind sie verpflichtet, das anzuzeigen, sonst machen sie sich selbst strafbar.
Gleichzeitig können mit dieser Methode die

Sozialarbeiter überwacht werden.
Unser früherer Innenminister und jetzige baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth weiß wahrscheinlich ganz genau, warum er und seine "Freunde" in Zukunft die Mittel für die offene Arbeit einschränken wollen, zugunsten der Verbandsjugendarbeit. Er beschreibt Sozialarbeiter als "hauptamtliche Frustrationspfleger". Staatssekretär Ruder sagt es etwas präziser: Er spricht von "Sozialistarbeitern" im Bereich der offenen Jugendarbeit.
Die CDU-Gruppe Feuerbach sagt es am Klarsten: "Wenn wir die Kriminalität bekämpfen wollen, können wir uns keinen polizeifreien Raum mehr erlauben."
In Bayern übernehmen die Jugendbeamten der Polizei schon "richtige" sozialpädagogische Aufgaben. Zusammen mit dem Bund der Pfadfinderinnen und der Siemens-AG organisieren sie Sommerlager. Finanzielle Probleme gibt es nicht, die Kosten trägt u.a. der Lions-Club. Das ganze trägt den Titel "Erlebnispädagogik".
Die Presse und die offiziellen Kriminalstatistiken tragen gleichzeitig einen wesentlichen Teil dazu bei, in den Köpfen der Bürger Angst vor diesen Jugendlichen zu erzeugen. Pressemeldungen wie: "16köpfige Bande festgenommen!" müssen beim Bürger Angst und die sofortige Forderung nach Polizei mit sich bringen.
Wer würde nicht Angst bekommen, wenn er liest, die Gewaltkriminalität in Baden-Württemberg sei schon wieder angestiegen.
Dabei unterscheiden sich diese Jugendlichen von den Polizisten nur dadurch, daß ihre Bekleidung nicht grün, sondern schwarz ist.
Polizeibeamte werden im Notfall, wenn ihnen beim Verhör "einmal die Hand ausrutscht", befördert, Jugendliche kommen dafür ins Gefängnis. Da kann dann wieder "Sinnvolle Vorbeugung" stattfinden.
Jugendpolizei läßt assoziieren, daß ein ganzer Bereich unserer Gesellschaft potentiell kriminell ist. Jugendliche brauchen eine Jugendpolizei, warum brauchen Unternehmer keine Unternehmerpolizei?

Wo Unrecht Gesetz wird, wird Widerstand zur Pflicht

Wir haben uns im Januar 1979 in Stuttgart und Reutlingen, etwas später auch in Freiburg zur Wehr gesetzt und Anti-Jupo-Initiativen gegründet. In der Zwischenzeit haben wir einen landesweiten Zusammenschluß und sechs funktionierende Initiativen in sechs Städten Baden-Württembergs.
Und es gab viele, die uns unterstützt haben. Die Gewerkschaft der Polizei, die ÖTV, der Jugendwohlfahrtsausschuß Stuttgart, der Jugendhaus e.V., Stadtjugendring, Bund deutscher katholischer Jugend, SJD-Die Falken, Naturfreunde, die Jusos, die Arbeiterwohlfahrt, das Parteifreie Bündnis, die Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft.
Wir haben in der Zwischenzeit über 11.000 Unterschriften gesammelt.
Denn was Jugendliche brauchen,

- ist Freizeit ohne Kontrolle
- sind selbstverwaltete Jugendzentren
- sind Selbsthilfegruppen.

Und sie brauchen Erwachsene, auf die sie sich verlassen können. Das Mißtrauen der Jugendlichen Erwachsenen gegenüber kommt ja nicht von ungefähr.
Dazu braucht es jedoch auch Erwachsene, die sich auf Jugendliche einlassen!

HELGA WAGENLEITER-HENNIG

Wer uns unterstützen will, wendet sich an:
Landesarbeitskreis der Initiativen
"Keine Jugendpolizei in Baden-Württemberg"
Helga Wagenleiter-Hennig,
Rheinsburgstr. 160,
7000 Stuttgart-1

Geschichte und Erfahrung in der Jugendarbeit

Anfang dieses Jahrhunderts schlossen sich Jugendliche – zunächst nur "Wandervögel" – in Gruppen und Bünden zusammen. Zum ersten Mal in Deutschland entstanden "jugendgemäße Gemeinschaften" jenseits von Familie und Schule, die ein vorher nicht dagewesenes Maß an Eigenständigkeit und Autonomie entwickelten. Wer kennt nicht die Bilder, Lieder und Symbole aus der damaligen Zeit – beim Wandern, am Lagerfeuer, bei der Sonnenwendfeier und auf großer Fahrt! Viele dieser uns heute oft pathetisch erscheinenden Elemente fanden sich in der Hitler-Jugend wieder. Das fällt uns besonders angesichts der wachsenden neofaschistischen Aktivitäten auf. Hat also nicht die sicherlich bedeutungsvolle bündische Bewegung der Weimarer Zeit faschistische Tendenzen unterstützt? Diese Frage können und wollen wir hier nicht beantworten, sondern versuchen, in aller Kürze zu verdeutlichen, was uns als haupt- und nebenamtliche Jugendbildungsarbeiter an der einstigen Jugendbewegung so sehr interessiert, daß wir dazu Tagungen veranstalten.
Die Neue Linke hat wenig gewachsene Identität und sucht nach historischen Anknüpfpunkten, könnte eine zunächst sehr allgemeine Erklärung sein. Betrachten wir die bündische Bewegung genauer, so finden wir z.T. dort genau jene Lebenselemente wieder, deren Verlust wir heute – ökologisch stimuliert – zunehmend bejammern: Naturverbundenheit, feste soziale Bindungen in der Gruppe, emotionale Nähe, dauerhafte, zumeist lebenslange Beziehungen u.a.m.
Fritz Knapp, der in den 20er Jahren als Schüler zu einer bündischen Gruppe stieß, konnte uns bei der Tagung sehr gut erläutern, was ihn und seine Freunde damals faszinierte, was sie machten und was sie dachten.
Angestoßen durch pädagogische Reformer entdeckten Jugendliche damals die Gruppe als Ort, an dem sie nicht der kleine Erwachsene waren, sondern Jugendliche. Sie konnten ihre bürgerliche Tracht ablegen, ein offenes Hemd tragen und machten sich besondere Riten und Symbole zu eigen.
Die bündische Jugendgruppe war nicht allein konzentriert um die regelmäßigen Heimabende, sondern um die Fahrt, die viel Abenteuer und Risiko versprach. Doch gerade die Bewältigung der schwierigen Aufgaben schweißte die Gruppe zusammen. Fritz Knapp sprach deshalb auch einerseits von Schonraum und Geborgenheit in der Gruppe, andererseits vom Anforderungsmilieu. Neue Mitglieder wurden nur in die Gruppe aufgenommen, wenn sie sich schon für die Gruppe eingesetzt hatten und persönlich von allen akzeptiert wurden – der Gruppenkonsens war notwendig. Mutproben als Aufnahmekriterium wie bei den Pfadfindern gab es nicht, das war den Bündischen zu pedantisch. (Zu den Unterschieden zwischen Bündischen und Pfadfindern s. den Artikel von Axel Hübner in "links", Juli/Aug. 1979).
Politisch engagierte Bündische wie Fritz Knapp sehen auch heute in der Jugendgruppe, die sich durch einen persönlichen Erlebniszusammenhang herstellt, eine wichtige Funktion im "vorpolitischen" Raum. Denn dort werden Jugendliche nicht überfordert, lernen durch Auseinandersetzungen in der Gruppe und entwickeln soziales Verhalten. Eine "vorpoliti-

sche Jugendarbeit" würde dementsprechend versuchen, längerfristig stabile Bedingungen für die Entwicklung von Persönlichkeit und politischem Bewußtsein zu schaffen. Damit verbindet sich eine Kritik an "flächendeckenden" und "kurzzeitpädagogischen" Ansätzen in der aktuellen Jugendarbeit.
Überlegungen zur Bedeutung der bündischen Erfahrungen für heutige Jugendarbeit müssen die Diskussionen um den "neuen Sozialisationstyp", "rechte Jugendgruppen", die derzeitigen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Jugendlichen u.a.m. einbeziehen. Hier konnte nur ein kleiner Teil der bei der Tagung angesprochenen bzw. noch nicht angesprochenen Fragen beleuchtet werden.
Erwähnen sollten wir zumindest noch den äußerst interessanten Besuch auf der Burg Ludwigstein in Nordhessen. Das Gespräch mit dem dortigen Leiter des Archivs der deutschen Jugendbewegung, Winfried Mogge, gab uns einen weiteren Einblick in politische Biographien jugendbewegter Persönlichkeiten. (Im Herbst findet die diesjährige Jahrestagung des Archivs zum Thema "Jugendbewegung und Nationalsozialismus" am 19.10.-21.10.1979 statt. Anmeldungen direkt ans Archiv, 3430 Witzenhausen 1.)
Im September werden wir unseren unregelmäßig erscheinenden Arbeitsfeldrundbrief mit ausführlichen Tagungsprotokollen und einer kurz kommentierten Literaturübersicht u.a.m. zusammenstellen. Wer diesen und die folgenden Rundbriefe bekommen möchte, sollte DM 3,-- in Briefmarken an das Offenbacher Büro schicken, damit sind die Rundbriefe für ein Jahr bezahlt.
Bei der nächsten Tagung knüpfen wir an die vergangene mehr oder weniger an, indem wir die "Geschichte und Erfahrung in der Jugendarbeit nach 1945" bearbeiten. Näheres dazu ebenfalls im Rundbrief.
Ort: Quelle bei Bielefeld.
Termin: 20.-25. November 1979 (da ist ein Feiertag dabei). Wir haben uns zu diesem ausgedehnten Termin entschlossen, weil die Zeit immer zu kurz war – vor allem auch, um dem persönlichen Interesse aneinander nachkommen zu können. Es wird also eine Freizeit- und Arbeitstagung werden.
Schickt eure Anmeldungen bis spätestens Ende Oktober an das Offenbacher Büro, mit einer Anzahlung von DM 10,--: SB, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

FRANKFURTER BILDUNGSARBEITSKREIS

Geschlossene Heimerziehung

Anfang des Jahres 1979 – dem Jahr des Kindes – protestierten über 200 Pädagogen, Therapeuten, Erziehungswissenschaftler, Rechtsanwälte: u.a. Prof. Dr. Wolfgang Bäuerle, Prof. Dr. Ernest Bornemann, Prof. Dr. Oskar Negt, Prof. Dr. Erhard Denninger, Prof. Dr. Arno Klönne, Ernst Klee, Prof. Dr. Eberhard Richter, Prof. Dr. Robert Jungk gegen die Verankerung der Geschlossenen Unterbringung im neuen Jugendhilfegesetz. Mit diesem Aufruf wurde eine von der Redaktion "päd.extra Sozialarbeit" initiierte Unterschriftenaktion begonnen.
Die Kampagne ist jetzt abgeschlossen, sie brachte fast 12.000 Unterschriften. Offenbar wird eine der umstrittensten Gesetzespassagen gestrichen. Trotzdem ist der Entwurf noch nicht vom Tisch.

Genaugenommen haben 11.737 Hausfrauen, Arbeiter, Angestellte und Beamte aus nicht pädagogischen Berufen, Erzieher, Sozialarbeiter, Lehrer, Wissenschaftler, Schüler und Studenten mit ihrer Unterschrift gegen die geplanten Paragraphen 46 und 47 protestiert. Hinzu kommen noch die Unterschriften einer Vielzahl von Gruppen, Institutionen, Redaktionen. Zur Erinnerung: § 46 sollte jene Praxis gesetzlich festschreiben, wonach zahlreiche Kinder und Jugendliche in geschlossenen Heimen untergebracht werden. Durch § 47 sollte jedem Heimleiter das "uneingeschränkte Recht eingeräumt werden", selbstmordgefährdete oder "hoch aggressive" Kinder und Jugendliche aus dem offenen in ein geschlossenes Heim zu verlegen.
Das Entscheidende waren aber nicht allein die vielen Unterschriften, sondern was über diese hinaus an Diskussionen und Aktionen in Bewegung gesetzt wurde. Mit vielfältigen Formen haben Einzelne und Gruppen die Unterschriftenaktion unterstützt: Informationsstände in Institutionen und auf öffentlichen Plätzen, Wandzeitungen und Flugblätter, Diskussionen in Dienstbesprechungen, im Unterricht und Seminaren an den Ausbildungsstätten, in Schüler- und Studentenvollversammlungen, auf Gewerkschafts- und Parteiversammlungen, öffentliche Veranstaltungen, Berichte in den Lokalzeitungen und Leserbriefe. Viele haben uns dazu ihre Erfahrungen, die sie dabei gemacht haben, geschrieben.
Die Unterschriftenaktion hat sich natürlich nicht nur an die Fachöffentlichkeit gewandt. Trotz großer Skepsis im Hinblick auf die Erfolgsmöglichkeiten vernachlässigten wir die parlamentarische Seite nicht. Neben dem Bundesministerium für Familie, Jugend und Gesundheit (BMFJG) haben wir **alle** Bundestagsabgeordnete **aller** im Bundestag vertretenen Parteien angeschrieben und ihnen den Aufruf mit den Erstunterzeichnern zugesandt. Die Reaktionen waren beschämend.
Lediglich drei Abgeordnete der SPD (Karsten Voigt, Frankfurt; Hermann Dürr vom Arbeitskreis Rechtswesen der SPD-Fraktion und Klaus Kirchner, Rottweil) antworteten; sie stellten ausführliche Stellungnahmen zu einem späteren Zeitpunkt in Aussicht bzw. boten uns Gespräche an. Ein Gespräch mit Karsten Voigt fand mittlerweile statt; das Gespräch mit Hermann Dürr und dem Arbeitskreis Rechtswesen soll noch stattfinden.
Natürlich hat auch das BMFJG reagiert. Der parlamentarische Staatssekretär Fred Zander verschickte einen Brief, den neben dem Redaktionsbeirat wahrscheinlich ein Großteil der Erstunterzeichner erhielt.
In diesem Brief ist noch offen formuliert, was später in einem Gespräch mit dem FR-Redakteur Günter Hollenstein (die Frankfurter Rundschau berichtete am 12.1.1979 in einem längeren Beitrag über die Unterschriftenaktion) als Konsequenz der Proteste gegen die Verankerung der Geschlossenen Unterbringung durchgeführt werden soll – die Streichung des § 47. "Die Einwände prominenter Kritiker haben immerhin dazu geführt, daß mit dem Passus, wonach auch ein Heimleiter unter Umständen von sich aus einen Jugendlichen geschlossen unterbringen kann, verzichtet werden soll" *(Der Brief Zanders und der Antwortbrief der Redaktion päd.extra Sozialarbeit ist in der Ausgabe Heft 8 p.e. Sozialarbeit abgedruckt.)*
Ob es im weiteren Verlauf der parlamentarischen Behandlung gelingt, auch den § 46 und damit die rechtliche Verankerung und darüber hinaus ein Verbot der Geschlossenen Unterbringung zu erreichen, ist zweifelhaft, da z.B. auch die SPD-Linke (wie im Gespräch mit Karsten Voigt deutlich wurde) in dieser Frage keinen Konflikt eingehen wird.
Die besseren Argumente liegen auf unserer Seite, aber Argumente allein zählen noch nichts. Das mußte auch das renommierte Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik erfahren, das in einer Stellungnahme zum Hearing des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit zum Jugendhilferecht am 12. Juni 1979 noch einmal erklärte:
"Geschlossene Unterbringung sei keine Hilfe, sondern werde von den Betroffenen als Bestrafung erlebt. Durch die zwangsweise Internierung werden Angst, Mißtrauen und Aggressionen bei den betroffenen Kindern und Jugendlichen verstärkt; damit erhöht sich die Gefahr ihrer weiteren Stigmatisierung und Kriminalisierung."
Unsere Forderungen bleiben weiterhin bestehen:
- Verbot der Geschlossenen Unterbringung von Kindern und Jugendlichen.
- Streichung der §§ 46 und 47 aus dem Entwurf des Sozialgesetzbuches-Jugendhilfe.
- Verstärkung der Mittel zur Förderung und Erforschung alternativer Jugendhilfeformen, die tatsächliche Hilfen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen vorsehen.

In der Alltagspraxis bedeutet dies weiterhin,
- die Mißstände in traditionellen Heimen immer wieder aufzudecken und auf die Strukturen dort einzuwirken;
- an Alternativen zur traditionellen Heimerziehung zu arbeiten;
- die Arbeit in den bestehenden Heimerziehungsinitiativen zu erweitern bzw. Bürgerinitiativen zu gründen, die sich der Lage von Kindern und Jugendlichen annehmen und über den pädagogischen Rahmen hinausschauen.

Wie die Unterschriftenaktion bewiesen hat, können dafür auch Nicht-"Pädagogen" gewonnen werden.
Ich will damit nicht den Eindruck erwecken, als würde derzeit ein Reformzug durch die pädagogische Landschaft fahren – das Gegenteil ist der Fall. Wir erleben auch in der Sozialarbeit eine direkte Umsetzung von Überlegungen zur "Inneren Sicherheit". Wir erleben eine Verpolizeilichung von Sozialarbeit, wobei die Schaffung der Jugendpolizei und wie jetzt für Niedersachsen im Modellversuch vorgesehen, die Einsetzung von Sozialarbeitern in Polizeirevieren nur die Spitze dieses Eisberges darstellen. Es ist also kein Grund vorhanden, die Hände in den Schoß zu legen.

GÜNTER PABST

Nähere Auskünfte erteilt: Günter Pabst, Am Schollengarten 10, 6231 Schwalbach, Tel. 06196/6288 oder 0611/82006

Gratwanderung im Triebdschungel

"Rocky Horror" und der Horror der Linken

Ich gehöre nicht zu der 'Generation der Väter', aber auch nicht zu den Jungen, die Kinder der linken Väter sein könnten. Ich habe auch keinen Vater, der in Filme geht, die mich begeistern, nur um zu verstehen, was mich anrührt.
Folglich rutscht auch niemand für mich nervös im Kinosessel hin und her, der sich mit der permanenten Frage 'was geht hier eigentlich vor', den sinnlichen Bezug zum Leinwandgeschehen stört.
Ohne es explizit ausgesprochen zu haben, scheint mir Herbert Stubenrauch in seiner Filmbesprechung zu räsonieren, wieweit es mit einem Teil der Jugend gekommen ist. Der Grundton seiner Ausführungen, die ich teilweise zutreffend finde, wirkt auf mich altväterlich. Er schreibt wenig von eigenen Gefühlen und seinem persönlichen Verhältnis zum szenischen Geschehen, sondern entwickelt aus relativ verkürzten Filminterpretationen ein Kurzprofil der 'bewußten' Jugend '79, dessen Ecksteine Verschmelzungsbedürfnisse und Omnipotenzwünsche sind.

Unbedingter Triebgenuß

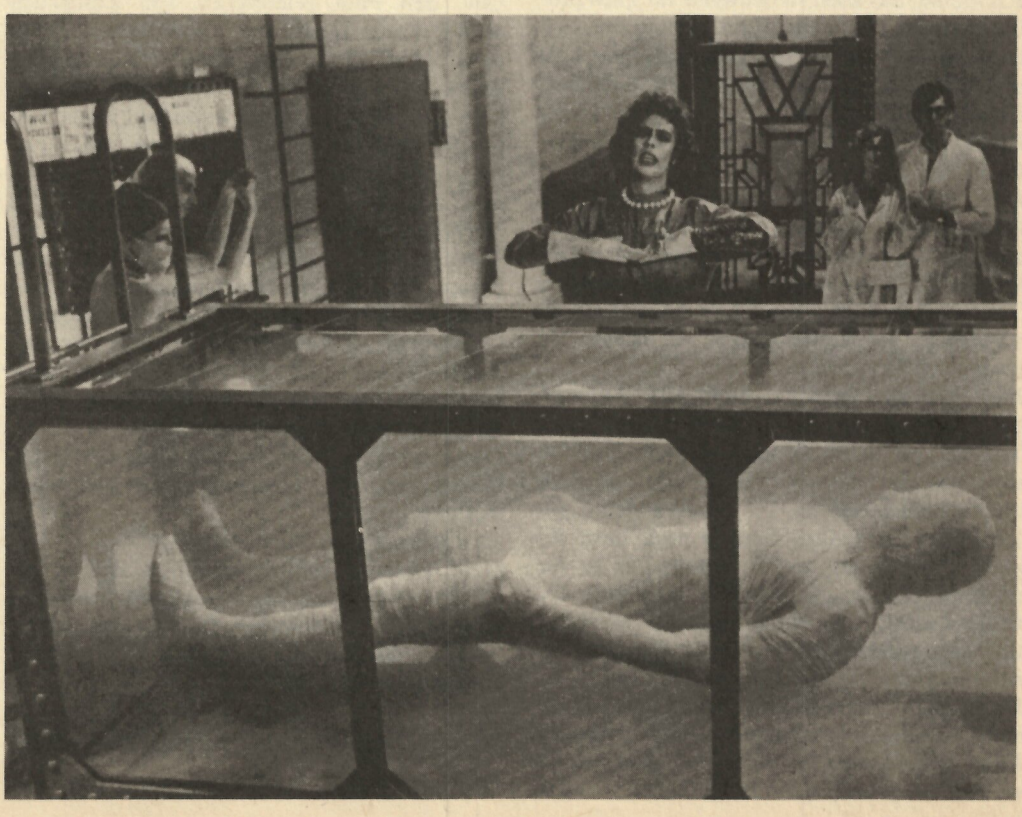
Ich will diese Kategorien nicht als falsch zurückweisen – in der von Pädagogen geführten Debatte um den neuen Sozialisationstyp werden sie ja reichhaltig gehandelt – ich halte es vielmehr für voreilig, mit schnell gesetzten Begriffen Bewußtseinsformen zu beschreiben, die angeblich der Rezeption des Films durch Jugendliche zugrunde liegen.
Wenn man sich fragt, welche Wünsche der Film anspricht, was seine "message" ist, finde ich Sexualität sein Hauptthema. Frank N. Furter ist in meinen Augen der Prototyp eines klassischen Narziß; besessen von dem maßlosen Auslebenwollen seiner Triebe, alles was ihm dabei im Wege steht, muß beiseite geräumt werden. Eddy, der Rocker, stört ihn bei seiner Selbstdarstellung, bei der Ausrichtung der Gruppenaufmerksamkeit auf ihn. Die narzistische Bedrohung macht ihn zum Mörder.
Ich habe dies, verglichen mit anderen Massenfilmen, nicht als sonderlich brutal empfunden. Gewalt, sadistische Mordszenen, Vergewaltigung findet dort wesentlich extensiver und ästhetisierter statt, aber immer in einem mehrmals ausgewiesenen Sinnzusammenhang: Krieg für das Vaterland, Kampf gegen Verbrecher usw. Solcherart ideologische Glocke, die reine Triebhaftigkeit als Handlungsimpuls verbrämt, besitzt "Rocky Horror" nicht. Handeln ist hier dominiert durch den Wunsch, alle Sensationen, die der narzistischen Befriedigung dienen, aufzuschlürfen. Die Grenzen der Triebaktionen sind keine inneren psychischen, keine des Verzichts oder gar der Verdrängung, sondern äußere; Personen verweigern sich oder die Umstände setzen Verbote. Die Unbedingheit des Triebgenusses als zentrales Motto von "Rocky Horror" scheint zu faszinieren. Nicht nur, daß Frank wahre Libidoströme vergießt, er sprengt auch den Rahmen heterosexueller Zuneigung, indem er beinahe jede attraktive Oberfläche als Sexobjekt begehrt.
Dies kann man mit Recht problematisch finden. Z.B. agiert Sexualität abgespalten von Zuneigung, ebenso ist sie egoistisch-besitzbestimmt. Identitätsschwierigkeiten, transsexuell, schwul oder bi zu sein, sind auch kein Thema der filmischen Bearbeitung. Aber trotzdem läßt die Story, die aus dem Spannungsbogen der Triebauslebung ihren wesentlichen Impuls bezieht, wichtige Probleme des realen Lebens und auch linker Politik sichtbar werden.
Eine kleinbürgerliche Ehe wird durch – verkürzt ausgedrückt – undomestizierte, scheinbar nicht durch gesellschaftliche Einflüsse (das Schloß kommt samt Insassen aus einer fremdem Welt) verbogene Lust, die sich zum Prinzip und Selbstzweck erklärt, in Frage gestellt.

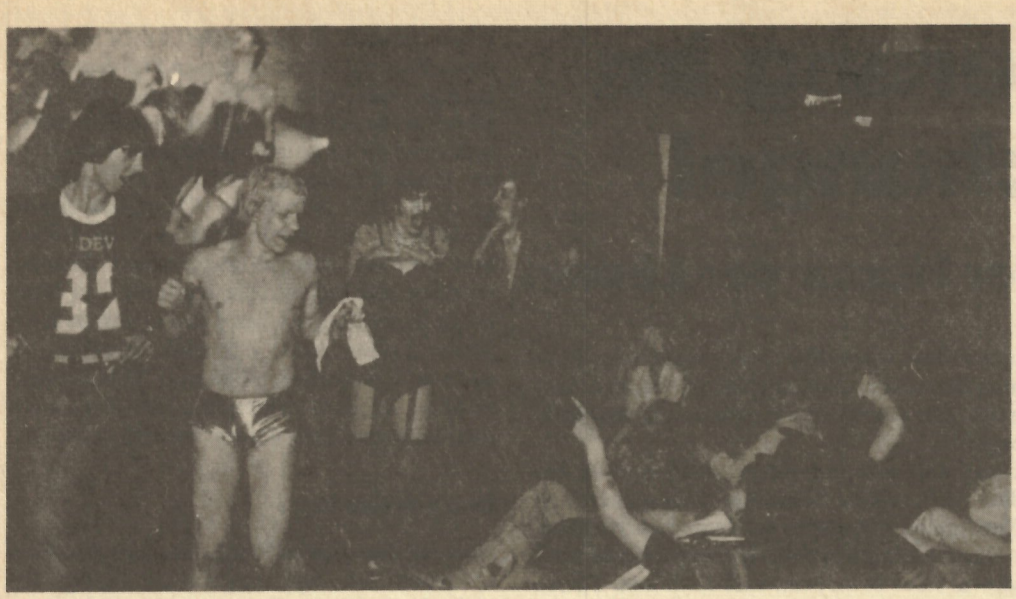
Die politische Kleinfamilie in der Praxis der Therapeuten

Dies so gesehen, empfiehlt sich mit der eigenen politischen Sozialisation (10-13 Jahre zurückgedreht) zu konfrontieren. Während der Studentenbewegung fanden Versuche befreiter Sexualität (die z.B. in der Kommune I problematisch verliefen oder scheiterten) statt, bürgerliche Individuen mühten sich ab, Alternativen zur kleinfamilialen Existenz zu finden. Der ganze Schrott unserer bürgerlichen Erziehung fand Einzug in politische Debatten und Aktionen: psychische Beschädigungen der Individuen wurden in Verbindung mit der repressiven Gesellschaft gebracht.
Heute schenkt die politische Arbeit von Organisationen der Linken diesen Problemen nur geringe Beachtung. Die Fragen der Geschlechterbeziehung und der sexuellen Identität erscheinen beinahe zwangsdeponiert bei der Frauenbewegung und den Emanzipationsgruppen der Schwulen. Kleinfamilienhafte Strukturen, mit ihren Zwängen von Rollen und diversen anderen psychischen Zwangskorsetts, das individuelle Kurieren von Neurosen in psychologischen Praxen, von dem eigenen Leiden nicht öffentlich sprechen, es auch in Ermanglung objektiver Tabuisierung nicht zu können, prägen das Bild eines nicht unerheblichen Teils unserer linken Landschaft.

Don't dream it ...

Nun zu den Jugendlichen, die auf den Film abflippen. Ich sage mal einfach flapsig, daß viele der Fans die "keine Bock auf"-Haltung als Frustrationsabwehrschild in ihren Reaktionsmöglichkeiten führen. Keine Lust auf die Schule, die Lehre, das Studium, die Arbeit und Eltern. Politik, warum? Die ist abstrakt und macht keinen Spaß. Der Maßstab Handlungen zu vollziehen, Verpflichtungen einzugehen, heißt: was bringt es mir persönlich, hier und jetzt.
Diese Leute haben keinen Parker mit der angesteckten "Nein danke"-Sonne, eher das Konterfei von David Bowie oder den sex pistols. Sie fahren keine Autos, an denen steht "so oder so, die Erde wird rot".
Was ich damit sagen will, die politischen Linken hoffen, wenn auch verzagt und stellen sich unter die Anstrengungen der Erarbeitung einer gesellschaftlichen Utopie, die wir oft in schlechter Abstraktheit Sozialismus nennen. Die anderen, Teile der "Jugend '79" träumen, hoffen, kämpfen weniger; sie leben vielmehr ein "don't dream it, be it".
Dies scheint mir auch ein Kern des Lebensgefühls, das wie Herbert Stubenrauch meint, die älteren traditionalistischen Linken den Atem erschreckt anhalten läßt.
Warum eigentlich?
Es gab einmal eine Phase, da rannten die me-





tropolitanischen Linken in die Italo-Western, einige mit Spielzeugpistolen in der Hand, und berauschten sich an den coolen Witzen und Morden der Helden. Stöhnen wallte auf, wenn Django zum Maschinengewehr griff und hunderte Feinde niedermähte. Manchem Genossen schwoll die Hose, der omnipotente Stellvertreter auf der Leinwand verschaffte Machtgefühle und -gelüste, anstelle der Angst und Ohnmacht in der Realität. Der Held hieß damals Franco Nero, heute ist es Frank N. Furter (der Name der Spielfigur).
Damit will ich nicht nur sagen, früher gab es auch "Rocky Horror" adäquate Filmkost, sondern ebenso dem moralisierenden Zeigefinger von Stubenrauch einen Kniff geben.

"Welches Triebverhalten ist normal?"

"Rocky Horror" ist nicht einfach ein Abbild der schlechten Realität, wie er behauptet. Das Filmspektakel hält dieser schlechten Realität ein Traumbild entgegen. Das Traumbild zu kritisieren ist legitim, aber nicht, indem die ideologiekritische Argumentation umkippt in die eigene Hilflosigkeit und Angst verbergende Attitüde, alles schrecklich zu finden.
Ich meine, das auch stellenweise für mich problematische Treiben im Film vermag dennoch treffend die bürgerliche Auffassung von Lust und Körperlichkeit zu karikieren und die verhärmte Sexualität des kleinbürgerlichen Ideal-Paares mit ihrer versteckten Geilheit freizulegen.
Die 'Perversität' der anderen Figuren als Grenzgänger zwischen den Geschlechtern, stimmt die Zuschauer auf ein bei vielen Linken selten behandeltes Thema ein: welches Triebverhalten ist normal? Ist normal gesellschaftlich durchschnittlich? Ist nicht das zwanghaft Normale pervers?
Der Film gibt darauf indirekt eine Antwort, die Stubenrauch z.B. gar nicht aufgreift. Die Tötung von Frank ist m.E. weniger Umkehrung des Herr-Knecht-Verhältnisses, sondern eher eine Bestrafung. Er hat zu zügellos gelebt, sein beständiges Suchen nach Lust, die auch Vernichtung zeugt, hatte selbst in der transsexuell-transsylvanischen Exklave die Grenze erreicht. Er hat ausgespielt. Die in Bedrängnis geratenen Kleinbürger sind trotz ihrer Jämmerlichkeit die Sieger.
Das "don't dream it, be it" des Films bezieht sich – und das scheint mir nicht nur für den Film bezeichnend zu sein, viel eher deutet es auf ein prinzipielles Problem hin – nicht auf ein Gesamtmiteinander integrierter Triebstrebungen und Aktivitätsmodi. Emanzipation, bei Marx bezogen auf alle fünf Sinne, schnurrt hier zusammen auf die "Emanzipation" einer sehr borniert verstandenen sexuellen/erotischen Sinnlichkeit, die ihre eigene Befreiung eskapistisch, ungleichzeitig, die übrigen Sinne sich unterordnend, betreibt. Vielleicht ist gerade dies die geheime Logik des Scheiterns von Frank N. Furter. Hierin liegt wohl auch das faszinierend-bedrohliche (lustangstbereitend) des Protagonisten: seine "Propaganda der Tat" inspiriert unsere eigenen unterdrückten Wünsche, andererseits folgt die (Selbst-)Bestrafung postwendend. Die Reintegration der sexuellen Triebkomponente kann nur noch gelingen um den Preis der Selbstzerstörung; dies ist die resignative Konsequenz.

Rocky-Show als Leben

Fest steht, der Film ist im internationalen Maßstab ein Kulturereignis. Das amerikanische Musikmagazin "Rolling Stone" (5.4.79) weiß von Vorstellungen zu berichten, in denen verkleidete Zuschauer als Dr. Scott, Riff-Raff usw. den Film zelebrieren. Ein Zuschauer schildert sein Leben mit "Rocky Horror Picture Show" folgendermaßen: "Mein ganzes soziales Leben ist um und auf den Film gebaut. Meine alten Freunde werden sagen 'laß uns Samstag nachts gemeinsam was unternehmen' und ich werde ihnen antworten, daß ich noch nie eine Rocky show verpaßt habe."
Wichtig scheint der Streifen als Messe, als Theater. Die Gemeinde trifft sich. Fast jeder kennt die Dialoge, Spielhandlungen in Gestalt von Zurufen, Wunderkerzen abbrennen, bauen sich auf und spulen ab. Der Film institutionalisiert und befriedigt Wünsche nach Spiel, das zwar abgesteckt, aber dafür überschaubar und sicherheitsstiftend ist.
Das begangene Fest ist auch eines des Exhibitionismus, der hemmungslosen Selbstdarstellung.
Ist das traurig und kritikwürdig?
Nein, vielmehr ist problematisch, daß es anscheinend sowenig Bestätigungsmöglichkeiten gibt, so daß die wenigen dunklen Nischen zu Altären der im realen Leben verhinderten Persönlichkeiten werden.

Ironie, Klamotte und Sehnsuchtsmedolie

Die Mythen bzw. deren Versatzstücke, die der Film benutzt, sind wahrlos zitiert. Schon Roman Polanski hat sich im "Tanz der Vampire" an den vielen Hammer-Produktionen und Terence Fisher-Gruselfilmen schadlos gehalten; Sharmann beutet sie aus, indem er skrupellos Oberfläche an Oberfläche kittet. Die Kraft der alten Horror-Mythen als Feld von Angst-, Traum und Lebensbewältigung geht hier vollends durch die Degradierung eines Genres zum Kulisseneffekt verloren.
Der Film verfügt über keine ästhetische Brillanz und Geschlossenheit. Vielleicht trägt auch gerade das Dilettantische und die Brüchigkeit der filmischen Präsentation dazu bei, das holzschnittartige der Figuren als changierende Mixtur von Ironie, Klamotte und Sehnsuchtsmelodie herauszustellen.
Dem an gute künstlerische Qualität gewöhnten Auge hält die schlampige Machart von "Rocky Horror" nicht stand. Hierin bin ich anderer Meinung als Herbert Stubenrauch, der ihm subtile Fabrikation bescheinigt.
Das Hingerotzte und Genregeschnipsel verschafft dem Film eine ästhetische Beschaffenheit, die ihn mit durchschnittlichen Comichefte vergleichbar macht. Auch dort finden wir die geballte Ladung der Aktion, die schnellen Wechsel, und es regiert das Unglaubliche, an dem sich soviel an Phantasie der Konsumenten entzünden kann.

Rock'n Roll-Politik

Viele Linke, die den Film kennen, sind über ihn schockiert: damit steht Herbert Stubenrauch nicht alleine. Etliche haben sich mit ihrem schnell kategorisierenden Plappermaul dazu verstiegen, "Rocky Horror" faschistoide Tendenzen beizumessen. Analoges habe ich schon über den punk rock aus linkem Munde, unberufenerweise, gehört. Von einigen mit Hakenkreuzen geschmückten Jugendlichen, die Provokation auslösen wollten, wurde auf die Musik und ihre Anhänger kurzgeschlossen. In solchem und ähnlichem Ettikettenkleben beweisen Teile der kopfschweren deutschen Linken ein bemerkenswertes Unvermögen, soziale und kulturelle Vorgänge zu verstehen, sich in Frage zu stellen und psychisch verunsichern zu lassen. Dem entspricht durchaus ein Politikverständnis, das zwischen öffentlichem Leben und Privatheit, zwischen hoher Politik und sogenannten Alltagsproblemen und -wünschen Trennungslinien zieht oder die existierenden stumm akzeptiert.
Es nützt relativ wenig zu beklagen, daß viele Jugendliche sich primär durch Angebote der Massenkultur definieren und Einverständnis, Regression oder Protest scheinbar unpolitisch ästhetisieren, ohne daß man sich selbst als Kritiker gründlich genug damit, vor allem auch sinnlich, konfrontiert. Unser politisches Denken ist vielfach ein Lagerdenken, unser praktisches Handeln geprägt durch die Zäune des Gettos, unser Streben nach der sozialistischen Gesellschaft getrennt von der Bemühung nach dem eigenen Glück. Die Sehnsucht nach den anderen Lebensumständen fährt auf einem anderen Gleis als unsere Gier nach Liebe, Körperlichkeit, Sex und Rock'n Roll. Wie gerne möchte ich in die Politik Rock'n Roll tragen, sie zum "Tanzen bringen", Sublimierung mit der Lust aus dem Keller nicht symbiotisch paaren.

BORIS PENTH

★

Leserbriefe

CNT verschwiegen

Der Verfasser des Artikels "Die demokratische Oberfläche täuscht" bleibt leider dabei stehen, die gesellschaftliche Entwicklung Spaniens aus einem nur die Parteienoberfläche berührenden Blickwinkel zu sehen. Ein wirklicher Einblick in die tieferen Ursachen der Auseinandersetzungen in Spanien bleibt jedoch demjenigen verwehrt, der mit Prozentvergleichen zwischen den sich zur Wahl stellenden und um die Macht buhlenden Parteien komplexe Vorgänge, die ihre Ursachen in den Entwicklungen der letzten 100 Jahren haben, erklären will. In keinem Land sind die antistaatlichen und antiautoritären Traditionen so stark wie in Spanien. Sonderbarerweise wird in dem Artikel die Gewerkschaft, die vor 50 Jahren genauso wie heute das belebendste Element in der Arbeiterbewegung ist, glattweg verschwiegen: Die Confederation National del Trabajo (CNT). Die CNT, die nach langjähriger Unterdrückung 1975 wiederaufgebaut wurde und über 150.000 Mitglieder hat, lehnt im Gegensatz zu den Richtungsgewerkschaften der Parteien die Orientierung auf Parlamentswahlen ab und setzt an ihre Stelle die direkte Aktion. Dadurch, daß Mißstände direkt und unter Beteiligung aller Betroffenen angegangen werden, gibt es keine Stellvertreter, die so ganz plötzlich die Arbeiter "verraten". Die CNT ist aus den jetzigen Arbeiterkämpfen nicht mehr wegzudenken. Auch an der Ökologiebewegung sind die Anarchisten maßgeblich beteiligt. Wenn Wolfgang Lutterbach über Basisbewegungen schreibt: "Diese überparteilichen, aber im wesentlichen linken Organisationen ...", läßt er durch sein ausdrückliches "aber" erkennen, daß auch er wie viele andere Marxisten ein tiefsitzendes Unbehagen zu unabhängigen und nicht im Parteiinteresse zu manipulierenden Gruppen hat. Doch diese Organisationen werden den Sozialisten in der BRD noch eher fruchtbare Impulse geben können, als die um Macht und Einfluß auf den Staat konkurrierenden Parteien.

HORST BLUME
HAMM

Bahro

Nachdem nun auch in der "links" – wie zuvor in der bürgerlichen Presse – Unzutreffendes über die Bahro-Auseinandersetzung auf der 10. DGB-Bundesjugendkonferenz zu lesen ist ("Eine Partei, die es gar nicht gibt?", 'links' 112/113: "Besonders die Beinahe-Verhinderung und dann entscheidende Abschwächung einer Solidaritätserklärung mit Rudolf Bahro durch einen Großteil der Delegierten offenbarte die Stärke der SDAJ in der Gewerkschaftsjugend"), hier die Richtigstellung eines unmittelbar Beteiligten:
Der ursprüngliche Initiativantrag lautete: "Die Bundesjugendkonferenz appelliert an die Staats- und Parteiführung der DDR bzw. SED, den marxistischen Kritiker und Theoretiker Rudolf Bahro umgehend aus der Haft zu entlassen. Die Veröffentlichung eines kritisch-marxistischen Buches in einem Gewerkschaftsverlag der Bundesrepublik sowie Interviews über den Inhalt des Buches in westdeutschen Medien kann unmöglich als geheimdienstliche Tätigkeit angesehen und denunziert werden. Vor allem darf in einem Staat, der die marxistische Theorie als Grundlage seiner Gesellschaftsordnung betrachtet, die Anwendung dieser Theorie auf die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse kein Verbrechen sein." Dieser Antrag wurde auf Empfehlung der Antragskommission von der Konferenz mehrheitlich mit der formalen Begründung abgelehnt, Bahro habe schon vor dem Antragsschluß im Knast gesessen, die Forderung seiner Haftentlassung rechtfertige also keinen Initiativantrag. Damit waren die SDAJ-Kollegen gerettet. Das von mir initiierte Solidaritätstelegramm an die Ständige Vertretung der DDR hat u.a. folgenden Wortlaut: "Auf der Grundlage der grundsätzlichen Position der Gewerkschaftsjugend, Menschenrechtsverletzungen in allen Teilen der Welt zu bekämpfen, verurteilen die Delegierten der 10. Bundesjugendkonferenz des DGB die Inhaftierung von Rudolf Bahro und fordern seine sofortige Haftentlassung sowie die Einstellung aller Repressionsmaßnahmen ... Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen darf nirgends zu Diskriminierung oder gar Inhaftierung führen." Wo ist da eine entscheidende Abschwächung? Im Gegenteil! Nach SDAJ-Protest gegen die akklamatorische Verabschiedung wurde über dieses Telegramm dann abgestimmt – über 2/3 der Konferenz stimmte ihm zu; wieviel davon aus taktischen Gründen, bleibt offen. So war's – und nicht anders.

JOACHIM BEERHORST
HANNOVER

Neue "links"?

"Ich weiß, es wird einmal
ein Wunder gescheh'n"
(Alter deutscher Schlager)

Ich weiß nicht recht, ob doch nicht so eine Art Wundergläubigkeit dazugehört, an die "links" einen Leserbrief zu schreiben. Manchmal, wenn ich mal wieder mit Genossinnen und Genossen über die "links" diskutiert habe und wir an den Punkt gekommen sind, wo Jammern und Kritik umschlagen müßte in Aktivität, da tritt dann Resignation ein oder, als Alternative, diese alte deutsche Wundergläubigkeit des Schlagers. Zur Umwandlung der tausendfachen Kritik an der "links" in aktive Veränderung würde gehören: Reale Erfahrungen, daß Veränderungen möglich sind. Meine erste Schwierigkeit, die ich bei Überlegungen zur Verbesserung/Veränderung von "links" habe, besteht darin, daß fast alles bereits von anderen vor kurzem oder längerem gesagt wurde. Dies hätte bzw. dies könnte ein Vorteil sein: Die Diskussionen könnten an bestimmten Punkten fortgesetzt werden, könnten auf bestimmten Erkenntnissen aufbauen. Leider tritt nicht dieser Effekt ein, sondern ein negativer: Wenn (fast) alles schon einmal gesagt wurde, was nützt es dann, es noch einmal zu wiederholen?
Und so kommt es dazu, daß die Kommunikation nicht aufgenommen wird, die Redaktion und die Autoren der Artikel keine Reaktion und Kritik erfahren. Und solche blockierte Kommunikation zwischen Leser und Redaktion führt erst recht zum Stau ... Es ist schon klar: Auch bei mir hat sich einiges aufgestaut an Enttäuschung und Kritik an der "links", und das führt auch dazu, daß ich versucht bin, möglichst alles und alles möglichst gleichzeitig loszuwerden.
Ich will versuchen, mich auf zwei größere Bereich zu konzentrieren. Erstens: " 'links' geht davon aus, daß

Montage: Jürgen Holtfreter

die im Organisierungsprozeß der Linken allseits als notwendig anerkannte Verbindlichkeit nur aus der auch kontrovers geführten Diskussion verschiedener Erfahrungen und Einschätzungen entwickelt werden kann." Diese Sätze stehen in jeder "links". Meine Ansprüche an "links" nehmen auf diese Aussagen Bezug. Ich will es an Beispielen deutlich machen:

– Alle Organisationen, aber auch die 'lockerer' organisierten Spontis sind in den letzten Jahren in eine politische Krise geraten. Diese Krise der Linken wurde von der "links" überhaupt nicht angemessen wahrgenommen. Gut: Es gab vor längerer Zeit Artikel zum Thema 'Neue Partei'. Aber danach ist diese Krise der Linken und auch die Krise des SB publizistisch ignoriert worden. Reflexionen über den politischen Organisationsprozeß der Linken und des SB wurden in der "links" nicht mehr angestellt.

O.K., so könntet Ihr antworten, aber wer sollte sich zutrauen, hier und heute diese Krise der westdeutschen Linken und des SB tatsächlich zu analysieren, so wie das Oskar Negt mehrmals versucht hat.

Ich denke, daß ein solcher, von mir erwarteter Einwand, ebenfalls in die Reihe der Wundergläubigkeit gehört; Der Grund liegt darin, daß die Erfahrungen und Organisationsprozesse eher auseinandergehen, d.h. von **einem** Autor auch gar nicht mehr (wenn er realistisch bleibt) angemessen dargestellt und verarbeitet werden können. Aber das müßte – meiner Meinung nach – doch die Konsequenz haben, falls man (d.h. Ihr) den Organisierungsprozeß der Linken weiterhin als notwendig ansieht, daß die vorliegenden, auseinanderdriftenden und parallel verlaufenden Erfahrungen und Einschätzungen als erstes **dargestellt** und **ausgebreitet** werden. Das heißt: Wenn die Linke zur Zeit mehr denn je aus sehr verschiedenen Teilen und Teilchen besteht, doch diesem Gesamtmosaik insgesamt Aufmerksamkeit zu schenken. Klar: "links" wäre überfordert, wenn sie die alten Negt-Thesen zur Organisierung usw. fortschreiben, fortentwickeln sollte. Aber ist es keine Aufgabe, die Aufmerksamkeit auf die verschiedenen Erfahrungen zu lenken, diese Erfahrungen bewußter zu machen, in die Auseinandersetzung mit diesen disparaten Erfahrungen und Einschätzungen einzusteigen (was heißt, für fragwürdige, aber verbreitete Ansichten Platz zu schaffen; was heißt, auch 'unter Niveau' zu diskutieren, wenn unsere Gesprächspartner uns ein bestimmtes, von uns erwartetes und erhofftes Niveau ablehnen; was heißt, das politische Leben auch der Linken so zu nehmen wie es ist, um es zu verändern)?

Um das Problem direkt auf die "links" zu beziehen: Muß die Redaktion sich nicht mit dem Desinteresse an einem linken Diskussionsforum wie der "links" auseinandersetzen, auch in der "links"?

In vielen SB-Gruppen, Arbeitsfeld-Gruppen usw., in Wohngemeinschaften, in den Diskussionen in den Kneipen usw. reden die Genossinnen und Genossen von ihren Enttäuschungen, Leiden und Hoffnungen. Zwischen Organisationen, die bislang in starrer gegenseitiger Abwehrhaltung sich gegenüberstanden, kommen politische und persönliche neue Kontakte zustande: alles das auf anderem als dem bisher in der "links" 'gewohnten' Niveau. Für alle diese neuen Erfahrungen ist "links" unwichtig – niemand käme auf die Idee, über solche Themen und Konflikte in der "links" zu schreiben: Spricht das nur gegen diese Konflikte und Themen, oder auch gegen die "links"? Ich will nicht postulieren, daß mehr von unserem Leben in der "links" stehen müßte – aber ich frage mich, warum kommt mir ein solcher Gedanke fast absurd vor (d.h. ich muß mich entsprechend korrigieren: ich würde schon gerne mehr Leben in der "links" erfahren, aber geht das ...?).

Ich will dieses Thema, daß solch riesig große Bereiche des Lebens der politischen Linken nicht in der "links" auftauchen, nur kurz anreißen. Ich denke, daß in allen Arbeitsfeldern usw. tausend Beispiele genannt werden könnten für spannende Fragestellungen. Und natürlich ist es klar, daß die Arbeitsfelder, die Genossen und wir alle selbst schuld sind: Wir schreiben ja keine Artikel für die "links". Aber ich denke auch hier, daß die Geschichte der "links" wie der schwere Stein vor Jesu Grab liegt – und kein Engel schiebt ihn weg. In der Konsequenz: Solange die Redaktion in der "links" nicht deutlich machen kann, daß sie solche Themen, solche Fragen darstellen (lassen) will, wird es keine 'Auferstehung' geben.

Zweitens: "Neben der skizzierten formalen bzw. technischen Veränderung haben wir uns daran gemacht, das thematische Blickfeld der "links" auszuweiten. Dabei denken wir an die oft von der Sphäre der "politischen Arbeit" abgeschotteten Bereiche von Kultur und Alltag (Kino, Musik, Verkehrsformen usw.)." (Jan.-"links" 'In eigener Sache').

Dieser Bereich der "links" ist, so finde ich, noch immer sehr dünn. Auch hier ist meine Kritik, daß noch viel zu wenig dafür getan worden ist, daß tatsächlich eine Diskussion zustande kommt (Rühmliche Ausnahme: Die Beiträge zu A. Paul Weber). Nebenbei möchte ich noch hinweisen auf eine Art Versprechen, irgendwann einmal auch mit uns über Kulturartikel in der "links" zu diskutieren.

Um es aber noch einmal zu betonen: Eine Diskussion und Auseinandersetzung kommt nicht durch 'grundlegende' Artikel zustande, sondern durch die Thematisierung der Diskussionen und Kulturerfahrungen, die die Leute machen.

Aber auch hier gilt: Das Niveau, auf dem diese Thematisierung begonnen wird, muß den Interessen der Leser entgegenkommen.

Nach den Begründungen, die wir, Peter Tobiasch und ich, zur Ablehnung unseres Artikels zu Lindenberg gehört haben, wüßte ich nicht einen einzigen Anknüpfungspunkt für einen sog. Kulturartikel in der "links". Wenn aber überhaupt keine gemeinsamen Bedürfnisse an Artikel und Diskussionen mehr zu erkennen sind: Kann man sich dann noch hinsetzen und für "links" schreiben wollen? Ich wüßte jedenfalls nicht wie.

Alles ist schon mal gesagt worden, und dennoch ...

'und daß das alles nicht neu ist
und daß das Leben schön ist
das wissen wir schon
das wissen wir schon
das wissen wir schon
und daß wir das schon wissen
das wissen wir schon' (Enzensberger)

NORBERT SASSMANNSHAUSEN
FRANKFURT

"links"-Ralley?

Kleinanzeigen

ARBEITS-/WOHN-/ FREIZEITKONTAKTE

(9/1) Suche Informationen zum Aufbau einer **Arbeitslosen-Selbsthilfe**. M. Grundhöffer, Isenburgstr. 15, 54 Koblenz 1

(9/2) Ausgestiegener Pfarrer (35) mit bisheriger Praxis in **Jugendbildungs- und -beratungsarbeit** sucht Anschluß an ein Projekt in dieser. Zuschriften unter Chiffre 9/2 an Sozialistisches Büro.

(9/3) Wir haben ein **Bauernhaus in der Toskana,** ca. 30 Kilometer südlich von Siena, das wir Euch für Ferienaufenthalte, Tagungen usw. gerne zur Verfügung stellen möchten. Wir können hier ca. 20 Personen unterbringen. Der Bauernhof liegt in einem großen Weinanbaugebiet; sehenswerte Städte wie Siena, Florenz, Grosseto, das thyrrenische Meer mit der Insel Elba sind nur einen Katzensprung weit entfernt. Wir haben eigenen, guten Wein und können Euch auf Wunsch verpflegen. Falls Ihr selber kochen wollt, steht Euch eine große Küche zur Verfügung. Gleich vor der Haustür gibt es große Wälder und einen Fluß, in dem man schwimmen kann. Wenn Ihr keine Lust mehr habt auf Ping-Pong oder Volley-Ball, dann ist im Haus noch ein Gruppenraum, in dem Ihr diskutieren, wie selbstverständlich Feste feiern könnt. Kontakt: Oswald Hoffmann/Thoralf Eppen, Podere dei Frati, 58031 Monte Laterone, Grosseto/Italien.

(9/4) **Alternative Tagungshäuser**. Unsere Liste über "alternative Tagungshäuser" ist gut aufgenommen worden. Viele Häuser wurden dadurch bekannter. Wir wollen diese Liste nun gerne ergänzen bzw. Änderungen aufnehmen. Darum bitten wir um viele Zuschriften – neue Häuser, Ergänzungen, Änderungen – (Bettenzahl, Tagessatz, Selbstverpflegung oder Vollverpflegung, Tagungsräume etc.) an: AG SPAK, Belfortstr. 8, 8000 München 80

(9/5) Suche **Zimmer in WG in Hamburg**. Bin 25 J. und will ab dem WS in Hamburg studieren. Wolfgang Krämer, Zum Tannenkamp 52, 4504 GM-Hütte, Tel. 05401/1277

(9/6) Wollen Diplomarbeit zum Thema **"Adoption"** schreiben. Suchen Kontakt zu gesprächsbereiten jungen Erwachsenen, die selbst als Kind adoptiert wurden. Näheres bei Annegret und Petra Speck, Paulsenplatz 7, 2 Hamburg 50

(9/7) **Indoktrination in Erziehung und Bildung.** Wir sind eine private Arbeitsgruppe, die anläßlich eines Berufsverbotsfalles (Vorwurf der Schulbehörde: Indoktrination von Schülern) diesen Begriff und seine politisch-pädagogisch inhaltliche Bedeutung bearbeitet. Wir suchen deshalb im Bereich Erziehung, Bildung, pol. Bildung Arbeiten, Literatur und Informationen zu diesem Begriff. Kontakt: Peter Walpurgis, Prechtsweg 12, 2 Hamburg 60

STELLENANGEBOTE/-SUCHE

(9/8) Der Landesverband Bayern der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken sucht zum 1.10.1979 einen **Sekretär für den Bereich Südbayern.** Die Tätigkeit umfaßt in erster Linie die Betreuung von Untergliederungen, den Aufbau funktionsfähiger Unterbezirke sowie die Durchführung von Bildungsmaßnahmen. Es werden erwartet: Kenntnisse des Verbandes, organisatorische Fähigkeiten, Erfahrungen in der Jugendarbeit, Führerschein. Bewerbungen mit den erforderlichen Unterlagen sind zu senden an: SJD-Die Falken, Landesverband Bayern, Guntherstr. 15, 8000 München 19, Tel. 089-1781091

(9/9) Der Kinderbauhof Grundschule Bessungen e.V. sucht für sein Projekt (städtische Trägerschaft) 'Nachschulische Erziehung' **umgehend 1 Sozialpädagog(e)in und 1 Erzieher(in).** Bewerbungen bitte an Kinderbauhof, 61 Darmstadt, Orangerie oder telefonisch: 06151/661304 bzw. 663454.

(9/10) Päd. Mitarbeiter, Naturwiss., mehrj. Praxis Erwachsenenbildung (EB), FB-Leitg. Naturw./Technik, Deutsch (Ausländerarb.), Beratg. 2. Bildungsweg sucht ab 1.1. oder 1.4.80 **Stelle im Bereich freie EB-Arbeit, selbstverwaltete Initiative, selbstverwaltetes Projekt o.ä.** Zuschriften unter Chiffre Nr. 9/10 an Sozialistisches Büro

(9/11) Wir suchen für sofort und zum Beginn des nächsten Jahres für die gemeinwesenbezogene, stadtteilorientierte Jugendarbeit im Stadtteil Eglosheim (12.000 Einwohner) in Ludwigsburg je einen **Sozialarbeiter/Sozialpädagogen**. Der Arbeitsbereich umfaßt: mobile Jugendarbeit (Streetwork) mit Straßen- und Spielplatz-Cliquen und anderen Jugendlichen (Beratung, Freizeitgestaltung) sowie Gestaltung offener Angebote in zwei seit Oktober 1978 bestehenden Jugendclubs. Ein Jugendhaus soll in diesem Stadtteil bis in ca. 2 Jahren realisiert werden.
Erwartet werden: Bereitschaft zur Teamarbeit (mit Erzieher im Anerkennungsjahr, ab Januar 1980 ist eine 2. Sozialarbeiterstelle genehmigt) und zum selbständigen und selbstverantwortlichen Arbeiten im Stadtteil. Kenntnisse über die Lebenswelt und Probleme von Hauptschülern, Lehrlingen, Jungarbeitern und Arbeitslosen.
Die Vergütung erfolgt nach Vergütungsgruppe IV b BAT. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden an das Städt. Personalamt, Postfach 249, 7140 Ludwigsburg, Tel. (07141) 18517, erbeten.

(9/12) Berufspraktikant/Soz. Arb. sucht ab 1.10.79 **Praktikumsplatz** in Hamburg im Bereich Jugendarbeit, Gemeinwesensarbeit; Zuschriften unter Chiffre 9/12 an Sozialistisches Büro

Roter Terminkalender

Musikfest der Zigeuner
13.-14. Oktober in Darmstadt/Meßplatz
Nähere Informationen: Arbeitsstelle für Erwachsenenbildung der EKHN, Paulusplatz 1, 61 Darmstadt, Tel. 06151/405235

Festival der Amateurtheater
10.-14. Oktober in Recklinghausen
Spiel- und Amateurtheatergruppen, die einen Beitrag zum Thema "Spiel und Theater für, von, mit Kinder(n)" leisten oder eine Eigenproduktion zum Thema "Hol das Kind vom Sockel" vorstellen wollen, sind eingeladen. LAG Spiel- und Amateurtheater e.V., Klarastr. 9, 435 Recklinghausen, Tel. 02361/24701 oder 02361/81601

Gruppe Neues Reisen
27.-28. Oktober in Frankfurt
Bei dieser Arbeitstagung geht es um die Fortführung der (alternativ) touristischen Debatte und die Organisierung konkreter Aktivitäten. Nähere Informationen: Gruppe Neues Reisen, Hallgartenstr. 5, 6 Frankfurt 60

Geschichte und Erfahrung in der Jugendarbeit
20.-25. November in Quelle b. Bielefeld
Anmeldung: Arbeitsfeld Bildungsarbeit im SB, Postfach 591, 605 Offenbach 4

Tagungen der AG SPAK
- Regionales Treffen der Knastgruppe in Norddeutschland. 28.-30.9.79 in Hildesheim
- Seminar: Theorieseminar "Identität und Verzweiflung" (für Psycho-Gruppen). 4.-7.10.79, gepl. in Eyershausen.
- "Projektbereichstagungen" – für Gruppen, die im Projektbereich "Psychisch Kranke" arbeiten. 26.-28.10.1979
- Seminar: Theoretische Auseinandersetzung mit den Konzepten der Sozialpsychiatrie – Antipsychiatrie. 1.-7.9.79 in Ahrdorf (Selbstverpflegung)
- Seminar: Probleme psychiatr. Versorgung in Ballungszentren. 28.-30.9. in Duisburg
- Seminar "Steuerrechtliche Fragen für sozialpolitische Gruppen/Alternativprojekte. 21.-23.9.79 bei Darmstadt (nur wenig Plätze)
- Treffen der Jugendzentrums-Zusammenschlüsse. 9.-11.11.79 in Roßdorf. Auskunft: Tiedeke Heilmann, Uelzener Str. 10, 3111 Suhlendorf
- Medienseminar (praktisch) der Jugendzentrumsbewegung. 5.-7.10.79 geplant in Frankfurt (ASH). Auskunft: Tiedeke Heilmann, Uelzener Str. 10, 3111 Suhlendorf.
- Seminar: "Zur politischen Dimension der Bewußtseinsbildung" (intern. Seminar – mit den "Weltschulen" aus Belgien). Bewußtseinsbildungs-Arbeit ohne eine politische Vorstellung ist nicht möglich. Wie soll die politische Dimension aussehen? 12.-14.10.79 in Walberberg
- Seminar: "Geschichtliche Entwicklung der Sozialarbeit; Vergleich Lateinamerika – BRD (Konzepte, Einfluß von außen etc.). Mitarbeits-Interessenten bitte sofort melden. 23.-25.11.79 bei Darmstadt.

Nähere Informationen und Anmeldung: AG SPAK-Bundesgeschäftsstelle, Belfortstr. 8, 8000 München 80

Kultur, Politik und Emanzipation
9. September 1979,
Großes Fest in der Stuttgarter Liederhalle
Veranstaltet vom Sozialistischen Zentrum und dem Parteifreien Bündnis (PFB):
Podiumsdiskussion mit Willi Hoss (plakat-Gruppe), Rudi Dutschke und Wolfgang Harnisch. Beginn: 11 Uhr.
Kinderfest vor der Liederhalle. Beginn: 15 Uhr.
In der Liederhalle treten ab 16 Uhr auf:
Polit-Folk und Rock aus dem Ruhrpott: Cochise; Michael Sallmann, DDR/BRD; Romiosini, griechische Musik und Theodorakis-Lieder; Comedia dell'Arte, Straßentheater aus Paris; Das Herbert-Joos-Quartett und Gäste; Heidemarie Rohweder liest aus "Die Mutter"; Tom C. Breuer, Texte; Ina Dieter und Thomas Felder; Stuttgarter Kammerchor: Die Eisler-Kantate; Gruppe Ohrenschmalz: Die "Sauberflöte"; Die drei Tornados, Berlin (West); Eberhard Strobel, Helga Wagenleiter, Ulrich Cassell: Musik zum Tanz im Foyer und im Freien.
Infostände ● Büchertische ● Karikaturen-Ausstellung von KASTOR zum Thema Demokratie und Umwelt.

Frauen-Festival
12.-23. September in Amsterdam
Geplant sind Workshops, Theater, Tanz, Ausstellungen, Diskussionen etc. Eure Übernachtungs- und Informationsbroschüre ist in Vorbereitung. Wer teilnehmen will, schreibe an: Lijnbaansgracht 234a, Amsterdam, Tel. 020/241777

Knastwoche
17.-21. September in Bremen
Organisiert wird diese Aktionswoche von der Gefangenenhilfe Bremen, einem Zusammenschluß von Menschen, die sich zur Aufgabe gesetzt haben, Dinge, die sonst nicht aus den Gefängnismauern herausdringen, einer breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen, um dadurch einen minimalen Schutz für die Gefangenen zu gewährleisten. Kontakt: Carmen Spierring, Hastedter Osterdeich 213, 28 Bremen, Tel. 441435

Keine Jugendpolizei in Baden-Württemberg
13.-14. Oktober
Organisiert werden diese Aktionstage vom Landesarbeitskreis der Initiative "Keine Jugendpolizei . . .". Kontakt: Helga Wagenleiter-Hennig, Rheinsburgstr. 160, 7 Stuttgart

Großdemonstration gegen das Atomprogramm der Regierung und für die Stillegung aller Atomanlagen
14. Oktober in Bonn
Informationen: Bundesverband Bürgerinitiativen (BBU), Hellbergstr. 6, 75 Karlsruhe 21

Was heißt hier Liebe?

Die "theaterwerkstatt hannover GmbH" bereitet für Herbst 1979 eine längere Gastspielreise durch die BRD vor. Wir spielen das Jugendstück "Was heißt hier Liebe", von der Roten Grütze Berlin. Diese Stück ist geeignet für Jugendliche in und nach der Pubertät und deren Freunde, Lehrer, Eltern und andere Erwachsene.
Die theaterwerkstatt hat in bisher über 50 Aufführungen erfolgreich mit Schulen und Lehrern zusammengearbeitet, um das Stück als Bestandteil in den Sexualkundeunterricht zu integrieren.
Wer Interesse an einem Gastspiel hat, melde sich bitte bei: theaterwerkstatt hannover GmbH, Raschplatz Pavillon, Lister Meile 4, 3000 Hannover 1.

Quebradas kämpft weiter

Die zurückgetretene portugiesische Technokraten-Regierung Pinto kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie mindestens eine Aufgabe "erfolgreich" angepackt hat: Die Bekämpfung einer der wichtigsten Errungenschaften der portugiesischen Revolution, der Landreform und die dadurch bedingte Reprivatisierung zahlreicher Kooperativen.
Besonders hart betroffen davon ist nach wie vor die Kooperative Quebradas. Diese 80 km nördlich von Lissabon gelegene Bauerngenossenschaft wurde zunächst durch den Film "Viva Portugal" von Gerhards, Rauch und Schirmbeck in der Bundesrepublik bekannt. In den Jahren nach der portugiesischen Revolution schafften es ca. 80 Familien, mit finanzieller Unterstützung auch durch Spenden aus der Bundesrepublik, ihre Kooperative soweit zu entwickeln, daß der Lebensunterhalt der Familien annähernd gedeckt werden konnte. Gerade für das Jahr 1979 bestanden gute Aussichten, die landwirtschaftlichen Erträge weiterhin zu steigern.
Doch Quebradas ging es wie zahlreichen anderen Kooperativen. Mit militärischer Gewalt wird seit Monaten versucht, das Land dem ehemaligen Großgrundbesitzer zurückzugeben.
Seit dem 27.3.79 halten nun schon Truppen der Guarda Nacional Republikana (GNR), das Gelände der Kooperative besetzt. Und seit diesem Zeitpunkt führen die Bauern von Quebradas einen verzweifelten Kampf um ihre Genossenschaft.
Er hat einen dringenden Appell an die Solidarität in der Bundesrepublik gerichtet. Er bittet darum, daß weiterhin Telegramme an den portugiesischen Staatspräsidenten Eanes geschickt werden, mit der Aufforderung, endlich den Bauern von Quebradas ihre Existenzgrundlage zurückzugeben.
Darüber hinaus würden sich die Menschen im Dorf freuen, wenn möglichst viele deutsche Urlauber die Kooperative besuchen würden, um den Bauern zu zeigen, daß sie nicht vergessen sind.
Am wichtigsten ist aber, daß weiterhin die materielle Unterstützung fortgesetzt wird. Spenden sind nach wie vor dringend notwendig. Sie können eingezahlt werden auf das Konto "Spenden für Quebradas", D. Hooge/G. Heil, Nr. 2250018900, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt.

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006 ● Redaktion "links" zur Zeit: Helmut Burgwinkel, Roland Roth (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Hanfried Scherer, Jürgen Schmidt, Gudrun Witte ● Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006. Verlagssekretär: Klaus Vack ● Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten,einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 ● Nachruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt ● Druck: hbo-druck Einhausen ● Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!".

Anti-Kriegs-Kongreß

des Sozialistischen Büros Frankfurt/M. 28.-30.9.1979 (Fachhochschule für Sozialarbeit)

V.: S.d.P.R.: Rüdiger Pusch, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, Tel.: 0611/82006